



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

GUTACHTEN

ÜBER DIE EUROPÄISCHEN REGELUNGEN IM BEREICH ÖKOLOGISCHE MARKTTRANSPARENZ

Avis 10-040

Lausanne, den 20. August 2010
Class. ISDC: CA/GB 59

Impressum

Auftraggeber: Bundesamt für Umwelt (BAFU), CH-3003 Bern

Das BAFU ist ein Amt des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

Auftragnehmer:

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung, 1015 Lausanne

Autoren:

Dr. Lukas Heckendorn Urscheler, Vize-Direktor

Laetitia Franck, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Martin Sychold, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Marit Mann, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Begleitung BAFU:

Marie-Amélie Dupraz-Ardioz, Laura Scholten, Salome Sidler

Hinweis: Diese Studie/dieser Bericht wurde im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) verfasst. Für den Inhalt ist allein der Auftragnehmer verantwortlich.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	4
1. Regelungen auf Produktebene	9
2. Regelungen auf Ebene der Unternehmen	12
3. Regelungen auf Ebene der Volkswirtschaft	13
I. SACHVERHALT	15
II. FRAGEN	15
III. ANALYSE	16
1. Regelungen auf Produktebene	16
1.1. Überblick	16
1.2. Europäische Union	17
1.3. Deutschland	29
1.4. Vereinigtes Königreich	36
1.5. Frankreich	37
2. Regelungen auf Ebene der Unternehmen	43
2.1. Überblick	43
2.2. Europäische Union	43
2.3. Deutschland	47
2.4. Vereinigtes Königreich	50
2.5. Frankreich	54
3. Regelungen auf Ebene der Volkswirtschaft	58
3.1. Überblick	58
3.2. Europäische Union	58
3.3. Deutschland	64
3.4. Vereinigtes Königreich	66
3.5. Frankreich	68

ZUSAMMENFASSUNG

Markttransparenz über die Umweltauswirkungen von Produkten, Unternehmen und Volkswirtschaften ist eine notwendige Voraussetzung für eine effiziente, marktgesteuerte Nutzung der natürlichen Ressourcen bei Produktion und Konsumation. Um dies zu ermöglichen verfolgen verschiedene nationale Rechtsordnungen sowie das Gemeinschaftsrecht unterschiedliche Ansätze. Das vorliegende Gutachten analysiert und vergleicht diese verschiedenen Ansätze der Umweltmarkttransparenz.

Das **europäische Gemeinschaftsrecht** kennt eine Vielzahl von Regeln welche die Umweltmarkttransparenz auf den verschiedenen Ebenen (Produkt, Unternehmen, öffentlicher Sektor) verbessern soll. Auf der Ebene der Produkte handelt es sich dabei insbesondere um das **Europäische Umweltzeichen** sowie um die **Öko-Designrichtlinie**, für Unternehmen soll das **Umweltaudit (EMAS)** Markttransparenz ermöglichen, und auf der Ebene der Volkswirtschaft soll die Berichterstattung der **Europäischen Umweltagentur** Transparenz über verschiedene Politikbereiche ermöglichen. In ihrem **Aktionsplan** für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik¹ hat die Europäische Kommission verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Umweltleistung von Produkten sowie zur Förderung der Nachfrage nach nachhaltigeren Produkten und Produktionstechnologien unterbreitet. Dabei geht es darum, Energieeffizienz und Umweltverträglichkeit von Produkten zu verbessern und ihre Akzeptanz bei Konsumenten zu fördern und damit eine weitere Verbreitung von umweltschonenden Produkten zu erreichen. Es sind verschiedene freiwillige, aber auch zwingende Massnahmen vorgesehen, um umweltfreundliche Produkte zu definieren, die Konsumenten darüber mit einer angemessenen Kennzeichnung zu informieren und deren Verbreitung durch Massnahmen im öffentlichen Beschaffungswesen sowie durch steuerliche Vorteile zu erhöhen. Dabei ist eine Überarbeitung der bereits bestehenden Instrumente (z.B. des europäischen Umweltzeichens) vorgesehen oder bereits durchgeführt (z.B. Umweltdesignrichtlinie). Schliesslich soll ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen („*Green Public Procurement*“) durch Leitlinien und weitere Instrumente gefördert werden, damit die Umweltauswirkungen auch bei öffentlichen Beschaffungen berücksichtigt werden.

Im **deutschen Recht** bestehen zahlreiche Regeln im hier untersuchten Bereich. Dabei handelt es sich zunächst um verschiedene freiwillige und zwingende **Umweltkennzeichen**, welche teilweise auf öffentlicher und teilweise auf privater Initiative beruhen. Der „blaue Engel“ ist das älteste und bekannteste Kennzeichen, welches seit den 1970er Jahren besteht. Danach wurden weitere Kennzeichen zu Klimaauswirkungen, zur Gesundheit, zum Wasser oder zu den verwendeten Energiequellen geschaffen. Im Bereich der Unternehmen verpflichtet das **Handelsgesetzbuch** zur Berücksichtigung von Umweltbelangen im **Lagebericht** sowie allenfalls zur Erstellung von Zusatzberichten. Auf der Ebene der Volkswirtschaft muss der Staat Daten über Umweltbelastungen und Umweltschutzmassnahmen im Rahmen von Statistiken veröffentlichen (**Umweltstatistikgesetz**), aber auch aufgrund des **Umweltinformationsgesetzes** in Abständen von höchstens vier Jahren Berichte über den Zustand der Umwelt in allgemein verständlicher Sprache erstellen.

In **Frankreich** steht seit der Lancierung des „Umweltgipfels“ „*Grenelle de l'environnement*“ 2007 die nachhaltige Entwicklung im Fokus des öffentlichen Interesses. In diesem Rahmen wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen geschaffen, wobei jeweils die fünf Akteure der nachhaltigen Entwicklung vertreten sind (Staat, lokale Körperschaften, NGO, Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Nach

¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0397:FIN:DE:PDF>, (17.05.2010).

umfangreichen Vorarbeiten wurde am 3. August 2009 das **Gesetz Grenelle 1**² verabschiedet. Das Gesetz enthält dabei kaum materielle Regelungen³, sondern legt vor allem einen **Rahmen** für die wesentlichen Entwicklungen im Bereich des Umweltschutzes während der nächsten zehn Jahre fest. Es geht dabei insbesondere um Massnahmen gegen die Klimaveränderung, zum Schutz der Biodiversität, der Ökosysteme und der Natur, zum Umweltschutz und Gesundheitsschutz, zur Verringerung von Abfällen, zur Verbesserung der Vorreiterrolle des Staates, der „Gouvernance“, der Information und der Ausbildung. Das Gesetz **Grenelle 2**, welches am 29. Juni 2010 verabschiedet und am 12. Juli 2010 veröffentlicht wurde, ist insofern ein Ausführungsgesetz von Grenelle 1, dass es die **Massnahmen** enthält, mit welchem die Ziele aus Grenelle 1 erreicht werden sollen. Die zwei Gesetze vervollständigen damit die gesetzlichen Massnahmen auf den drei untersuchten Ebenen, insbesondere indem eine Kennzeichnung von Produkten eingeführt wird, die Verpflichtung zur Umwelttransparenz von Unternehmen ausgeweitet und eine Karbonbilanz eingeführt wird. Aufgrund der erst kürzlich erfolgten Einführung kann jedoch die Wirksamkeit der Massnahmen noch nicht beurteilt werden.

Im **Vereinigten Königreich** wurde das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ zwar durch die verschiedenen Regierungen und die Behörden verwendet und vertreten, es hat jedoch kaum dazu geführt, dass grosse Anstrengungen zu einer vermehrten Umweltmarkttransparenz unternommen wurden. So besteht keine Initiative zur Einführung einer Umweltkennzeichnung. Verschiedene Unternehmen und Sektoren haben selbst Kennzeichnungen initiiert, doch handelt es sich dabei in der Regel um kommerzielle Operationen mit unsicherer Verlässlichkeit. Im Bereich der Unternehmen wurden zwar die Berichterstattungspflichten ausgeweitet und umfassen grundsätzlich auch Umweltbelange, doch die Anforderungen sind nur auf einen kleinen Kreis von (wenn auch wichtigen) Unternehmen anwendbar, und die Anforderungen sind nicht sehr streng. Dabei geht es in erster Linie darum, einen Rahmen zu schaffen, in welchem die Leitung des Unternehmens mit den an der Gesellschaft Beteiligten, insbesondere den Aktionären, die Massnahmen darlegen soll, welche den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft ermöglichen, und weniger um eine allgemeine Marktinformation. Auch die allgemeine Umweltinformation auf der Ebene der Volkswirtschaft ist im Vereinigten Königreich noch im Anfangsstadium. Lediglich der Klimawandel hat bis anhin das Interesse der Öffentlichkeit hervorgerufen und eine Reaktion des öffentlichen und privaten Sektors bewirkt. Die Betroffenheit der Konsumenten hat die Unternehmen dazu animiert, Massnahmen zur Verringerung von **Treibhausgasen** zu ergreifen, und ein **Akkreditierungssystem** wurde vom öffentlichen Sektor eingeführt.

Ein Vergleich der Rechtsordnungen in Bezug auf die **Produkte** zeigt, dass ausser im Vereinigten Königreich überall **Umweltzeichen** bestehen, welche den Konsumenten bei der Auswahl von Produkten die jeweiligen Auswirkungen auf die Umwelt vergegenwärtigen sollen. Auch wenn das Verwenden der Kennzeichen in der Regel freiwillig ist (mit einer Ausnahme in Deutschland im Bereich der Energieproduktion), besteht eine Tendenz zur zwingenden Kennzeichnung, welche sich insbesondere im Gemeinschaftsrecht sowie im französischen Recht zeigt.

Die Markttransparenz von **Unternehmen** wird in allen untersuchten Rechtsordnungen dadurch erreicht, dass Unternehmen von einer gewissen Grösse die Umweltbelange in ihrem **Lagebericht** auführen müssen, wobei die Pflicht im Vereinigten Königreich am wenigsten ausgeprägt und tiefgreifend zu sein scheint. Im Gemeinschaftsrecht ist ein freiwilliges **Umweltauditsystem** vorgesehen, welches eine Zertifizierung von Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfungen erlaubt.

² Loi n° 2009-967 du 3 août 2009 de programmation relative à la mise en œuvre du Grenelle de l'environnement.

³ V. P. Billet, « Premières impressions sur la loi de programmation relative à la mise en œuvre du Grenelle de l'environnement – (L. n° 2009-967, 3 août 2009 : Journal Officiel 5 août 2009) », JCP Adm. et coll. terr. 2009, 2243, n° 3.

Für Volkswirtschaften sieht das europäische Gemeinschaftsrecht das Sammeln und Analysieren von Umweltdaten auf europäischer Ebene vor. Im nationalen Bereich besteht eine Berichterstattung und Information der Öffentlichkeit sowie das Führen von Statistiken über Umweltbelastung und Umweltschutzmassnahmen innerhalb der Volkswirtschaft nach französischem und vor allem nach deutschem Recht. Das Vereinigte Königreich kennt hingegen kaum nationale rechtliche Verpflichtungen in dieser Richtung. Auf internationaler Ebene bestehen weitere Vorstösse. So hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, einen globalen Umweltindex zu schaffen.

Die folgenden **tabellarischen Übersichten** sollen den Vergleich der Regeln zur Umweltmarkttransparenz in den verschiedenen Rechtsordnungen erleichtern. Dabei werden zunächst die Regeln zur Information im Bereich der Produkte, danach diejenigen, welche Unternehmen zur Information verpflichtet, und schliesslich die zur Information auf der Ebene der Volkswirtschaften bestehenden Regelungen jeweils parallel dargestellt.

Résumé en français

Afin d'assurer une exploitation efficace des ressources naturelles dans la production et la consommation par les mécanismes du marché, il est impératif de mettre en place la transparence sur le marché quant à l'impact des produits, entreprises et économies sur l'environnement. A cette fin, les différents ordres juridiques nationaux et le droit communautaire ont adopté des approches différentes. Le présent avis a pour objectif d'étudier les dispositions juridiques de différents pays concernant la transparence du marché en matière d'environnement.

Le **droit communautaire** dispose d'un arsenal de règles destinées à améliorer la transparence du marché à chacun de ces niveaux (produits, entreprise, politique publique). Les instruments les plus importants sont ainsi, au niveau des produits, le **label européen** et la directive sur l'**éco-conception**, l'audit sur l'environnement ou **système EMAS** au niveau des entreprises et enfin l'Agence européenne de l'environnement (AEE) en tant qu'institution destinée à l'information au niveau de la politique publique. Dans son plan d'action pour une consommation et une production durables et pour une politique industrielle durable⁴, la commission européenne a présenté une série de propositions et de mesures visant à améliorer la **performance environnementale** des produits ainsi qu'à promouvoir la demande de meilleurs produits et technologies de production. Les objectifs principaux de ce plan d'action sont une conception des produits **respectueuse** de l'environnement et, avant tout, la diminution des besoins en énergie qui lui sont imputables ainsi qu'une diffusion plus large des produits respectueux de l'environnement. Des mesures volontaires et obligatoires sont prévues en vue de définir les produits respectueux de l'environnement, de fournir une meilleure information au consommateur grâce à l'**étiquetage** des produits et d'encourager leur diffusion grâce à la pratique d'approvisionnement des pouvoirs publics et à des avantages fiscaux. Pour atteindre ces objectifs, des réformes des instruments déjà existants sont intervenues (ex. éco-conception, EMAS) ou vont intervenir (ex. label écologique européen). En outre, le recours aux marchés publics écologiques doit être encouragé au moyen de directives et d'instruments, pour que le processus de passation de marché tienne compte des incidences sur l'environnement.

⁴ Communication de la Commission au Parlement européen, au Conseil, au Comité économique et social européen et au comité des régions sur un plan d'action pour une consommation et une production durables et pour une politique industrielle durable, disponible en allemand sous <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0397:FIN:DE:PDF>, (17.05.2010). (Ce rapport comme tous les documents de l'Union européenne sont disponibles dans toutes les langues officielles de l'Union).

La **législation allemande** comprend de nombreuses règles en matière d'environnement. Il existe, tout d'abord, divers **labels** qui témoignent de qualités écologiques des produits. Ces labels résultent aussi bien d'initiatives publiques que d'initiatives privées et peuvent être volontaires ou obligatoires. Le label « ange bleu » (*blauer Engel*) est le label le plus ancien et le plus connu. Après son établissement dans les années 1970 d'autres labels concernant divers produits sont apparus constituant des indications sur les catégories comme le climat, la santé, l'eau et les sources d'énergie. Afin d'assurer une transparence loyale du marché au niveau des entreprises, les grandes entreprises ont l'obligation d'élaborer des **rapports selon le Code de commerce** (*Handelsgesetzbuch*) tenant compte des conséquences environnementales de l'activité. Enfin, au niveau de l'économie, la **loi sur les statistiques environnementales** (*Umweltstatistikgesetz*) instaure une obligation à la charge de l'Etat qui doit produire des données sur la dégradation de l'environnement et les mesures de protection de l'environnement. La loi sur l'information environnementale exige, en outre, d'élaborer des rapports concernant la situation environnementale sur le territoire fédéral (*Umweltinformationsgesetz*).

En **France**, le développement durable est au cœur des préoccupations depuis 2007, année de lancement du **Grenelle de l'environnement**. A cet effet, plusieurs groupes de travail ont été créés, eux-mêmes composés de cinq collègues censés représenter les acteurs du développement durable, à savoir l'Etat, les collectivités locales, les ONG, les employeurs et les salariés. A la suite de nombreux travaux, la loi **Grenelle 1**⁵ a finalement été adoptée le 3 août 2009. Cette loi ne contient pas, pour l'essentiel, de dispositions normatives⁶ et se contente d'établir **un cadre** aux principaux développements de la protection de l'environnement qui auront lieu dans les dix prochaines années. Les dispositions de la loi Grenelle 1 concernent principalement la lutte contre le changement climatique, la protection de la biodiversité, des écosystèmes et de la nature, la protection de l'environnement ainsi que de la santé, la réduction des déchets, l'amélioration de l'exemple donné par l'Etat, le renforcement de la gouvernance, l'information et la formation. Certaines dispositions concernent exclusivement les départements et les territoires d'Outre-mer. Peu après l'adoption de cette loi, les travaux législatifs ont repris en vue de l'adoption de la loi **Grenelle 2**. Cette dernière, définitivement adoptée le 29 juin 2010, a été promulguée le 12 juillet 2010. Cette loi est un texte d'application de la première loi Grenelle et prévoit à ce titre, les mesures destinées à atteindre les objectifs présentés dans la loi Grenelle 1. Les deux lois viennent ainsi compléter l'arsenal législatif français en matière d'environnement aux trois niveaux concernés par la présente étude : par le développement de l'**étiquetage des produits**, par l'**élargissement des obligations de transparence des sociétés** ou par la mise en place d'un **bilan carbone** notamment. La nouveauté des textes ne permet toutefois pas d'établir une analyse quant à l'efficacité des mesures mises en place.

Au **Royaume-Uni**, le concept de « développement durable » a été adopté et annoncé par les gouvernements et les autorités publiques, mais n'a eu qu'un **faible impact** sur la transparence du marché jusqu'à ce jour. Aucun plan d'action transversal en vue d'adopter un « label vert » n'est en cours. Les entreprises de certaines industries ou de certains secteurs de marché ont mis sur pied des programmes *ad hoc* mais il s'agit d'opérations commerciales dont la fiabilité est incertaine. Les exigences en matière de rapports sociaux ont été étendues de manière à englober en principe les enjeux environnementaux mais elles s'appliquent à un très petit nombre d'entreprises, certes importantes, et leur contenu est extrêmement souple. Le but principal de ces exigences est d'offrir un cadre permettant à la direction de communiquer avec les parties prenantes dans la société, en particulier les actionnaires, en ce qui concerne les mesures prises pour développer le succès commercial à long terme de l'entreprise. Au Royaume-Uni, le développement de l'information sur l'environnement

⁵ Loi n° 2009-967 du 3 août 2009 de programmation relative à la mise en œuvre du Grenelle de l'environnement.

⁶ V. P. Billet, « Premières impressions sur la loi de programmation relative à la mise en œuvre du Grenelle de l'environnement – (L. n° 2009-967, 3 août 2009 : Journal Officiel 5 août 2009) », JCP Adm. et coll. terr. 2009, 2243, n° 3.

en général ainsi que sa diffusion publique en est encore à ses débuts. Le seul aspect qui a fortement attiré l'attention publique et provoqué une réaction dans les secteurs public et privé, est celui du changement climatique. Les préoccupations des consommateurs ont incité les entreprises à prendre des mesures pour réduire les gaz à effet de serre et, à cet égard, un système d'accréditation a été mis en place par le secteur public.

La comparaison des législations étudiées quant à l'information concernant **les produits** montre qu'à l'exception du Royaume-Uni, il existe dans chaque ordre juridique national ainsi qu'au niveau communautaire des « labels » écologiques, destinés à faire prendre conscience au consommateur de l'importance de ses choix de consommation sur l'environnement. Si l'utilisation des labels écologiques est, à l'heure actuelle, en général volontaire (avec une exception, en Allemagne, pour le secteur de la production de l'énergie), la législation communautaire ainsi que le droit français visent à rendre obligatoire la mention des informations écologiques sur les produits.

En ce qui concerne la transparence quant aux conséquences environnementales de l'activité de **l'entreprise**, toutes les législations nationales (avec une application moins stricte au Royaume-Uni) imposent aux entreprises d'une certaine taille de mentionner ces conséquences dans leur rapport de gestion. Au niveau communautaire, c'est un certificat (facultatif) de management et d'audit environnemental (EMAS) qui est prévu.

Enfin, au niveau des **économies**, le législateur communautaire affirme la nécessité de collecter, de traiter et d'analyser des données environnementales, au niveau européen et le droit allemand et français prévoient la rédaction de rapports et de données statistiques à destination du **public** dans ce domaine. La Commission européenne a même proposé la création d'un indice environnemental global.

Afin de comparer les règles destinées à assurer la transparence du marché en matière environnementale dans les différents systèmes juridiques concernés, les **tableaux comparatifs** ci-dessous rendent possible une vue d'ensemble des informations mises à disposition du consommateur quant à l'impact environnemental lié aux produits qu'il consomme ; des informations émises par les entreprises quant à l'impact de leur activité sur l'environnement et enfin l'information donnée au niveau économique.

1. Regelungen auf Produktebene

	Regelung	Zwingend / freiwillig	Qualitätsanforderungen (Ja / Nein)	Regelungen zur Erfassung der Umweltbelastung (ja/nein)	Betroffene Produkte	Sanktion
EU	Umweltzeichen:	Freiwillig	ja i.V.m. produktspezifischen Veröffentlichungen der Kommission zu Produktgruppen	Nein	Produkte und Dienst- leistungen, jedoch gewisse Ausnahmen (siehe Text)	ggf. Mitgliedstaaten
	Ökodesign:	Zwingend	ja i.V.m. Durchführungs- massnahmen	In den jew. Durchführungs- massnahmen	Energiebetriebene Produkte	ggf. Mitgliedstaaten
	RL 92/75/EWG:	Zwingend	ja i.V.m. Durchführungs- richtlinien	In den jew. Durchführungsrichtlinien	Energieverbrauchende Haushaltsgeräte	ggf. Mitgliedstaaten
	Energystar	Freiwillig	ja	ja	Energieverbrauchende Bürogeräte	ggf. Mitgliedstaaten

DEUTSCH- LAND	Blauer Engel:	Freiwillig	ja (Vergabegrundsätze)	ja (Vergabegrundsätze)	grosse, ständige erweiterte Anzahl von Produktkategorien	nein
	Umweltzeichen:	s.o. EU	s.o. EU	s.o. EU	s.o. EU	nein
	Ökodesign:	s.o. EU	s.o. EU	s.o. EU	s.o. EU	Ordnungswidrigkeit, Bussgeld
	EnVKG und EnVKV (Umsetzung Richtlinie 92/75/EWG)	s.o. EU	s.o. EU	s.o. EU	s.o. EU	Ordnungswidrigkeit, Bussgeld
	Stromherkunfts- Kennzeichnung	Zwingend	ja	ja	Strom	Zwangsgeld, Ordnungswidrigkeit, Bussgeld
	Vielzahl weiterer, nichtstaatlicher Umwelt- auszeichnungen	Freiwillig	verschiedene	verschiedene	verschiedene	nein
VEREINIGTES KÖNIGREICH	Industriespezifi- sche Initiativen	Freiwillig	keine Regelung	keine Regelung	unterschiedliche, je nach Industrie	keine

FRANKREICH	NF Environnement	Volontaire	oui, en fonction du groupe de produits (ou du service)	oui, en fonction du groupe de produits (ou du service)	Tous produits et services sauf produits agroalimentaires ; secteur de l'automobile ; produits pharmaceutiques.	Manquement au droit d'usage : suspension ou retrait de ce droit Tromperie ou fraude : emp. et/ou amende
	Ecolabel européen	v. EU	v. EU	v. EU	v. EU	Tromperie ou fraude : emp. et/ou amende Non transposée
	Directive éco--conception	non transposée	non transposée	non transposée	non transposée	Tromperie ou fraude : emp. et/ou amende
	Etiquetage énergétique	v. EU	v.EU	v. EU	v. EU	Non définies
	Autres moyens d'information	modalités à définir par décret	non	à définir par les professionnels concernés	A définir après une expérimentation	

2. Regelungen auf Ebene der Unternehmen

	Zwingend / nicht zwingend	Art der Information (Geschäftsbericht / andere / keine)	Betroffenen Produkte und Wirtschaftsbranchen	Sanktion
EU	Freiwilliger Umweltaudit EMAS	Umwelterklärung, die den zuständigen Stellen vorzulegen und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen ist.	alle	ggf. Mitgliedstaaten
DEUTSCH- LAND	Zusatzberichterstattungs-pflicht nach HGB für bestimmte Unternehmen	Geschäftsbericht; auf Rechnungen, Werbematerial u.a.;	alle	Ordnungswidrigkeit, Bussgeld
	Freiwillige Selbstverpflichtung für davon nicht betroffene Unternehmen	Bericht an den Staat	alle	keine
	Freiwilliger Umweltaudit EMAS	s.o. EU	alle	Ordnungswidrigkeit, Bussgeld
VEREINIGTES KÖNIGREICH	Im Ergebnis nicht zwingend	Anhang zum Geschäftsbericht, welche den Aktionären über bevorstehende Risiken und Unsicherheiten, inkl. Auswirkungen auf die Umwelt, informieren soll.	Grundsätzlich alle, aber nur börsennotierte und sehr grosse Unternehmen sind der Regelung unterstellt.	Verwaltungsräte, welche Aktionäre nicht pflichtgemäss informieren, könnten theoretisch von ihnen zivilrechtlich auf Schadenersatz verklagt werden.
FRANKREICH	Impératives (pour certaines formes de sociétés mais leur application pourrait être étendue)	Rapport de gestion et/ou Rapport de référence Label (Grenelle 1)	Tous secteurs d'activité	Pas de sanction particulière à l'information environnementale
	EMAS	v. EU		Non définie Radiation temporaire ou définitive

3. Regelungen auf Ebene der Volkswirtschaft

Bestehen von Regeln zur:	Berichterstattung über Gesamtumweltbelastung von Staaten/Regionen (ja/nein)	Berichterstattung über Umweltwirkungen einzelner Konsumbereich, Warengruppen, Wirtschaftsbranchen (ja/nein)	Betroffene Produkte, Wirtschaftsbranchen und Länder	Sanktion
EU	Ja	Ja	ALLGEMEIN: Erfassung und Beschreibung des derzeitigen und voraussichtlichen Zustands der Umwelt	Nein
DEUTSCHLAND	Ja	Ja	<p>Umweltstatistikgesetz: Abfallentsorgung, öff. und nicht öff. Wasserversorgung und öff. und nichtöff. Abwasserentsorgung, Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von sowie der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, best. klimawirksamen Stoffe, Aufwendungen für Umweltschutz, Waren und Dienstleistungen für Umweltschutz</p> <p>Umweltinformationsgesetz: Bericht über den Zustand der Umwelt: Umweltqualität und vorhandene Umweltbelastungen</p>	<p>Umweltstatistikgesetz: Nein</p> <p>Umweltinformationsgesetz: Ordnungswidrigkeit</p>

VEREINIGTES KÖNIGREICH	Ja	Nein	Allgemein, auch was die freiwillige Berichterstattung in Sachen Treibhausgasemissionen betrifft.	Keine
FRANKREICH	Oui	Oui	A priori, entreprises de plus de 500 pers. , régions, DOM ⁷ et entreprises de plus de 250 pers. exerçant leur activité dans des secteurs fortement émetteurs de gaz à effet de serre Etat, régions, départements, communes...	Non définie

7

Départements d'outre-mer

I. SACHVERHALT

Natürliche Ressourcen werden knapper, damit teurer und aus geopolitischen Gründen kann der Zugang auch kurzfristig erschwert werden. Die Unabhängigkeit von Rohstoffen und die Umweltbelastung müssen durch die Ressourceneffizienz bei Produktion und Konsum vermindert werden. Deshalb ist die Schaffung von Markttransparenz bezüglich der Umweltauswirkungen von Gütern und Dienstleistungen (Produkten) und der Volkswirtschaft zur Förderung von ressourcenschonendem Konsum und Produktion ein wichtiges Ziel.

II. FRAGEN

Das Gutachten soll einen Überblick über die Regelungen zur Markttransparenz in Europa darstellen und dabei insbesondere die folgenden Fragen beantworten:

1. Welche Regelungen bestehen in den untersuchten Rechtsordnungen über Informationen zu den Umweltauswirkungen von Produkten?
 - 1.1. Müssen Informationen zu den Umweltauswirkungen freiwillig oder zwingend abgegeben werden?
 - 1.2. Zu welchen Umweltbereichen ist zu informieren?
 - 1.3. Welche Anforderungen bestehen an die Qualität und die Art von Information zu den Umweltwirkungen?
 - 1.4. Welche Regelungen bestehen zur Methode der Erfassung der Umweltbelastung von Produkten?
2. Welche Regelungen bestehen über Informationen von Unternehmen zu den Umweltauswirkungen ihrer Tätigkeit?
 - 2.1. Bestehen zwingende oder nicht zwingende Vorschriften zu einer Information der Unternehmen über die Umweltauswirkungen ihrer Tätigkeiten im Geschäftsbericht?
 - 2.2. Bestehen besondere Vorschriften zur Art der Information in diesem Bereich?
3. Bestehen Regeln der Berichterstattung, die die Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen berücksichtigen müssen/sollen, wenn sie über die Gesamtumweltbelastung von Staaten/Regionen oder die Umweltwirkungen einzelner Konsumbereiche, Warengruppen, Wirtschaftsbranchen (Anstieg oder Reduktion) berichten?

III. ANALYSE

1. Regelungen auf Produktebene

1.1. Überblick

L'information des consommateurs est essentiellement assurée par le biais de **labels** que ce soit au niveau communautaire ou national. L'objectif est d'influencer le comportement des consommateurs dans leurs achats. Au niveau communautaire, le label est le résultat d'une réconciliation entre le droit de la consommation et le droit de l'environnement, qui jusque là, s'étaient développés de manière séparée⁸. L'instauration d'un label écologique communautaire avait aussi pour objectif d'assurer véritablement la libre circulation des marchandises. Pourtant aussi bien en France qu'en Allemagne des labels nationaux (« der blaue Engel », « NF Environnement » notamment) coexistent avec le label communautaire (éco-label). Seul le Royaume-Uni ne dispose pas de son propre label officiel et le label communautaire y semble assez peu connu. L'obtention des labels nationaux reste **volontaire**. Ils sont accordés selon des critères propres à chaque catégorie de produits sur l'ensemble de leur **cycle de vie**, à l'instar de l'éco-label. L'Allemagne est de loin, parmi les pays objets de cette étude, celui où les labels sont les mieux connus des entreprises et des consommateurs. Le label allemand a d'ailleurs été le premier.

D'autres mesures sont, en revanche, **obligatoires**. Elles peuvent s'appliquer en amont pour offrir au consommateur la garantie qu'un certain nombre de critères liés à l'environnement ont été pris en compte dès la **conception** du produit qu'il achète. Tel est le cas des mesures prévues par la directive 2009/125/CE⁹ qui régit la conception **des produits liés à l'énergie**. D'autres mettent l'accent sur la phase d'utilisation car elle est la plus polluante. C'est le cas particulièrement de l'étiquetage¹⁰ des appareils domestiques, qui tend à informer et à influencer les consommateurs sur la consommation d'énergie de ces produits dans la mesure où ceux-ci représentent une large part de la consommation des ressources naturelles et d'énergie dans la Communauté et ont des impacts environnementaux importants. Par le biais de ces mesures, on cherche à réaliser, d'une part, des économies d'énergie et d'autre part, à réduire les impacts environnementaux et en particulier l'émission de gaz à effet de serre. Un système similaire réservé aux équipements du bureau, facultatif quant à lui, a également été mis en place au niveau communautaire par le règlement 106/2008¹¹.

Parallèlement à ces mesures, la France prévoit de créer d'autres modes d'informations des consommateurs quant aux caractéristiques environnementales des produits¹². Il est notamment prévu de procéder par voie de **marquage, d'étiquetage et d'affichage** ou tout autre procédé approprié du contenu en **équivalent carbone** des produits et de leur emballage ainsi que de la consommation de **ressources naturelles** ou de l'impact sur les **milieux naturels** imputables à ces produits pendant leur

⁸ L. Boy, « Les programmes d'étiquetage écologique en Europe », RIDE 2007 I, p. 5 s.

⁹ Etablissant un cadre pour la fixation d'exigences en matière d'éco-conception applicables aux produits liés à l'énergie.

¹⁰ Le Conseil avait d'ailleurs précisé en 1992, à propos des étiquettes qu'« *un système purement facultatif aurait pour conséquence que seuls quelques appareils seraient étiquetés et dotés d'informations uniformes relatives au produit et que cela risquerait de créer la confusion chez certains consommateurs* », V. Considérants de la directive 92/75/CEE du Conseil du 22 septembre 1992, concernant l'indication de la consommation des appareils domestiques en énergie et en autres ressources par voie d'étiquetage et d'informations uniformes relatives aux produits.

¹¹ Règlement 106/2008 concernant un programme communautaire d'étiquetage relatif à l'efficacité énergétique des équipements de bureau.

¹² Loi Grenelle 1.

cycle de vie. Les modalités exactes de ces différentes mesures ne sont cependant pas encore déterminées.

Enfin, la Communauté européenne met peu à peu en place un système de prise en compte de l'environnement dans l'octroi des **marchés publics** ou dans le fonctionnement des services publics (notamment dans les directives 2002/91/CE sur la performance énergétique des bâtiments et 2009/33/CE relative à la promotion de véhicules de transport routier propres et économes en énergie). Ces lignes directrices sont notamment reprises en France dans la loi Grenelle 1¹³.

1.2. Europäische Union

Auf der Ebene der europäischen Union existieren verschiedene Regelwerke, die auf der Produktebene Regelungen zu Fragen der Markttransparenz enthalten. Dabei kann unterschieden werden zwischen **Rahmenregelungen**, die wie die Ökodesignrichtlinie den Rahmen für die Beurteilung einer Vielzahl von Produktgruppen schaffen, die Konkretisierung der Anforderungen an die einzelnen Produktgruppen jedoch spezielleren Richtlinien oder Massnahmen überlassen, und **spezifischen Regelungen** wie die Umweltzeichenverordnung, die sämtliche Anforderungen an die Erteilung des Umweltzeichens enthält. Des Weiteren kann zwischen zwingenden und freiwilligen Massnahmen unterschieden werden.

1.2.1. Das europäische Umweltzeichen

1.2.1.1. Der derzeitige Stand

Beim europäischen Umweltzeichen¹⁴ handelt es sich um eine **umweltbezogene Produktkennzeichnung**, mit der auf Produkte hingewiesen werden soll, die besonders geringe Umweltauswirkungen haben. Das Umweltzeichen bescheinigt als hoheitliches Zeichen die „relative Umweltfreundlichkeit“ eines Produkts¹⁵. Die Zielsetzung des europäischen Gesetzgebers ist es, mit dem Umweltzeichen die Verbraucher besser über die Umweltverträglichkeit eines Produkts zu informieren und so ihre Kaufentscheidung zu beeinflussen, die einheitliche Vergabe von Umweltzeichen nach einheitlichen Voraussetzungen sicherzustellen und die Entwicklung, Herstellung, Vertrieb und Verwendung umweltfreundlicher Produkte zu fördern¹⁶. Die Umweltzeichenverordnung verfolgt dabei ein sog. „**cradle to grave**“-Prinzip, das alle Stadien des Lebenszyklus eines Produktes abdeckt¹⁷.

Die Verordnung findet Anwendung auf **Produkte und Dienstleistungen**, nicht jedoch auf Lebensmittel, Getränke, Arzneimittel, Medizinprodukte gemäss der Richtlinie 93/42/EWG, gefährliche Stoffe oder Zubereitungen im Sinne der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EWG sowie Erzeugnisse, die nach einem Verfahren hergestellt werden, das für Menschen und/oder die Umwelt signifikante Schäden verursachen kann¹⁸.

¹³ Art. 48: « *L'Etat favorisera le respect de l'environnement dans l'achat public par un recours croissant dans les marchés publics des administrations et services placés sous son autorité, aux critères environnementaux et aux variantes environnementales* ».

¹⁴ Verordnung (EG) 1980/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.07.2000 zur Revision des gemeinschaftlichen Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens - Umweltzeichenverordnung (Amtsblatt L 237 vom 21.09.2000).

¹⁵ A. Epiney, Umweltrecht in der Europäischen Union, 2. Auflage, Köln 2005, S. 225.

¹⁶ A. Epiney, Umweltrecht in der Europäischen Union, 2. Auflage, Köln 2005, S. 225f.

¹⁷ A. Epiney, Umweltrecht in der Europäischen Union, 2. Auflage, Köln 2005, S. 227.

¹⁸ Art. 2 Abs. 4 und 5 Umweltzeichenverordnung.

Die Vergabe des Umweltzeichens erfolgt auf **freiwilliger** Basis auf Antrag von Herstellern, Importeuren, Dienstleistungserbringern und Händlern inkl. Einzelhändlern (wenn diese die Produkte unter ihrem eigenen Markennamen in Verkehr bringen).

Die Kriterien zur Vergabe des Umweltzeichens werden nach **Produktgruppen**¹⁹ nach Konsultation des Ausschusses für das Umweltzeichen der Europäischen Union (AUEU) festgelegt und durch die Kommission veröffentlicht²⁰. Als Produktgruppen gelten alle Waren oder Dienstleistungen, die einen ähnlichen Zweck erfüllen und in Bezug auf ihre Verwendung und aus der Sicht der Verbraucher äquivalent sind²¹.

Um in das System der Umweltzeichenverordnung **aufgenommen** zu werden muss eine Produktgruppe über ein signifikantes Umsatz- und Handelsvolumen im Binnenmarkt verfügen, beträchtliche Umweltauswirkungen von globaler, regionaler und/oder allgemeiner Art während einer oder mehrerer Lebensphasen des Produkts nach sich ziehen, ein signifikantes Potential für Umweltverbesserungen durch die Beeinflussung der Kaufentscheidungen der Verbraucher sowie die Schaffung von Anreizen für Hersteller oder Dienstleistungserbringer, durch das Anbieten von Produkten, die die Voraussetzungen für die Vergabe des Umweltzeichens erfüllen, einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen, mit sich bringen und einen signifikanten Teil des Umsatzes mit dem Verkauf für den Endverbrauch oder die endgültige Verwendung erzielen²².

Die jeweiligen Produkte müssen über **Eigenschaften** verfügen, die signifikant zur Verbesserung in wichtigen Umweltaspekten beitragen können. Diese Umweltaspekte werden nach Massgabe des als Hinweis dienenden Beurteilungsschemas in Anhang I ermittelt und müssen die methodischen Anforderungen des Anhangs II erfüllen²³. Bei der Bewertung der komparativen Verbesserungen wird die „**Netto-Ökobilanz**“ zugrunde gelegt, die sich aus der Gegenüberstellung der Umweltbe- und -entlastungen ergibt²⁴. Die Umweltfreundlichkeit der Produkte wird nicht auf der alleinigen Grundlage der Produktbeschaffenheit bestimmt, sondern während der gesamten Lebensdauer berücksichtigt²⁵. Dabei werden die Auswirkungen eines Produktes gemäss des Beurteilungsschemas in Anhang I während der verschiedenen Stadien seines **Lebenszyklus** (Produktionsvorstufe, Produktion, Vertrieb inkl. Verpackung, Nutzung, Entsorgung/Wiederverwendung/Recycling) unter acht verschiedenen **Umweltaspekten** (Abfallaufkommen, Bodenverschmutzung, Wasserverschmutzung, Luftverschmutzung, Lärm, Energieverbrauch, Verbrauch von natürlichen Ressourcen, Auswirkungen auf Ökosysteme) beurteilt.

Anhang II enthält die **methodischen Anforderungen** für die Festlegung von Kriterien für die Vergabe des Umweltzeichens. Demnach müssen bei der Festlegung folgende Schritte durchgeführt werden:

- Durchführbarkeits- und Marktstudie;
- Überlegungen zum Lebenszyklus;
- Untersuchung von Verbesserungsmöglichkeiten;
- Vorschlag für die Kriterien.

¹⁹ Beispiele für bereits anerkannte Produktgruppen: Bettmatratzen, tragbare Computer und Tischcomputer, Kühlgeräte, Geschirrspüler, Allzweckreiniger etc.

²⁰ Art. 6 i.V.m. Art. 17 Umweltzeichenverordnung.

²¹ Art. 2 Abs. 2 Umweltzeichenverordnung.

²² Art. 2 Abs. 2 Umweltzeichenverordnung.

²³ Art. 3 Abs. 1 Umweltzeichenverordnung.

²⁴ Art. 3 Abs. 2 a) Umweltzeichenverordnung.

²⁵ A. Epiney, Umweltrecht in der Europäischen Union, 2. Auflage, Köln 2005, S. 227.

Zuständig für die Vergabe des Umweltzeichens ist eine von dem Mitgliedsstaat, aus dem das jeweilige Produkt stammt, bestimmte Behörde²⁶. Nach Art. 9 der Umweltzeichenverordnung schliesst die zuständige Stelle mit dem Antragsteller einen Vertrag über die Verwendung des Umweltzeichens. Dieser Vertrag enthält u.a. Bestimmungen über den Widerruf der Genehmigung. Bei jeder Änderung der Vergabekriterien für ein bestimmtes Produkt wird die Genehmigung erneut überprüft und der Vertrag ggf. angepasst oder gekündigt. Für die Kosten der Bearbeitung von Anträgen zahlt der Antragsteller eine Gebühr. Darüber hinaus fällt für die Verwendung des Umweltzeichens eine jährliche Gebühr an²⁷.

Das auf dem Produkt angebrachte Umweltzeichen besteht aus zwei Teilen bzw. Feldern. In Feld 1 findet sich das Zeichen selbst (die sog. „Euroblume“) sowie die Registriernummer. Feld 2 enthält Informationen über die Gründe für die Vergabe des Umweltzeichens. Es wird mindestens eine, jedoch nicht mehr als drei **Umweltauswirkungen** stichwortartig angegeben, z.B. „geringe Luftverschmutzung“, „energieeffizient“ oder „verminderte Toxizität“. Grundsätzlich sind beide Felder auf der Ware abzubilden. Unter besonderen Umständen, wie bei kleiner Ware, braucht nur das Feld 1 auf der Ware selbst zu erscheinen, soweit das vollständige Umweltzeichen z.B. auf der Verpackung, auf Merkblättern oder anderen Materialien in den Verkaufsstellen abgebildet ist²⁸.

Art. 18 der Verordnung bestimmt, dass die Mitgliedstaaten im Falle der **Nichtbeachtung** der Verordnung geeignete rechtliche oder administrative Massnahmen treffen. Die Art der Massnahmen wird jedoch nicht aufgeführt.

1.2.1.2. Der Änderungsvorschlag der Kommission

Im Rahmen des **Aktionsplans** für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik ist neben anderen Massnahmen auch die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Umweltzeichenverordnung vorgesehen. Im Rahmen der Beratungen über eine Änderung der Verordnung wurde eine **Folgenabschätzung** durchgeführt, die zu dem Ergebnis kam, dass die derzeitige Regelung ihre **Ziele nicht erreicht**, weil das Umweltzeichen nicht ausreichend bekannt ist und wegen des hohen Verwaltungsaufwands von der Wirtschaft kaum in Anspruch genommen wird. In ihrer Mitteilung über eine (neue) Verordnung über eine Regelung für das Umweltzeichen der Gemeinschaft²⁹ schlägt die Europäische Kommission daher folgendes vor:

- Erweiterung der Produktgruppen / Ausdehnung auf alle Erzeugnisse und Dienstleistungen, die auf dem Markt der Gemeinschaft gegen Entgelt oder kostenlos zur Verteilung, zum Verbrauch oder zur Verwendung angeboten werden, inkl. Lebensmittel (verarbeitete Lebensmittel und Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur) und Getränke;
- Raschere Erarbeitung von Kriterien;
- Bessere Abstimmung der Verordnung mit anderen Massnahmen zur Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch;
- Einführung von Massnahmen zur Förderung der Harmonisierung mit anderen Regelungen zur Kennzeichnung der Umweltverträglichkeit;
- Einführung eines Musters für einen Kriterienkatalog im Interesse einer größeren Benutzerfreundlichkeit;

²⁶ Art. 7 Umweltzeichenverordnung.

²⁷ Art. 12 Umweltzeichenverordnung.

²⁸ Siehe Anhang III Umweltzeichenverordnung.

²⁹ Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Regelung für das Umweltzeichen der Gemeinschaft vom 16.07.2008, KOM(2008) 401 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0401:FIN:DE:PDF> (12.05.2010).

- Einbeziehung von Leitlinien für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen in die Kriterienarbeit;
- Abschaffung der jährlichen Gebühren und Vereinfachung der Bewertungsverfahren;
- Bewertung der zuständigen Stellen durch Fachkollegen (Peer-Review);
- Förderung der Vermarktung;
- Vorschlag verbindlicher Standards für die Umweltverträglichkeit von Produkten³⁰ und
- Vereinfachung des Kriterienkatalogs durch eine Beschränkung auf die wichtigsten Umweltauswirkungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hohen Ansprüche.

Der Vorschlag sieht des Weiteren vor, dass die Mitgliedstaaten für Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung **Sanktionen festlegen** und alle zu ihrer Anwendung erforderlichen Massnahmen treffen. Die Sanktionen müssen wirksam, angemessen und abschreckend sein³¹. Die Umsetzung soll also mit rechtlich zwingenderen Mechanismen als bisher begleitet werden.

Der Vorschlag wurde vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss positiv bewertet. Der Ausschuss sieht lediglich die vorgeschlagene Anwendung der Verordnung auf Lebensmittel (verarbeitete Lebensmittel und Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur) aufgrund von Abgrenzungsschwierigkeiten kritisch³².

1.2.2. Die Öko-Designrichtlinie

Ökodesign ist ein Konzept der Europäischen Union, mit dessen Hilfe der **Energieverbrauch** von Produkten wie z. B. elektrischen Haushaltsgeräten reduziert werden soll. Um den Verbraucher zum Kauf anzuregen und eine Vergleichbarkeit vor dem Kauf zu ermöglichen, müssen Angaben zur Umweltverträglichkeit und zur Energieeffizienz sichtbar auf dem Produkt angebracht sein.

Bei der neugefassten Richtlinie 2009/125/EG³³ zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte handelt es sich um eine **Rahmenrichtlinie**, die die Prinzipien, Bedingungen und Kriterien für die Festlegung ökologischer Anforderungen an energiebetriebene Produkte festlegt (Ökodesign). Vorschriften für einzelne Produkte sind daher nicht enthalten.

Die Rahmenrichtlinie gilt im Prinzip für jedes mit **Energie betriebene Produkt**, das in den Verkehr gebracht wird, sowie für Teile, die zum Einbau in energiebetriebene Produkte bestimmt sind, welche als Einzelteile für Endnutzer in Verkehr gebracht werden und die für sich auf ihre umweltrelevanten Eigenschaften geprüft werden können³⁴. Auf Verkehrsmittel zur Personen- und Güterbeförderung ist sie jedoch nicht anwendbar³⁵. Erfasst wird ein solches Produkt dann vom Anwendungsbereich der Richtlinie, wenn das Verkaufs- und Handelsvolumen des Produkts erheblich ist, das Produkt ange-

³⁰ Hierzu werden jedoch keine Einzelheiten genannt.

³¹ Art. 17 des Vorschlags.

³² Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Regelung für das Umweltzeichen der Gemeinschaft“ KOM(2008) 401 endg. - 2008/0152 (COD), (2009/C 218/11) vom 11.09.2009, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:218:0050:0054:de:PDF> (14.07.2010).

³³ Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (Neufassung), Ökodesignrichtlinie (Amtsblatt L 285 vom 31.10.2009).

³⁴ Art. 2 Nr. 1 Ökodesignrichtlinie.

³⁵ Art. 1 Abs. 3 Ökodesignrichtlinie.

sichts der in Verkehr gebrachten und/oder in Betrieb genommenen Mengen eine erhebliche Umweltauswirkung in der Gemeinschaft hat und ein erhebliches Potenzial für eine Verbesserung seiner Umweltverträglichkeit ohne übermässig hohe Kosten bietet³⁶.

Ist dies der Fall, so hat der Hersteller oder sein Bevollmächtigter vor dem Inverkehrbringen und/oder der Inbetriebnahme eines entsprechenden Produkts **zwingend** sicherzustellen, dass die Konformität des Produkts mit allen einschlägigen Anforderungen der jeweils geltenden Durchführungsmaßnahmen bewertet wird³⁷. Ist der Hersteller nicht in der Gemeinschaft niedergelassen und gibt es keinen Bevollmächtigten, so trifft diese Pflicht den Importeur des Produkts³⁸. Bei den Durchführungsmaßnahmen handelt es sich um von der Kommission auf der Grundlage der Ökodesignrichtlinie erlassene Massnahmen zur **Festlegung der Ökodesign-Anforderungen** für bestimmte Produkte oder zu bestimmten Umweltaspekten³⁹, die die folgenden Kriterien erfüllen müssen:

- Es darf aus Sicht des Benutzers keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf die Funktionsweise des Produkts geben;
- Gesundheit, Sicherheit und Umwelt dürfen nicht beeinträchtigt werden;
- es darf keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen für die Verbraucher geben, insbesondere hinsichtlich der Erschwinglichkeit und der Lebenszykluskosten des Produkts;
- es darf keine nennenswerten nachteiligen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie geben;
- eine spezifische Ökodesign-Anforderung darf grundsätzlich nicht dazu führen, dass die Technik eines bestimmten Herstellers von allen anderen Herstellern übernommen werden muss, und
- sie dürfen den Herstellern keine übermässige administrative Belastung aufbürden⁴⁰.

Die wesentlichen **Umweltaspekte** (soweit sie das Produkt betreffen) werden unter Berücksichtigung der verschiedenen Phasen des **Lebenszyklus** des Produkts festgelegt⁴¹. Für jede dieser Phasen ist (soweit relevant) der voraussichtliche Verbrauch an Material, Energie und anderen Ressourcen wie etwa Frischwasser, die voraussichtlichen Immissionen in Luft, Wasser und Boden, die voraussichtliche Umweltbelastung durch physikalische Einwirkungen wie Lärm, Schwingungen, Strahlung, elektromagnetische Felder, die Menge der voraussichtlich entstehenden Abfallstoffe sowie die Möglichkeiten der Wiederverwendung, des Recyclings und der Verwertung von Material und/oder Energie unter Berücksichtigung der Richtlinie 2002/96/EG abzuschätzen⁴². Dies ist insbesondere anhand der folgenden (nicht abschliessenden) Kriterien zu beurteilen⁴³:

- Masse und Volumen des Produkts;
- Verwendung von Recyclingmaterial;
- Verbrauch an Energie, Wasser und anderen Ressourcen während des Produktlebenszyklus;
- Verwendung von Stoffen, die gesundheits- und/oder umweltschädlich sind;
- Art und Menge der für die bestimmungsgemässe Nutzung und die ordnungsgemässe Wartung benötigten Verbrauchsmaterialien;

³⁶ Art. 15 Abs. 2 Ökodesignrichtlinie.

³⁷ Art. 8 Abs. 1 Ökodesignrichtlinie.

³⁸ Art. 4 Ökodesignrichtlinie.

³⁹ Art. 2 Nr. 3 Ökodesignrichtlinie.

⁴⁰ Art. 15 Abs. 5 Ökodesignrichtlinie.

⁴¹ Auswahl und Einsatz von Rohmaterial, Fertigung, Verpackung, Transport und Vertrieb, Installierung und Wartung, Nutzung und Ende der Lebensdauer, d. h. der Zustand eines Produkts am Ende seiner Erstnutzung bis zur endgültigen Entsorgung; vgl. Anhang 1 Teil 1 Ziff. 1.1. der Ökodesignrichtlinie.

⁴² Anhang 1 Teil 1 Ziff. 1.2. Ökodesignrichtlinie

⁴³ Anhang I Teil 1 Ziff. 1.3 Ökodesignrichtlinie.

- Indikatoren der Wiederverwendbarkeit und Rezyklierbarkeit⁴⁴;
- Verwendung gebrauchter Teile;
- Vermeidung technischer Lösungen, die der Wiederverwendung und dem Recycling von Bauteilen und vollständigen Geräten entgegenstehen;
- Indikatoren der Produktlebensdauer⁴⁵;
- entstehende Mengen von Abfällen und gefährlichen Abfällen;
- Immissionen in die Atmosphäre⁴⁶;
- Immissionen in das Wasser⁴⁷ und
- Immissionen in den Boden⁴⁸.

Art. 14 der Ökodesignrichtlinie schreibt vor, dass die Hersteller in der ihnen angemessen erscheinenden Form nach Massgabe der anwendbaren Durchführungsmaßnahmen sicherzustellen haben, dass die Verbraucher eines Produkts über folgende Aspekte unterrichtet werden:

- die Rolle, die sie bei der nachhaltigen Nutzung des betreffenden Produkts spielen können, und
- das ökologische Profil des betreffenden Produkts und die Vorteile des Ökodesigns, falls dies in den Durchführungsmaßnahmen vorgesehen ist.

In den Durchführungsmaßnahmen **kann** des Weiteren nach Anhang 1 Teil 2 der Richtlinie vorgeschrieben werden, dass der Hersteller Angaben zu machen hat, die den Umgang mit dem Produkt, seine Nutzung oder sein Recycling durch andere Stellen als den Hersteller beeinflussen könnte. Dazu gehören:

- Informationen des Konstrukteurs zum Herstellungsprozess;
- **Informationen für Verbraucher** über die wesentlichen Umweltaspekte und die Eigenschaften des Produkts; diese Informationen sind dem Produkt beizufügen, wenn es in Verkehr gebracht wird, damit der Verbraucher verschiedene Produkte in ihren Umweltaspekten vergleichen kann;
- Informationen für Verbraucher darüber, wie das Produkt mit möglichst geringer Umweltbelastung zu installieren, zu nutzen und zu warten ist, wie es eine möglichst hohe Lebensdauer erreicht und wie es zu entsorgen ist, sowie gegebenenfalls Informationen über den Zeitraum der Lieferbarkeit von Ersatzteilen und die Nachrüstbarkeit der Geräte und
- Informationen über Entsorgungsbetriebe zu Zerlegung, Recycling oder Deponierung des Altprodukts.

Die Informationen sind am Produkt selbst anzubringen, wo immer das möglich ist.

⁴⁴ Zahl der verwendeten Materialien und Bauteile, Verwendung von Normteilen, Zeitaufwand für das Zerlegen, Komplexität der zum Zerlegen benötigten Werkzeuge, Verwendung von Kennzeichnungsnormen für wieder verwendbare und rezyklierbare Bauteile und Materialien (einschließlich der Kennzeichnung von Kunststoffteilen nach ISO-Norm), Verwendung leicht rezyklierbarer Materialien, leichte Zugänglichkeit von wertvollen und anderen rezyklierbaren Bauteilen und Materialien, leichte Zugänglichkeit von Bauteilen und Materialien, die gefährliche Stoffe enthalten.

⁴⁵ Garantierte Mindestlebensdauer, Mindestzeitraum der Lieferbarkeit von Ersatzteilen, Modularität, Nachrüstbarkeit, Reparierbarkeit.

⁴⁶ Treibhausgase, Säurebildner, flüchtige organische Verbindungen, Ozon abbauende Stoffe, persistente organische Schadstoffe, Schwermetalle, Fein- und Schwebstaubpartikel.

⁴⁷ Schwermetalle, Stoffe mit nachteiligen Auswirkungen auf die Sauerstoffbilanz, persistente organische Schadstoffe.

⁴⁸ Insbesondere durch Austritt gefährlicher Stoffe bei der Nutzung von Produkten und durch Auswaschung von Schadstoffen nach ihrer Deponierung.

Anhang II der Ökodesignrichtlinie enthält Regelungen über die **Methode** zur Festlegung spezifischer Ökodesign-Anforderungen. Demnach hat die Kommission bei der Ausarbeitung der Durchführungsmassnahmen mit spezifischen Ökodesign-Anforderungen je nach dem Produkt, das von der Durchführungsmassnahme erfasst wird, die entsprechenden Ökodesign-Parameter nach Anhang I Teil I⁴⁹ zu ermitteln und in einer technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Analyse an einer Reihe auf dem Markt befindlicher repräsentativer Modelle die wirtschaftlich tragfähigen technischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit des Produkts sowie die besten auf dem Markt befindlichen Produkte und Technologien zu ermitteln. Anhand der Ergebnisse dieser Analyse sind konkrete Massnahmen zur Minderung der Umweltauswirkungen des Produkts zu treffen.

Die von den Durchführungsmassnahmen erfassten Produkte sind vom Hersteller vor dem Inverkehrbringen und/oder vor der Inbetriebnahme mit der **CE-Kennzeichnung** zu versehen⁵⁰. Es handelt sich dabei nicht um ein Prüfzeichen, das von einer Zertifizierstelle angebracht wird. Durch das Anbringen der CE-Kennzeichnung gibt der Hersteller oder sein Bevollmächtigter lediglich an, dass er die Verantwortung für die Konformität des Produkts mit allen geltenden Anforderungen der einschlägigen Harmonisierungsrechtsvorschriften der Gemeinschaft übernimmt⁵¹. Zur Bestätigung muss er, zusätzlich zur CE-Kennzeichnung, eine entsprechende EG-Konformitätserklärung ausstellen⁵².

Nach Art. 20 haben die Mitgliedstaaten **Sanktionen für Verstösse** gegen die aufgrund der Richtlinie erlassenen nationalen Vorschriften festzulegen und alle erforderlichen Massnahmen für deren Anwendung zu treffen. Die festgelegten Sanktionen müssen wirksam, verhältnismässig und abschreckend sein und das Ausmass der Abweichung von den Anforderungen sowie die Zahl der in der Gemeinschaft auf den Markt gebrachten Einheiten an nichtkonformen Produkten berücksichtigen.

1.2.3. Die Richtlinie 92/75/EWG Angabe des Energieverbrauchs u.a. durch Haushaltsgeräte

Die Richtlinie 92/75/EWG des Rates vom 22.09.1992⁵³ enthält Vorschriften über die Angabe des **Energieverbrauchs durch Haushaltsgeräte** mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen. Haushaltsgeräte, die zum Verkauf, zur Vermietung oder zum Ratenkauf angeboten werden, müssen mit einem Etikett versehen sein, das Angaben über den Energieverbrauch der Geräte (sowie den Verbrauch anderer wichtiger Ressourcen beinhaltet)⁵⁴. Von der Richtlinie erfasst werden Kühl- und Gefriergeräte sowie entsprechende Kombinationsgeräte, Waschmaschinen und Wäschetrockner sowie entsprechende Kombinationsgeräte, Geschirrspüler, Backöfen, Warmwasserbereiter und Warmwasserspeichergeräte, Lichtquellen und Klimageräte⁵⁵.

⁴⁹ Siehe oben.

⁵⁰ Art. 5 Abs. 1 i.V.m. Anhang III Ökodesignrichtlinie.

⁵¹ Um welche Gemeinschaftsvorschriften es sich dabei handelt, geht daraus jedoch nicht hervor.

⁵² Vergleiche das Merkblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie: „CE-Kennzeichnung - Überblick über die Rahmenregelungen“, S. 2, verfügbar unter <http://www.stmwivt.bayern.de/pdf/wirtschaft/CE-Kennzeichnung-Rahmenregelungen.pdf> (14.05.2010).

⁵³ Richtlinie 92/75/EWG des Rates vom 22.09.1992 über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch Haushaltsgeräte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen, konsolidierte Fassung vom 11.12.2008, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1992L0075:20081211:DE:PDF> (17.05.2010).

⁵⁴ Art. 2 Abs. 1 Richtlinie 92/75/EWG.

⁵⁵ Art. 1 Abs. 1 Richtlinie 92/75/EWG.

Die Bestimmungen, welche Daten auf dem Etikett sowie dem Datenblatt anzugeben sind, finden sich jedoch nicht in der Richtlinie selbst, sondern werden in **Durchführungsrichtlinien**⁵⁶ festgelegt, die für jeden der spezifischen Produkttypen gesondert erlassen werden⁵⁷. Diese legen die genaue Definition des betreffenden Gerätetyps, die zur Feststellung der Angaben nach Art. 1 Abs. 1 der Richtlinie 92/75/EWG zu verwendenden Messnormen und -verfahren, die Einzelheiten der zu erstellenden technischen Dokumentation, die Form und den Inhalt des Etiketts, die Stelle des Geräts, an der das Etikett anzubringen ist sowie den Inhalt und ggf. das Format des Datenblatts fest⁵⁸.

Das Anbringen der Etiketten und das Beilegen der Datenblätter ist **zwingend**. Diese Pflicht trifft die Lieferanten, die die unter die Durchführungsrichtlinien fallenden Haushaltsgeräte vertreiben⁵⁹. Sie enthält jedoch keine Vorschriften über **Sanktionen** für die Nichteinhaltung. Art. 7 der Richtlinie bestimmt lediglich, dass die Mitgliedstaaten alle zweckdienlichen Massnahmen treffen, um sicherzustellen, dass:

- a) alle in ihrem Hoheitsgebiet niedergelassenen Lieferanten und Händler ihren Verpflichtungen aufgrund dieser Richtlinie nachkommen und
- b) untersagt wird, dass Etiketten, Marken, Symbole oder Beschriftungen im Zusammenhang mit dem Energieverbrauch verwendet werden, die den in dieser Richtlinie sowie in den einschlägigen Durchführungsrichtlinien enthaltenen Anforderungen nicht entsprechen und die beim Verbraucher zu Irreführung oder Unklarheit führen können. Dieses Verbot gilt nicht für gemeinschaftliche oder einzelstaatliche Umwelt-Etikettierungsregelungen.

Im Rahmen des Aktionsplans für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik ist neben anderen Massnahmen auch die **Neufassung** der Richtlinie 92/75/EWG sowie ihre Ausweitung auf alle energieverbrauchsrelevanten Produkte in den Sektoren Haushalt, Gewerbe und Industrie mit Ausnahme von Verkehrsmitteln vorgesehen⁶⁰. Dabei sollen nicht nur Produkte berücksichtigt werden, die selbst Energie verbrauchen, sondern auch solche, die sich bei ihrer Nutzung auf den Energieverbrauch auswirken (z.B. Fenster, deren Nutzung mit einem erheblichen Energieeinsparpotenzial verbunden ist)⁶¹.

⁵⁶ Beispiele für Durchführungsrichtlinien sind z.B. die Richtlinie 2003/66/EG der Kommission zur Änderung der Richtlinie 94/2/EG zur Durchführung der Richtlinie 92/75/EWG des Rates betreffend die Energieetikettierung für elektrische Haushaltskühl- und -gefriergeräte sowie entsprechende Kombinationsgeräte (Amtsblatt L 170 vom 9.7.2003); die Richtlinie 2002/40/EG der Kommission zur Durchführung der Richtlinie 92/75/EWG des Rates betreffend die Energieetikettierung für Elektrobacköfen (Amtsblatt L 128 vom 15.5.2002) und die Richtlinie 2002/31/EG der Kommission betreffend die Energieetikettierung für Raumklimageräte (Amtsblatt L 86 vom 3.4.2002).

⁵⁷ Art. 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 2 Richtlinie 92/75/EWG.

⁵⁸ Art. 12 Richtlinie 92/75/EWG.

⁵⁹ Art. 3 Abs. 1 Richtlinie 92/75/EWG.

⁶⁰ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen vom 13.11.2008, KOM(2008) 778 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0778:FIN:DE:PDF> (12.05.2010).

⁶¹ Grund Nr. 3 des Vorschlags sowie S. 2 Ziff. 1 der Begründung des Vorschlags.

1.2.4. Die Energy-Star Kennzeichnung

Das Energiesparprogramm „Energy-Star“⁶² wurde gemeinsam mit den USA beschlossen und zielt darauf ab, Anreize für die Herstellung von **energieeffizienten Bürogeräten** zu schaffen. Auch hier soll ein Emblem es den Verbrauchern ermöglichen, energiesparende Geräte zu erkennen, die einen Beitrag zur Sicherstellung der Energieversorgung und zum Umweltschutz leisten. Daher handelt es sich auch hier um ein Instrument der indirekten Verhaltenssteuerung. Bei den vom Abkommen betroffenen Gerätetypen handelt es sich um: Computer, Computerbildschirme, Kopierer, Drucker, Digitalvervielfältiger, Faxgeräte, Frankiermaschinen, Multifunktionsgeräte und Scanner.

Umgesetzt wurde das Abkommen durch die Verordnung (EG) 106/2008⁶³. Darin werden die allgemeinen Grundsätze des Programms, die Umsetzungsstrategie und die Bedingungen für die Teilnahme am Programm festgelegt. Die Teilnahme erfolgt auf **freiwilliger Basis**⁶⁴. Über Anträge auf die Teilnahme am Programm entscheidet die Europäische Kommission⁶⁵. Die spezifischen Anforderungen an die einzelnen Gerätetypen finden sich im **Anhang C** des Abkommens. Dort werden ausführliche technischen Spezifikationen und Leitlinien für die Prüfbedingungen, Prüfgeräte und Prüfmethode festgelegt, deren Wiedergabe im Einzelnen hier jedoch den Umfang des Gutachtens sprengen würde⁶⁶.

Die Verordnung enthält keine Vorschriften über die **Sanktion** von Verstößen. Art. 12 sieht lediglich vor, dass die Mitgliedstaaten die Maßnahmen treffen, die zur Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung in ihrem Hoheitsgebiet erforderlich sind. Die Mitgliedstaaten können der Kommission Nachweise für vorschriftswidriges Verhalten von Programmteilnehmern übermitteln, damit diese tätig wird.

1.2.5. Das Beschaffungsverfahren der öffentlichen Hand

In ihrem Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für einen nachhaltige Industriepolitik stellte die Kommission fest, dass öffentliche Vergabestellen starke Signale an Anbieter aussenden können, indem sie eine **umweltgerechte Auftragserfüllung** verlangen und damit die Nachfrage nach umweltfreundlicheren Produkten ankurbeln. Um die Vergabestellen dabei zu unterstützen, kündigte die Kommission die Erstellung entsprechender Leitlinien und Instrumente an, darunter die Festlegung gemeinsamer Umweltkriterien und die Bereitstellung von Leistungsbeschreibungsmustern.

⁶² Abkommen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Gemeinschaft über die Koordinierung von Kennzeichnungsprogrammen für Strom sparende Bürogeräte (Amtsblatt L 381 vom 28.12.2006); Entscheidung 2006/1005/EG des Rates vom 18. Dezember 2006 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Gemeinschaft über die Koordinierung von Kennzeichnungsprogrammen für Strom sparende Bürogeräte (Amtsblatt L 381 vom 28.12.2006).

⁶³ Verordnung (EG) 106/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über ein gemeinschaftliches Kennzeichnungsprogramm für Strom sparende Bürogeräte (Neufassung) - Energy Star Verordnung (Amtsblatt L 39 vom 13.02.2008).

⁶⁴ Art. 4 Abs. 3 Energy-Star Verordnung.

⁶⁵ Art. 5 Energy-Star Verordnung.

⁶⁶ Der Text des Abkommens inklusive der Anhänge findet sich unter:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:381:0026:0104:DE:PDF>
 (14.05.2010).

Gemeinsam mit dem Aktionsplan legte die Kommission am 16.07.2008 eine Mitteilung über umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen⁶⁷ vor. Inhalt der Mitteilung sind Informationen darüber, wie die Auswirkungen des Verbrauchs des öffentlichen Sektors auf die Umwelt reduziert werden können und wie das umweltorientierte öffentliche Beschaffungswesen („**GPP - Green Public Procurement**“) für mehr Innovationen in Umwelttechnologien und in umweltgerechten Produkten und Dienstleistungen genutzt werden kann. Die Kommission empfiehlt, die bestehenden Hindernisse bei der Umsetzung von GPP durch die Aufstellung gemeinsamer GPP-Kriterien, die Veröffentlichung von Informationen über Lebenszykluskosten von Gütern, den Erlass rechtlicher und operativer Leitlinien und die politische Unterstützung mittels einer politischen Zielvorgabe, in Verbindung mit Indikatoren und Überwachung, abzubauen.

Die Kommission hat ausgehend von ihrem Potenzial für Umweltverbesserungen zehn **Schwerpunktbereiche**⁶⁸ für umweltorientierte Beschaffung festgelegt. Dabei wurden folgende Aspekte berücksichtigt: öffentliche Ausgaben, potenzielle Auswirkungen auf die Lieferseite, Modellcharakter für private oder kommerzielle Verbraucher, politische Sensibilität, Vorliegen relevanter und leicht anzuwendender Kriterien, Marktverfügbarkeit und ökonomische Effizienz.

Nach unseren Recherchen ist die Überarbeitung der bestehenden und die Entwicklung neuer Leitlinien bisher noch **zu keinem Ergebnis** gekommen. Die Homepage der EU-Kommission zum Thema „Green Public Procurement“⁶⁹ verweist hierzu zum grossen Teil noch auf Dokumente, die von vor dem 16.07.2008 datieren, insbesondere das Handbuch „Umweltorientierte Beschaffung! Ein Handbuch für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen“ aus dem Jahr 2005⁷⁰. Dem Handbuch zufolge soll die umweltorientierte öffentliche Beschaffung u.a. in folgenden Schritten erfolgen, die dort im Einzelnen ausführlich dargestellt sind:

- Abwägung, welche Leistungen in Bezug auf Umweltauswirkungen und gewisse andere Faktoren am besten für die umweltorientierte Beschaffung geeignet sind;
- Angemessene Ermittlung und Formulierung des Bedarfs, die die Umweltorientierung der Beschaffung deutlich werden lässt;
- Aufstellen eindeutiger und präziser technischer Spezifikationen, in die Umweltfaktoren einfließen (Eignungs- und Ausschlusskriterien);
- Suche nach Beispielen für Umweltmerkmale in Datenbanken/Umweltgütezeichen;
- Aufbau auf „bewährten Methoden“ anderer öffentlicher Auftraggeber;
- Anwendung eines wissenschaftlichen Konzepts für die Ermittlung der Lebenszykluskosten;
- Verwendung leistungsbasierter oder funktionsbezogener Spezifikationen, die die Einreichung innovativer, umweltorientierter Angebote fördern;
- Berücksichtigung von Umweltleistungen (Rohstoffnutzung, nachhaltige Produktionsmethoden), Energieeffizienz, erneuerbare Energiequellen, Emissionen, Abfälle etc.);
- Bestimmung von Eignungskriterien (Auswahlkriterien) auf der Grundlage des erschöpfenden Kriterienverzeichnisses in den Richtlinien für das öffentliche Beschaffungswesen;

⁶⁷ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Umweltorientiertes Öffentliches Beschaffungswesen“ vom 16.07.2008 (KOM(2008) 400 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0400:FIN:DE:PDF> (14.05.2010).

⁶⁸ Die Schwerpunktbereiche sind das Bauwesen, Verpflegungs- und Cateringdienstleistungen, Verkehr und Verkehrsdienstleistungen, Energie (einschließlich Strom, Heizung und Kühlung aus erneuerbaren Energiequellen), Büromaschinen und Computer, Bekleidung, Uniformen und andere Textilwaren, Papier und Druckereileistungen, Möbel, Reinigungsprodukte und -dienstleistungen sowie Ausstattungen für das Gesundheitswesen.

⁶⁹ http://ec.europa.eu/environment/gpp/index_en.htm (14.05.2010).

⁷⁰ http://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/handbook_de.pdf (14.05.2010).

- Festlegung umweltorientierter Zuschlagskriterien und
- Verwendung von Auftragsausführungsklauseln, um zusätzlich zu dem umweltorientierten Auftrag weitere Umweltbedingungen vorzugeben.

Neben diesen allgemeinen Ansätzen existieren auf europarechtlicher Ebene in einigen Regelungswerken bereits **Einzelvorschriften** über die umweltorientierte Beschaffung. Darüber hinaus sind in einigen Richtlinienvorschlägen ähnliche Regelungen enthalten.

So enthält **Richtlinie 2006/32/EG⁷¹ über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen** in Art. 5 die Regelung, dass die Mitgliedstaaten sicherzustellen haben:

„dass der öffentliche Sektor eine Vorbildfunktion im Zusammenhang mit dieser Richtlinie übernimmt. Zu diesem Zweck unterrichten sie in wirksamer Weise die Bürger und/oder gegebenenfalls Unternehmen über die Vorbildfunktion und die Maßnahmen des öffentlichen Sektors. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass der öffentliche Sektor Energieeffizienzmaßnahmen ergreift, deren Schwerpunkt auf kostenwirksamen Maßnahmen liegt, die in kürzester Zeit zu den umfassendsten Energieeinsparungen führen. Diese Maßnahmen werden auf der geeigneten nationalen, regionalen und/oder lokalen Ebene getroffen und können in Gesetzgebungsinitiativen und/oder freiwilligen Vereinbarungen oder anderen Vorhaben mit gleichwertiger Wirkung bestehen. Unbeschadet des nationalen und gemeinschaftlichen Vergaberechts

- werden aus der in Anhang VI aufgeführten Liste zumindest zwei Maßnahmen herangezogen;
- erleichtern die Mitgliedstaaten diesen Prozess, indem sie Leitlinien zur Energieeffizienz und zu Energieeinsparungen als mögliches Bewertungskriterium bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge veröffentlichen.“

Die **Energy-Star Verordnung 106/2008⁷²** sieht in Art. 6 vor, dass die Kommission und die anderen Gemeinschaftsorgane sowie zentrale Regierungsbehörden im Sinne der Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge für die Laufzeit des Abkommens unbeschadet des Gemeinschafts- und einzelstaatlichen Rechts sowie wirtschaftlicher Kriterien für öffentliche Lieferaufträge, deren Wert die in Artikel 7 der genannten Richtlinie festgelegten Schwellenwerte erreicht oder überschreitet, Stromsparanforderungen aufstellen, die nicht weniger anspruchsvoll als die gemeinsamen Spezifikationen sind.

Nach der **Richtlinie 2009/33/EG⁷³** über die Förderung sauberer und energieeffizienter Strassenfahrzeuge sind öffentliche Auftraggeber und bestimmte Betreiber dazu verpflichtet, beim Kauf von Strassenfahrzeugen die Energie- und Umweltauswirkungen, einschließlich des Energieverbrauchs, der CO₂-Emissionen und bestimmter Schadstoffemissionen während der gesamten Lebensdauer zu berücksichtigen, um den Markt für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge zu fördern und zu beleben und den Beitrag des Verkehrssektors zur Umwelt-, Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union zu verbessern⁷⁴.

⁷¹ Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates (Amtsblatt L 114 vom 27.04.2006).

⁷² Verordnung (EG) 106/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Januar 2008 über ein gemeinschaftliches Kennzeichnungsprogramm für Strom sparende Bürogeräte (Neufassung) - Energy Star Verordnung (Amtsblatt L 39 vom 13.02.2008).

⁷³ Richtlinie 2009/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Strassenfahrzeuge (Amtsblatt L 120 vom 15.05.2009).

⁷⁴ Art. 1 Richtlinie 2009/33/EG.

Der bereits erwähnte Vorschlag für eine Richtlinie über die **Angabe des Verbrauchs an Energie** und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen vom 13.11.2008⁷⁵ enthält in Art. 9 eine Regelung mit dem Titel „Öffentlicher Beschaffung und Anreize“, nach der Vergabebehörden keine Produkte beschaffen dürfen, die nicht die Mindestleistungsniveaus erfüllen, die in der entsprechenden anwendbaren Durchführungsmaßnahme festgelegt sind.

Die **Richtlinie 2002/91/EG**⁷⁶ über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden bestimmt derzeit in ihrer Präambel unter Nr. 16: „Behördengebäude und Gebäude mit starkem Publikumsverkehr sollten durch Einbeziehung von Umwelt- und Energieaspekten ein Vorbild geben, und daher sollten regelmäßig Energieausweise für sie erstellt werden. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Gesamtenergieeffizienz sollte durch Anbringung der Energieausweise an gut sichtbaren Stellen unterstützt werden.“ Im Vorschlag für die Überarbeitung der Richtlinie⁷⁷ soll dieser Ansatz weiter ausgebaut werden, indem in Artikel 11 und 12 verpflichtenden Regelungen über das Ausstellen eines Ausweises über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden festgelegt werden.

Des Weiteren soll auch die neue **Umweltzeichenverordnung**⁷⁸ in Art. 12 eine Regelung enthalten, dass die Mitgliedstaaten und die Kommission die Verwendung des Umweltzeichens der Gemeinschaft durch Sensibilisierungsmaßnahmen und Informationskampagnen für Verbraucher, Produzenten, Einkäufer im öffentlichen Beschaffungswesen, Groß- und Einzelhändler und die breite Öffentlichkeit fördern und so zur Verbreitung der Regelung beitragen. Anhang I Teil A Nr. 5 führt des Weiteren aus, dass ein Leitfaden für die Beschaffungsbehörden über die Anwendung der Umweltzeichenkriterien erstellt werden wird.

1.2.6. Zusammenfassende Würdigung

Die europarechtlichen Instrumente der Produktkennzeichnung zur Erhöhung der ökologischen Markttransparenz lassen eine **Kombination verschiedener Ansätze** erkennen. Dies äussert sich zum einen im jeweiligen Fokus der Instrumente. Während Umweltzeichen und Öko-Design den gesamten Lebenszyklus eines Produktes bewerten, betrachten die Richtlinie 92/75/EWG und der Energy-Star lediglich Teilaspekte, namentlich den Energieverbrauch. Auch Informationen, die dem Verbraucher durch die verschiedenen Kennzeichen zur Verfügung gestellt werden, variieren: von der allgemeinen Angabe, dass ein Produkt EU-Standards entspricht (CE-Kennzeichnung) über die Kennzeichnung als „relativ umweltfreundlicher“ als andere Produkte bis hin zu konkreten Angaben über den Energieverbrauch.

⁷⁵ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen vom 13.11.2008, KOM(2008) 778 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0778:FIN:DE:PDF> (12.05.2010).

⁷⁶ Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Amtsblatt L 1, 04.01.2003).

⁷⁷ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung) vom 13.11.2008, KOM(2008)780 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0780:FIN:de:PDF> (17.05.2010).

⁷⁸ Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Regelung für das Umweltzeichen der Gemeinschaft vom 16.07.2008, KOM(2008) 401 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0401:FIN:DE:PDF> (12.05.2010).

Des Weiteren setzt der europäische Gesetzgeber neben den für die Industrie zwingenden Kennzeichen auch auf die Massnahmen der **indirekten Verhaltenssteuerung**, indem mit dem Umweltzeichen und dem Energy-Star auf das Kaufverhalten der Kunden eingewirkt werden soll. Die **Effektivität** dieses Ansatzes **variiert** innerhalb der Union jedoch stark. Dies ist insbesondere am Beispiel des Umweltzeichens deutlich zu erkennen: insgesamt sind Umweltzeichen von Produkten aus 39 Herstellerländern registriert. In 24 dieser Länder liegt die Zahl der gekennzeichneten Produkte jedoch unter 10. Lediglich in 5 der teilnehmenden Länder wurden für mehr als 50 Produkte Umweltzeichen-Lizenzen vergeben. Dies sind Dänemark mit 56 Lizenzen, Deutschland mit 63, Spanien mit 71 und, als Spitzenreiter, Frankreich mit 203 und Italien mit 331 Lizenzen⁷⁹. Die Anzahl der in einem Land vergebenen Lizenzen spiegelt dabei jedoch nicht unbedingt den Erfolg des Labels in dem entsprechenden Land wieder, wie z.B. am Beispiel Frankreichs zu sehen ist: unter den französischen Verbrauchern ist das europäische Umweltzeichen kaum bekannt⁸⁰.

Insgesamt wurden seit dem Jahr 1992 **1064 Lizenzen des Umweltzeichens** vergeben. Nach einem schleppenden Beginn - bis 1996 wurden lediglich 6 Lizenzen vergeben - kam der Prozess langsam in Fahrt. Im Zeitraum 2007 - 2010 hat sich die Anzahl der Lizenzen mehr als verdoppelt⁸¹. Der EU-Gesetzgeber setzt nunmehr zur weiteren Förderung und Bekanntmachung des Umweltzeichens und anderer Umweltkennzeichnungen mit den geplanten, oben dargestellten Neuerungen auf eine bessere Aufklärung der Bevölkerung. Daneben sollen die Unternehmen durch die Bevorzugung von gekennzeichneten Produkten im Rahmen der öffentlichen Beschaffung weiter zur Nutzung der freiwilligen Kennzeichen animiert werden.

1.3. Deutschland

In Deutschland findet der Verbraucher auf einer Vielzahl von Produkten sowie in der für diese Produkte vorgesehenen Werbung umweltbezogene Aussagen, die der Markttransparenz dienen. Diese Aussagen unterliegen den strengen Anforderungen des **Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb**⁸² (UWG). Nach § 3 UWG dürfen Aussagen allgemein über ein Produkt nicht irreführend oder unklar sein. So kann in Deutschland beispielsweise ein Produkt, welches nur zu 80 Prozent aus Altpapier besteht, nicht mit „Hygiene-Krepp aus Altpapier“ bezeichnet werden, da dies zu einer Irreführung des Verbrauchers führen könnte, der folglich von einem 100-prozentigen Anteil ausgehen würde⁸³.

Die Vergabe der **Kennzeichnung** von Produkten kann sodann in staatlicher Hand liegen und **gesetzlich geregelt sein, zwingend ist dies jedoch nicht** immer der Fall. So existiert daneben eine Vielzahl von Kennzeichnungen, die nicht auf staatlicher Initiative beruht, sondern auf die Initiative von (Umwelt-) Verbänden und ähnlichen Organisationen zurückzuführen ist.

⁷⁹ Siehe die Statistik „Number of licenses by producer country“, verfügbar unter http://ec.europa.eu/environment/ecolabel/about_ecolabel/facts_and_figures_en.htm (15.07.2010).

⁸⁰ Vergleiche hierzu den Bericht zu Frankreich in diesem Teil des Gutachtens.

⁸¹ Siehe die Statistik „Evolution of the number of licences since 1992“, verfügbar unter http://ec.europa.eu/environment/ecolabel/about_ecolabel/facts_and_figures_en.htm (15.07.2010).

⁸² Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2010, (BGBl. I S. 254)FN 43-7, zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 6 Verbraucherkredit-, zivilrechtl. Teil der ZahlungsdiensteRL-UmsetzungsG sowie Widerrufs- und RückgabeRNeuO vom 29. 7. 2009 (BGBl. I S. 2355).

⁸³ Bundesgerichtshof, Urteil vom 20.10.1988, I ZR 238/87, Neue Juristische Wochenschrift 1989, S. 712.

Die Kennzeichnung von Produkten erfolgt **teils obligatorisch, teils auf freiwilliger Basis**. Im Folgenden sollen die unseres Erachtens markantesten Regelungen und Kennzeichnungen nach diesen Unterscheidungskriterien dargestellt werden.

1.3.1. Der Blaue Engel

Der Blaue Engel ist die erste und **älteste umweltschutzbezogene Kennzeichnung der Welt** für Produkte und Dienstleistungen⁸⁴. Er wurde 1978 auf Initiative des Bundesministers des Inneren und durch den Beschluss der Umweltminister des Bundes und der Länder ins Leben gerufen. Seitdem ist er ein Instrument der Umweltpolitik, mit dem auf **freiwilliger Basis** auf Antrag des Anbieters oder des Herstellers die positiven Umwelteigenschaften von Angeboten gekennzeichnet werden können. Den Verbrauchern ist das Zeichen vor allem von Recyclingpapier, Farben und Lacken vertraut⁸⁵. Die Produktpalette ist aber sehr viel breiter. Heute tragen rund 10.000 Produkte und Dienstleistungen in 80 Produktkategorien den Blauen Engel⁸⁶.

Es existiert keine gesetzliche Grundlage für die Vergabe des Blauen Engels. Er wird für die Kategorien **Klima, Gesundheit, Wasser und Ressourcen** verliehen⁸⁷. Die Einteilung ist jedoch noch nicht abschliessend festgelegt worden. Weitere Kategorien können noch hinzukommen⁸⁸.

Basierend auf den „Grundsätzen für die Vergabe von Umweltzeichen“⁸⁹ kann der Blaue Engel nur an solche Produkte vergeben werden, die sich **im Vergleich zu anderen**, dem gleichen Gebrauchszweck dienenden Produkten durch ihre besondere Umweltfreundlichkeit auszeichnen. Dabei soll eine ganzheitliche Betrachtung angestellt werden, bei der die wesentlichen Gesichtspunkte des Umwelt- und Gesundheitsschutzes einschließlich eines sparsamen Rohstoffeinsatzes berücksichtigt werden. Die Gebrauchstauglichkeit und Sicherheitsaspekte müssen denen herkömmlicher Produkte entsprechen. Die Anforderungen, die Produkte erfüllen müssen, sind im Einzelnen für die jeweilige Produktgruppe (z.B. Lacke, Recyclingpapier) in speziellen „**Vergabegrundlagen**“ festgelegt. Dort ist auch im Einzelnen vorgeschrieben, wodurch die Einhaltung dieser Kriterien nachzuweisen ist⁹⁰.

⁸⁴ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „Der Blaue Engel wird 30“, verfügbar unter http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/print/42567.php (07.05.2010).

⁸⁵ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „Umweltzeichen Blauer Engel“, verfügbar unter http://www.bmu.de/produkte_und_umwelt/umweltzeichen/blauer_engel/doc/39039.php (07.05.2010).

⁸⁶ RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e. V. und Umweltbundesamt, „Der Blaue Engel –Umweltzeichen mit Markenwirkung“, verfügbar unter: http://www.blauer-engel.de/de/blauer_engel/index.php (07.05.2010).

⁸⁷ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „Umweltzeichen Blauer Engel“, verfügbar unter http://www.bmu.de/produkte_und_umwelt/umweltzeichen/blauer_engel/doc/39039.php (07.05.2010).

⁸⁸ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit & Umweltbundesamt, „Umweltzeichen und Klimaschutz – Blauer Engel für klimarelevante Produkte“, verfügbar unter http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/infopapier_blauerengel_klimaschutz.pdf (07.05.2010).

⁸⁹ Diese existieren jeweils für die verschiedenen Produktgruppen und können auf der Internetseite des Blauen Engels, http://www.blauer-engel.de/de/unternehmen/uebersicht_vergabegrundlagen.php (21.05.2010) heruntergeladen werden.

⁹⁰ Sie die Informationen auf der Homepage des „Blauen Engels“, verfügbar unter

Im Rahmen des Umweltzeichens Blauer Engel wird von einer **ganzheitlichen Betrachtung** der Produkte über den gesamten Lebensweg ausgegangen. Bei der Entwicklung von Umweltkriterien für Produkte werden die Lebenswegabschnitte von der Gewinnung aus Rohstoffen, über die Herstellung, den Vertrieb, den Gebrauch sowie der Entsorgung jeweils in Bezug auf die entsprechenden medienübergreifenden Umweltindikatoren berücksichtigt⁹¹.

Die Zuständigkeiten für im Zusammenhang mit dem Blauen Engel stehende Verfahren sind unter den folgenden Akteuren aufgeteilt:

- RAL GmbH (Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung): Vergabe des Blauen Engels;
- Bundesumweltministerium: Inhaber des Umweltzeichens;
- Umweltbundesamt: Erarbeitung der technischen Kriterien.

Jedermann kann dem Umweltbundesamt einen Vorschlag über die **Aufnahme** einer neuen Produktgruppe vorlegen. Dabei muss ausführlich begründet und nachvollziehbar belegt werden, wodurch sich das betreffende Produkt in seinen Umwelteigenschaften erheblich von anderen Produkten mit demselben Gebrauchszweck abhebt. Die Vergabekriterien werden sodann auf Vorschlag des Umweltbundesamtes in enger Abstimmung mit Produktherstellern, Prüfstellen und Verbraucherverbänden erarbeitet. Die endgültige Entscheidung bzw. die Verabschiedung der Vergabekriterien erfolgt durch die **unabhängige Jury Umweltzeichen**, die zweimal jährlich tagt⁹².

Das **Vergabeverfahren** für die Verleihung eines bereits existierenden Umweltzeichens (Blauen Engels) beginnt mit einem Antrag des Anbieters oder Herstellers auf Benutzung des Umweltzeichens, für welchen er die Einhaltung der Anforderungen der Zeichenvergabestelle RAL nachweisen muss. Die RAL prüft sodann den Antrag und die Einhaltung der festgelegten Anforderungen. Das jeweilige Bundesland erhält die Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Sind die Anforderungen erfüllt, so schließt die RAL einen Zeichenbenutzungsvertrag mit dem Anbieter oder Hersteller. Danach darf der Anbieter/Hersteller mit dem Blauen Engel werben⁹³.

Der Blaue Engel ist ausländischen Herstellern und Dienstleistern in gleicher Weise zugänglich wie deutschen Firmen. Die Möglichkeit, das Umweltzeichen zu beantragen, wird von ausländischen Herstellern intensiv genutzt. Etwa 15% der Inhaber von Zeichennutzungsverträgen mit RAL sind ausländische Firmen⁹⁴.

Die Kennzeichnung des Blauen Engels informiert den Verbraucher über eine ökologisch bessere Produktalternative unter Beachtung konkret definierter Kriterien. Produkte mit dem Blauen Engel entsprechen einem Kriterienkatalog, der umwelt- und gesundheitsschutzrelevante Aspekte berücksichtigt. Insofern bietet der Kauf von Produkten mit dem Blauen Engel eine Gewähr für gute Produkte mit einer geringeren Umweltbelastung und einem hohen Gesundheitsschutz im Vergleich zu manch anderen Produkten mit dem gleichen Gebrauchszweck⁹⁵. Das auf der Ware angebrachte Zeichen ent-

http://www.blauer-engel.de/de/unternehmen/faq_unternehmen.php#FAQ14 (20.05.2010).

⁹¹ Vergleiche hierzu die Broschüre „Informationsblatt zum Einreichen von Neuvorschlägen zum Blauen Engel“ S. 1, verfügbar unter :
http://www.blauer-engel.de/downloads/unternehmen/Infoblatt_Neuvorschlaege_de.pdf
(20.05.2010).

⁹² Siehe die Informationen auf der Homepage des „Blauen Engels“, verfügbar unter
http://www.blauer-engel.de/de/unternehmen/faq_unternehmen.php#FAQ14, (20.05.2010).

⁹³ Siehe unter http://www.blauer-engel.de/de/unternehmen/kosten_vergabe/index.php (20.05.2010).

⁹⁴ Siehe unter http://www.blauer-engel.de/de/unternehmen/kosten_vergabe/index.php (20.05.2010).

⁹⁵ Siehe unter http://www.blauer-engel.de/de/unternehmen/kosten_vergabe/index.php (20.05.2010).

hält durch den Schriftzug „Der Blaue Engel, weil...“ (weil energiesparend/ emissionsarm/ verträglich für Kläranlagen/ 100 % Altpapier...) einen Hinweis auf die wesentlichste Umwelteigenschaft des Produkts⁹⁶. Das Produkt kann daher auch noch weitere positive Umwelteigenschaften tragen. Zu beachten ist jedoch, dass der Blaue Engel nicht das **absolut** umweltfreundlichste Produkt auszeichnet. Da die Vergabe nur auf freiwilliger Basis erfolgt, ist es möglich, dass umweltfreundlichere Produkte existieren, die jedoch mangels Antrag des Herstellers nicht mit dem Blauen Engel gekennzeichnet sind.

1.3.2. Das europäische Umweltzeichen in Deutschland

Das auch als „EuroBlume“ bezeichnete europäische Umweltzeichen basiert auf der europäischen Verordnung (EG) 1980/2000⁹⁷ und ist folglich auch in Deutschland auf **freiwilliger Antragsbasis** auf Produkten zu finden. Allerdings ist das Zeichen in Deutschland noch nicht sehr verbreitet⁹⁸ und unter Verbrauchern daher noch wenig bekannt. Nach einer im Jahre 2008 durchgeführten Studie beträgt der Bekanntheitsgrad unter allen befragten Verbrauchern lediglich 26 Prozent, wohingegen der Blaue Engel einen Bekanntheitsgrad von 90 Prozent genießt⁹⁹. Hinsichtlich der Handhabung in Deutschland ist für die Prüfung und Vergabe des Siegels das Deutsche Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung (RAL) und das Umweltbundesamt verantwortlich. Zu weiteren Ausführungen wird auf den europarechtlichen Teil des Gutachtens verwiesen.

1.3.3. Die Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie in Deutschland

Das **Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte**¹⁰⁰ (EBPG) setzt die Ökodesign –Richtlinie 2009/125/EG¹⁰¹ des Europäischen Parlamentes und des Rates um und beinhaltet eine **Kennzeichnungspflicht** ebenfalls für energiebetriebene Produkte. Konkrete Vorschriften für einzelne Produkte ergeben sich jedoch nicht unmittelbar aus dem Gesetz. Vielmehr werden produktspezifische Ökodesign-Anforderungen erst nach und nach in sogenannten Durchführungsmaßnahmen festgelegt. Diese werden in Form von Verordnungen erlassen und sind damit in allen EU-Mitgliedstaaten unmittelbar gültig. Festgelegt ist jedoch die sogenannte CE-Kennzeichnung für Hersteller und Importeure, die erklären müssen, dass ihre Produkte diese Anforderungen der Verord-

⁹⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit & Umweltbundesamt, „Umweltzeichen und Klimaschutz – Blauer Engel für klimarelevante Produkte“, verfügbar unter http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/infopapier_blaueengel_klimaschutz.pdf (07.05.2010).

⁹⁷ Verordnung (EG) 1980/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.07.2000 zur Revision des gemeinschaftlichen Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens - Umweltzeichenverordnung (Amtsblatt L 237 vom 21.09.2000).

⁹⁸ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, « Europäisches Umweltzeichen », verfügbar unter http://www.bmu.de/produkte_und_umwelt/umweltzeichen/europaeisches_umweltzeichen/doc/print/39040.php? (07.05.2010).

⁹⁹ Studie des ASER Institutes der Bergischen Universität Wuppertal „Käuferverhalten von Baumarktkunden unterschiedlichen Alters“; verfügbar unter <http://www.baua.de/cae/servlet/contentblob/696392/publicationFile/46916/F2020.pdf;jsessionid=B4B7CD764DCFE8FA7964D84F39235FC> (29.06.2010) unter Punkt 4.3.3..

¹⁰⁰ Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte, (Energiebetriebene-Produkte-Gesetz – EBPG), vom 27. Februar 2008, (BGBl. I S. 258), FNA 754-20.

¹⁰¹ Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (Neufassung), Ökodesignrichtlinie (Amtsblatt L 285 vom 31.10.2009).

nung erfüllen. Die CE-Kennzeichnungspflicht ist in § 4 Abs. 1 Nr. 2 EBPB festgelegt und in § 6 EBPB näher geregelt.

Von der Kennzeichnungspflicht nach dem EBPB sind derzeit alle Produkte (ausser Verkehrsmittel) betroffen, die durch **Elektrizität, fossilen Treibstoff oder durch erneuerbare Energiequellen** betrieben werden, soweit diese Produkte erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, über ein erhebliches Potenzial für eine Verbesserung der Umweltverträglichkeit ohne übermässig hohe Kosten verfügen und ein Handelsvolumen von mehr als 200.000 Stück pro Jahr auf dem Markt betreffen¹⁰². Betroffen ist demnach der Bereich der **Ressourcen**.

Qualität und Art der Information für ein energiebetriebenes Produkt, das von einer Durchführungsrechtsvorschrift zur Ökodesign-Richtlinie erfasst wird, sind in **§§ 5, 6 EBPB** geregelt. Demnach müssen nach § 5 EBPB Angaben auf dem Produkt oder der Verpackung erfolgen über den Namen des Herstellers, Bevollmächtigten oder des Importeurs und dessen Adresse sowie eine Kennzeichnung, die eine **eindeutige Identifizierung** des Produktes ermöglicht. Daneben müssen gegebenenfalls nach § 5 Abs. 2 EBPB „Angaben, die den Umgang mit dem Produkt, dessen Nutzung oder Recycling durch andere Stellen als den Hersteller beeinflussen können schriftlich oder durch harmonisierte Symbole¹⁰³, allgemein anerkannte Codes oder auf andere Weise gemacht werden“. Dabei gilt als Hauptprinzip stets die Verständlichkeit der Information für den Benutzer des Produkts. Schriftliche Angaben müssen daher zumindest auch in deutscher Sprache erfolgen.

Gemäss § 6 EBPB muss die CE-Kennzeichnung **sichtbar, lesbar und dauerhaft** angebracht sein und eine in Anhang III der Richtlinie 2005/32/EG festgelegte Gestalt und Mindestgrösse haben. Darüber hinaus sind Irreführungen durch die Anbringung weiterer Kennzeichen verboten.

Die **Bedeutung** der Ökodesign-Richtlinie und ihrer Umsetzung durch das EBPB liegt in ihrem erheblichen Beitrag zur energieeffizienten Gestaltung von Produkten. Der Anstieg des Energieverbrauchs insbesondere von Produkten aus der Unterhaltungselektronik kann folglich verhindert oder zumindest verlangsamt werden¹⁰⁴. Die Kennzeichnung führt daneben zu einer entsprechenden Steuerung des Käuferverhaltens. Durch die bereits im europarechtlichen Teil angesprochene Neufassung der Ökodesign-Richtlinie wird das Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (EBPB) voraussichtlich einen neuen Namen erhalten, da die Neufassung eine Ausdehnung auf alle energieverbrauchsrelevanten Produkte vorsieht und nicht mehr nur energiebetriebene Produkte einbezieht, so dass die Gesetzesbezeichnung der Neufassung der Richtlinie nicht mehr entspricht¹⁰⁵. Weitere Angaben zu einer allfälligen Namensänderung sind uns jedoch nicht bekannt.

Verstösse gegen das EBPB werden nach § 13 als Ordnungswidrigkeiten mit einer **Busse** von höchstens fünfzigtausend Euro geahndet.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zum Ökodesign im europarechtlichen Teil des Gutachtens verwiesen.

¹⁰² Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Ökodesign in 10 Minuten, S. 1, verfügbar unter http://www.braunschweig.ihk.de/innovation_umwelt/innovationsberatung/ce-kennzeichen/Merkblatt_Oekodesign.pdf (10.05.2010).

¹⁰³ Beispielsweise durch ein Warndreieck mit Ausrufezeichen.

¹⁰⁴ J. Nusser, „Zwei Jahre EBPB – Erste Erfahrungen mit der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie“, in Zeitschrift für Umweltrecht 2010, 130 (136).

¹⁰⁵ J. Nusser, „Zwei Jahre EBPB – Erste Erfahrungen mit der Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie“, in Zeitschrift für Umweltrecht 2010, 130 (136).

1.3.4. Die Umsetzung der Kennzeichnungsrichtlinie 92/75/EWG durch das EnVKG und die EnVKV

Eine **Pflichtkennzeichnung** dagegen besteht für solche Haushaltsgeräte, die **Energie und andere Ressourcen** verbrauchen, nach der Kennzeichnungsrichtlinie 92/75/EWG¹⁰⁶ sowie den dazu ergangenen Durchführungsrichtlinien. Die Umsetzung in Deutschland erfolgte durch das Gesetz zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Energieeinsparung bei Geräten und Kraftfahrzeugen¹⁰⁷ (EnVKG) und durch die Verordnung über die Kennzeichnung von Haushaltsgeräten mit Angaben über den Verbrauch an Energie und anderen wichtigen Ressourcen¹⁰⁸ (EnVKV). Von der Kennzeichnung betroffene Produkte sind beispielsweise Kühl- und Gefriergeräte, Waschmaschinen und Trockner, Elektrobacköfen und Haushaltslampen.

Mit der Kennzeichnungspflicht nach dem EnVKG und der EnVKV wird der Umweltbereich der **Ressourcen (Energie)** tangiert. Das **Energieverbrauchsetikett** gibt sodann die Energieeffizienzklasse des Haushaltsgerätes an. Es muss deutlich sichtbar an der Vorder- oder Oberseite jedes Geräts im Verkaufs- oder Ausstellungsraum angebracht sein. Die Bewertungsskala gibt über den **Energieverbrauch** (Strom und andere Energieträger) und über zusätzliche Gebrauchseigenschaften des Gerätes Auskunft. Die Einteilung erfolgt in Wertungsklassen von A bis G, wobei A die beste Klasse (niedriger Verbrauch) darstellt und G die schlechteste (hoher Verbrauch). Teils findet sich auch eine Angabe über den **Wasserverbrauch**.

Verstöße gegen das EnVKG oder die EnVKV werden als Ordnungswidrigkeiten gemäss § 2 EnVKG und § 9 EnVKV mit **Bussen** bis zu fünfzigtausend Euro geahndet.

1.3.5. Die Stromherkunftskennzeichnung nach EnWG

Eine **Pflicht** zur Information über die Herkunft besteht auch für Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Die Pflicht ist festgelegt im **Energiewirtschaftsgesetz**¹⁰⁹ (**EnWG**). Nach § 42 Abs. 1 und 2 EnWG¹¹⁰ müssen Kunden über die Herkunft von elektrischen Strom aufgeklärt werden.

¹⁰⁶ Richtlinie 92/75/EWG des Rates vom 22. September 1992 über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch Haushaltsgeräte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen, *ABl. L 297 vom 13.10.1992*.

¹⁰⁷ *Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz – EnVKG, vom 30. Januar 2002, zuletzt geändert durch Art. 169 Neunte ZuständigkeitsanpassungsVO vom 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407), (BGBl. I S. 570), FNA 754-17*.

¹⁰⁸ *Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung – EnVKV, vom 30. Oktober 1997, zuletzt geändert durch Art. 1 Zweite Energieverbrauchskennzeichnungsrechts-ÄndVO⁴ vom 19. 2. 2004 (BGBl. I S. 311), (BGBl. I S. 2616), FNA 754-14-1*.

¹⁰⁹ Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG), vom 7. Juli 2005, (BGBl. I S. 1970, ber. S. 3621) FNA 752-6, zuletzt geändert durch Art. 2 G zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze vom 21. 8. 2009 (BGBl. I S. 2870). Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG (ABl. EU Nr. L 176 S. 37), der Richtlinie 2003/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG (ABl. EU Nr. L 176 S. 57), der Richtlinie 2004/67/EG des Rates vom 26. April 2004 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung (ABl. EU Nr. L 127 S. 92) und der Richtlinie 2006/32/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/EWG des Rates (ABl. EU Nr. L 114 S. 64).

¹¹⁰ § 42 Stromkennzeichnung, Transparenz der Stromrechnungen

Mit der Informationspflicht über die Herkunft von Strom bezweckt das EnWG gemäss § 1 Abs. 1 eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit **Elektrizität und Gas**. Die Informationspflicht dient damit dem Bereich der **Ressourcen**.

Diese Informationspflicht beinhaltet die Angabe, welche **Energieträger bei der Stromproduktion** mit welchem Anteil (Kernkraft, fossile und sonstige Energieträger, erneuerbare Energien) eingesetzt werden und darüber hinaus Angaben über die bestehenden **Umweltwirkungen**. Dies ermöglicht den Kunden, auch Umweltkriterien bei der Wahl ihres Stromanbieters einzubeziehen, etwa die entstehende Menge an Kohlendioxid oder radioaktiven Abfalls. Die Information muss gemäss § 42 Abs. 1 EnWG in oder als Anlage zu den **Rechnungen** an den Letztverbraucher und in an diesem gerichtetem **Werbematerial** für den Verkauf von Elektrizität angegeben werden. Ergänzung finden diese Informationen gemäss § 42 Abs. 2 EnWG in der zusätzlichen Angabe über die Durchschnittswerte der Stromerzeugung in Deutschland.

Die **Sanktionen** für Verstösse gegen das EnWG sind in den §§ 94 f. EnWG geregelt. Nach § 94 EnWG kann die Regulierungsbehörde ihre Anordnungen gemäss den für die Vollstreckung von Verwaltungsmaßnahmen geltenden Vorschriften durchsetzen. Die Höhe des Zwangsgeldes beträgt mindestens 1 000 Euro und höchstens zehn Millionen Euro. § 95 EnWG legt fest, dass bestimmte Verstösse gegen das EnWG oder ergänzende Rechtsverordnungen wie das Betreiben eines Energieversorgungsnetzes ohne Genehmigung, das Unterlassen oder das unrichtige, unvollständige oder verspätete Erstellen einer Anzeige, das Zuwiderhandeln gegen eine vollziehbare Anordnung, der Missbrauch einer Marktstellung und ähnliche Tatbestände Ordnungswidrigkeiten darstellen, die mit einer Geldbusse zwischen zehntausend und einer Millionen Euro geahndet werden.

1.3.6. Weitere Kennzeichnungen

Neben den dargestellten Umweltkennzeichen existiert eine Vielzahl weiterer Kennzeichen, die auf die unterschiedlichsten Bereiche ausgerichtet sind¹¹¹. Die meisten Umweltkennzeichnungen sind in der Regel freiwillige Massnahmen¹¹². Genannt seien beispielsweise noch „**Viabono**“¹¹³, welches bei Reisen für Naturgeniesser im umweltorientierten Tourismus bekannt ist; „**Textiles Vertrauen**“¹¹⁴, ein Zeichen, das für schadstoffgeprüfte Textilien steht und auch in anderen Ländern wie in der Schweiz

(1) Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind verpflichtet, in oder als Anlage zu ihren Rechnungen an Letztverbraucher und in an diese gerichtetem Werbematerial für den Verkauf von Elektrizität anzugeben:

1. den Anteil der einzelnen Energieträger (Kernkraft, fossile und sonstige Energieträger, Erneuerbare Energien) an dem Gesamtenergieträgermix, den der Lieferant im letzten oder vorletzten Jahr verwendet hat; spätestens ab 15. Dezember eines Jahres sind jeweils die Werte des vorangegangenen Kalenderjahres anzugeben;

2. Informationen über die Umweltauswirkungen zumindest in Bezug auf Kohlendioxidemissionen (CO₂-Emissionen) und radioaktiven Abfall, die auf den in Nummer 1 genannten Gesamtenergieträgermix zur Stromerzeugung zurückzuführen sind.

(2) Die Informationen zu Energieträgermix und Umweltauswirkungen sind mit den entsprechenden Durchschnittswerten der Stromerzeugung in Deutschland zu ergänzen.

¹¹¹ Ein guter Überblick bietet folgende Homepage: www.label-online.de (18.05.2010).

¹¹² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in „Umweltinformationen für Produkte und Dienstleistungen“, S. 15, 5. aktualisierte Auflage 2008, verfügbar unter: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/dateien/3700.htm> (10.05.2010).

¹¹³ Weitere Informationen verfügbar unter: www.viabono.de (10.05.2010).

¹¹⁴ Weitere Informationen verfügbar unter: http://www.oeko-tex.com/OekoTex100_PUBLIC/index_portal.asp (10.05.2010).

Verbreitung findet. Letztere sind nichtstaatliche Labels, die vor allem den Bereich der Gesundheit ansprechen. Dagegen entstammt das „Bio“¹¹⁵-Siegel einer deutschen staatlichen Initiative und wird für ökologisch angebaute Lebensmittel verliehen, womit ebenfalls dem Gesundheitsbereich gedient werden soll.

1.3.7. Zusammenfassende Würdigung

Mit dem Umweltzeichen Blauer Engel als erster und ältester umweltschutzbezogene Kennzeichnung der Welt für Produkte und Dienstleistungen ist Deutschland weltweit einer der **Vorreiter** bezüglich der ökologischen Markttransparenz. Der Erfolg des Blauen Engels hat eine Reihe von anderen freiwilligen Umweltkennzeichen inspiriert, die nicht auf einer gesetzlichen Grundlage ruhen. Aufgrund der Bekanntheit des Umweltzeichens unter den Verbrauchern besteht ein echter Anreiz für Unternehmen, sich dieses Instruments zu bedienen, da sich ihnen dadurch ein echter Wettbewerbsvorteil bietet. Die übrigen gesetzlichen Regelungen zur ökologischen Markttransparenz bei Produkten beruhen zum grossen Teil (EnVKG, EnVKV, EnWG, EBPg) auf **europarechtlichen Vorgaben**.

1.4. Vereinigtes Königreich

As far as we have been able to determine, there is at present no specifically British regulation of information concerning the environmental impact of products.

The **European Union's eco-labelling** procedures¹¹⁶ are administered in the United Kingdom by the government Department for Environment, Food and Rural Affairs¹¹⁷. It has been reported¹¹⁸ that the general "blue and green flower" initiative has evoked by **little interest** among British businesses or consumers.

The United Kingdom has not, as far as we have been able to discover, (yet) transposed the "Eco-Design Directive" 2009/125/EG¹¹⁹ into national law. The Eco-design for Energy-using Products Regulations¹²⁰, which implemented the "Energy-Using Products Directive" 2005/32/EC, are still in force.

The same Department has published guidance¹²¹ to the very **extensive body of subsidiary legislation** which has been enacted in the United Kingdom since 1996 in order to give effect to the European Union's requirements for **energy consumption labelling** of household electrical goods¹²² and emphasises that these requirements, unlike the "blue and green flower" initiative, is **compulsory** for all producers of such goods.

¹¹⁵ Weitere Informationen verfügbar unter: <http://www.bio-siegel.de/> (10.05.2010).

¹¹⁶ Under Regulation 980/2000; refer above, to point 1.2.1.1. of the present study.

¹¹⁷ See the Department's dedicated internet pages at <http://ecolabel.defra.gov.uk/> (9 June 2010).

¹¹⁸ In S. Bell & D. McGillivray, *Environmental Law*, Oxford: Oxford University Press, 2006, on p. 336, at Fn. 20.

¹¹⁹ Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (Neufassung), Ökodesignrichtlinie (Amtsblatt L 285 vom 31.10.2009).

¹²⁰ Statutory Instrument No 2007/2037.

¹²¹ Freely available in electronic form at <http://www.defra.gov.uk/environment/business/products/energy/documents/guidance-notes.pdf> (9 June 2010).

¹²² Under Directive 92/75/EEC; refer above, to point 1.2.3. of the present study.

One eco-label that seems to be attracting some public attention is maintained by a quasi-governmental entity called the Carbon Trust. This entity provides assistance to producers of products who wish to calculate the so-called “**carbon footprints**” of individual products (i.e. the quantity of greenhouse gases generated by each product during its entire lifecycle)¹²³. Participation is entirely **voluntary** and “footprinted products” are not officially designated as such, although the Carbon Trust offers advice to businesses on how to publicise their low or reduced carbon products. The Carbon Trust also plays an important role in accrediting businesses which make special efforts to minimize their greenhouse gas emissions (see below, 2.4.3.).

All of the other eco-labelling schemes in which British producers currently participate are organised **without public sector**, regulatory involvement. Most of these schemes, like those supervised by the Forest Stewardship Council or the Marine Stewardship Council, operate trans-nationally, without any special adaptation for the United Kingdom. The **few schemes which have been developed by British industry** operate on an **entirely voluntarily and uncoordinated** basis¹²⁴; an example is the VOC labelling scheme operated by the British Coatings Federation in respect of paints and other coatings sold to British consumers¹²⁵.

1.5. Frankreich

A l’heure actuelle, la France ne dispose que de quelques **normes éparées** spécifiques destinées à informer le consommateur sur les effets d’un produit sur l’environnement. Ainsi en est-il par exemple de l’article L. 318-1 du Code de la route qui prévoit que la construction, la commercialisation, l’exploitation, l’utilisation, l’entretien et le cas échéant, la réparation des véhicules doivent être faites de façon à minimiser la **consommation d’énergie**, la création de déchets non valorisables, les émissions de substances polluantes, notamment le **dioxyde de carbone**. Il prévoit, en outre, que la consommation énergétique des véhicules ainsi que ses méthodes de mesure doivent être **affichées** sur le lieu de leur vente et de leur location.

Néanmoins, on a progressivement pris conscience de la nécessité d’informer les consommateurs afin de les accompagner dans leur choix et de réduire ainsi l’impact de leur consommation sur l’environnement. Pour cela, il est question de **promouvoir et de développer les signes de reconnaissance** officiels de la qualité écologique des produits qui existent déjà, à savoir le label NF environnement mais aussi l’écocertification européenne et d’initier de nouvelles formes d’informations, tel l’affichage des caractéristiques écologiques des produits¹²⁶.

1.5.1. Label écologique

A l’heure actuelle, la France dispose déjà d’un **label écologique** propre (NF environnement), outre le label écologique communautaire (écocertification européenne)¹²⁷ et le label-A européen apposé sur les appareils électroménagers. Ces labels sont toutefois encore mal connus des français¹²⁸.

¹²³ Refer to the dedicated internet page maintained by the Carbon Trust:
<http://www.carbontrust.co.uk/cut-carbon-reduce-costs/calculate/carbon-footprinting/pages/product-carbon-footprint.aspx> (last consulted on 18 August 2010).

¹²⁴ Refer to S. Bell & D. McGillivray, *Environmental Law*, Oxford: Oxford University Press, 2006, pp. 335-336, and to the website of the Department for Environment, Food and Rural Affairs –
<http://www.defra.gov.uk/environment/business/marketing/glc/greenuk.htm> (9 June 2010).

¹²⁵ Refer to the website of the British Coatings Federation:
http://www.coatings.org.uk/default.asp?edit_id=300&nav=293&branch=5 (9 June 2010).

¹²⁶ Voir le site : <http://www.developpement-durable.gouv.fr/Consommation-durable-informer-les.html> consulté le 25.05.2010.

¹²⁷ Sur ce label, voir dans cet avis, le point 1.2.1.1.

1.5.1.1. Le label NF Environnement

La marque NF Environnement est la propriété exclusive de l'AFNOR qui la gère et qui a concédé à AFNOR Certification, société anonyme, une licence d'exploitation et d'usage de la marque NF Environnement¹²⁹. Il s'agit d'une marque de normalisation, régie par le décret n° 84-74 du 26 janvier 1984 et soumise à la loi n° 94-442 du 26 janvier 1984 relative à la certification des produits industriels et des services et à son décret d'application n° 95-354 du 30 mars 1995¹³⁰. Pour définir les catégories de produits ou de services concernés, l'AFNOR s'appuie sur une **instance consultative**, le Comité français des écolabels, composé de 17 membres répartis en 4 collèges : collège industries et distributeurs (6 membres représentant les professions de l'entreprise), collège associations (6 membres représentant les associations de protection de l'environnement et de défense des consommateurs), collège administration (3 membres représentant les Ministères chargés de l'Environnement, de l'Industrie et de la Consommation), collège organisme technique composé de l'Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Energie.

Le label français est destiné à certifier que les produits sur lesquels il est apposé présentent un **impact négatif moindre** sur l'environnement et une qualité d'aptitude à l'usage convenable par rapport à d'autres produits analogues présents sur le marché. Il peut être attribué aux **produits et services** destinés aux consommateurs finaux, aux entreprises, aux produits intermédiaires, aux produits dont la fonction est utile à la protection de l'environnement, aux produits nationaux comme aux produits importés¹³¹. Les écolabels sont attribués à des produits selon une **approche multicritère** (consommation de matière première et d'énergie, production de déchets, émission dans l'eau et dans l'air) qui prend en compte l'ensemble du **cycle de vie** du produit (depuis l'extraction des matières premières jusqu'à la fin de vie du produit, en passant par son évaluation). Le label NF environnement est d'application **volontaire** et est délivré pour une durée de 3 ans¹³².

Les critères varient en fonction des produits ou des services : dans le cas des **services** de rénovation mécanique d'articles automobiles par exemple, les caractéristiques suivantes sont **certifiées** : stockage des articles usagés à rénover, gestion des déchets solides, gestion des déchets liquides, gestion des eaux, gestion des effluents liquides liés au processus, ratio nombre d'articles usagés / nombre d'article rénovés, traitement des composants ou rejets amiantés, gestion des solvants utilisés dans les procédés de traitement de surface, absence d'utilisation de substances classées cancérigènes, mutagènes ou reprotoxiques, caractéristiques écologiques des articles rénovés, absence d'amiante dans les articles rénovés, moteurs, emballages, rénovation des articles, qualité des articles rénovés, qualité des opérations de démontage nettoyage, traçabilité, maîtrise de la fiabilité des articles rénovés, garantie apportée sur les articles rénovés, informations mises à disposition des distributeurs/vendeurs, autres assertions à caractère environnemental.

En ce qui concerne les **produits**, le label peut, par exemple, être accordé pour les peintures, vernis et produits connexes. Pour un tel produit, les **caractéristiques certifiées** sont la garantie des perfor-

¹²⁸ On constate néanmoins une augmentation du nombre d'entreprises bénéficiant d'une écolabellisation pour certains de leurs produits. Ainsi en mars 2010, plus de 340 entreprises en France bénéficient de l'écolabellisation de certains de leurs produits, alors qu'elles étaient 231 en 2008 et à peine 110 en 2005,

<http://www.developpement-durable.gouv.fr/Consommation-durable-informer-les.html> (20.05.2010).

¹²⁹ Jur. Cl. Environnement et Développement durable, Fasc. 195 : label écologique, n° 14.

¹³⁰ Insérés dans le Code de la consommation aux articles L- 115-27 à L. 115-33 du Code de la consommation.

¹³¹ En sont exclus : les produits agro-alimentaires ; le secteur de l'automobile ; les produits pharmaceutiques.

¹³² Jur. Cl. Environnement et Développement durable, Fasc. 195 : label écologique, n° 15.

mances du pouvoir masquant et de séchage ainsi que la limitation des impacts sur l'environnement au cours de la fabrication et du fait de la composition du produit (teneur réduite en solvants et absence de certaines substances dangereuses).

En cas de manquement de la part d'un titulaire du droit d'usage de la marque NF à l'application des règles générales ou des référentiels de certification, ce dernier qui se voit notifier ses manquements, peut faire part de ses observations. Après examen, les **sanctions** suivantes peuvent être prononcées :

- suspension du droit d'usage de la marque NF pour une durée déterminée, avec demande d'actions correctives dans un délai donné, ou
- retrait du droit d'usage de la marque NF sans préjudice d'éventuelles poursuites judiciaires¹³³.

Le fait d'utiliser tout moyen de nature à faire croire faussement au consommateur ou à l'utilisateur qu'un produit ou service a fait l'objet d'une certification¹³⁴ est puni d'un **emprisonnement** de deux ans au plus et d'une **amende** de 37 500 Euros au plus ou d'une de ces deux peines seulement, whichever qu'il soit ou non partie au contrat, aura trompé ou tenté de tromper le cocontractant, par quelque moyen que ce soit, même par l'intermédiaire d'un tiers¹³⁵.

1.5.1.2. Le label écologique communautaire

En France, l'organisme compétent pour attribuer le label écologique communautaire est l'AFNOR. Pour plus d'informations sur ce label, voir le point 1.2.1. de cet avis.

1.5.2. Autres formes de communication sur les caractéristiques environnementales des produits prévues par les lois Grenelle 1 et 2

Les nouvelles formes de communication sur les caractéristiques environnementales des produits sont issues de la loi du 3 août 2009 dit « Grenelle 1 », qui prévoit que les consommateurs doivent pouvoir disposer d'une **information environnementale** sincère, objective et complète portant sur les caractéristiques globales du **couple produit/emballage**. La mention des impacts environnementaux des produits et des offres de prestation de services en complément de l'affichage de leur prix doit progressivement être développée y compris au niveau communautaire, tout comme l'affichage et la mise à disposition, sur les lieux et sites de vente, de leur traçabilité et des conditions sociales de leur production. La méthodologie associée à **l'évaluation de ces impacts** devrait donner lieu à une concertation avec les professionnels concernés.

La manière dont cette information sera offerte au consommateur est précisée par le projet de loi Grenelle 2. Toutefois, l'application concrète de ces mesures est difficile à concevoir puisqu'elle est soumise à l'adoption future de **décrets d'application**.

¹³³ Article 11 des Règles générales de la marque NF, disponibles à l'adresse : <http://www.marquenf.com/download/reggen/FR/Marque%20NF%20Produits%20industriels%20et%20Grand%20public.pdf>

¹³⁴ La certification de produit ou de service est décrite comme « *l'activité par laquelle un organisme, distinct du fabricant, de l'importateur, du vendeur ou du prestataire, atteste, à la demande de celui-ci effectué à des fins commerciales, qu'un produit ou un service est conforme à des caractéristiques décrites dans un Référentiel Technique et faisant l'objet de contrôles* ».

¹³⁵ Article L. 115-30 du Code de la consommation.

Une des principales mesures consiste à informer le consommateur, à partir du 1er janvier 2011, par voie de **marquage, d'étiquetage, d'affichage** ou par tout autre procédé approprié du contenu en **équivalent carbone** des produits et de leur emballage ainsi que de la consommation de ressources naturelles ou de l'impact sur les milieux naturels qui sont imputables à ces produits au cours de leur cycle de vie¹³⁶. Il est cependant prévu que cette expérimentation fera l'objet d'un bilan transmis au Parlement évaluant l'opportunité d'une généralisation de ce dispositif. Les modalités de généralisation ne sont pas précisées mais feront l'objet, à la suite ce bilan, le cas échéant, d'un décret en Conseil d'Etat¹³⁷.

La régularité de ces mesures sera en partie garantie par la possibilité offerte aux **associations de protection de l'environnement d'exercer les droits** reconnus à la partie civile en ce qui concerne les faits portant un préjudice direct ou indirect aux intérêts collectifs qu'elles ont pour objet de défendre et constituent une infraction aux dispositions législatives relatives aux pratiques commerciales et aux publicités trompeuses ou de nature à induire en erreur quand ces pratiques et publicités comportent des indications environnementales ainsi qu'aux textes pris pour leur application¹³⁸.

Il est également prévu qu'un **décret viendra préciser** les mesures à prendre relatives aux « *exigences de précision, de vérification et de prise en compte des éléments significatifs du cycle de vie des produits dans l'élaboration des allégations à caractère environnemental, ou utilisant les termes de développement durable ou ses synonymes, qui sont présentes sur les produits destinés à la vente aux consommateurs ou qui accompagnent leur commercialisation sous forme d'insertions sur les emballages, les publications, la publicité, le télémarketing ainsi que par le biais de supports numériques ou électroniques* ».

Enfin, concernant les services, toute personne qui commercialisera ou organisera une **prestation de transport** de personnes, de marchandises ou de déménagement devra fournir au bénéficiaire de la prestation une information relative à la quantité de dioxyde de carbone émises par le ou les modes de transport utilisé(s) pour réaliser cette prestation. Comme pour les produits, le champ et les modalités d'application de cette mesure seront précisés par un décret en Conseil d'état, notamment le calendrier de leur mise en œuvre selon la taille des entreprises de transport, les méthodes de calcul des émissions de dioxyde de carbone et la manière dont le bénéficiaire de la prestation est informé.

¹³⁶ Article L. 112-10 du Code de la consommation.

¹³⁷ Selon les dispositions de ce nouvel article L. 112-10 du Code de la consommation, le décret en Conseil d'Etat précisera, en tenant compte de la spécificité des très petites entreprises à remplir l'objectif demandé, la nature de l'information à apporter, les supports de l'information, les responsabilités respectives des acteurs économiques, les modalités d'enregistrement des données et les modalités d'accès aux données scientifiques fondant cette information, ainsi que les catégories de produits visées par cette obligation.

¹³⁸ Selon la nouvelle rédaction de l'article L. 142-2 du Code de l'environnement.

1.5.3. Transposition de la directive 2009/125/CE relative à l'éco-conception

La directive 2009/125/CE établissant un cadre pour la fixation d'exigences en matière d'éco-conception applicables aux produits liés à l'énergie n'a **pas encore été transposée** en droit français. La directive 2005/32/CE qu'elle abroge, avait, quant à elle, été transposée par l'arrêté du 14 septembre 2007 qui modifiait l'arrêté du 9 mai 1994 relatif au rendement des chaudières à eau chaude alimentées en combustibles liquides ou gazeux et leur marquage.

1.5.4. Transpositions des directives 92/75/CEE et 2006/32/CE concernant la consommation d'énergie

La directive 92/75/CEE concernant l'indication de la consommation des appareils domestiques en énergie et en autres ressources par voie d'étiquetage et d'informations uniformes relatives aux produits a été transposée en droit français par le **décret n° 94-566 du 7 juillet 1994** relatif à l'indication de la consommation d'énergie et des nuisances sonores des appareils à usage domestique modifié¹³⁹. Il est ainsi prévu que lorsque ces appareils sont proposés à la **vente, à la location, ou à la location-vente**, leur consommation en énergie et en autres ressources (eau, produits chimiques), leurs performances, ainsi que les nuisances sonores qu'ils engendrent doivent figurer sur leur étiquette.

Ces exigences sont **précisées** dans différents arrêtés :

- arrêté du 16 février 1995 pour les réfrigérateurs, congélateurs etc ;
- arrêté du 6 mars 1996 pour les sèche-linge à tambour ;
- arrêté du 3 juin 1998 pour les lave-linge ;
- arrêté du 3 juin 1998 pour les lave-vaisselle ;
- arrêté du 3 juin 1998 pour les machines lavantes et séchantes ;
- arrêté du 8 sept. 1999 pour les lampes domestiques ;
- arrêté du 17 janvier 2003 pour les fours électriques à usage domestique ;
- arrêté du 17 janvier 2003 pour les climatiseurs à usage domestique.

Ces textes ne prévoient **pas de règles spéciales destinées à sanctionner** le défaut d'étiquetage. Les incriminations permettant de le faire seront principalement celles contenues dans le Code de la consommation et qui concernent les fraudes et tromperie ainsi que la publicité mensongère¹⁴⁰.

La loi **Grenelle 2 vient compléter** le dispositif mis en place par la directive puisqu'elle introduit dans le Code de la consommation l'article L. 121-15-4 qui prévoit que « *lorsque des publicités, quel que soit leur support, présentent des produits soumis à l'étiquetage communautaire en indiquant leur prix de vente, elles comportent la mention de la classe énergétique de ces produits de façon aussi visible, lisible et intelligible que l'indication de leur prix de vente* ».

En ce qui concerne la directive 2006/32/CE relative à l'efficacité énergétique dans les utilisations finales et aux services énergétiques, elle a été **transposée** dans l'ordre interne français par l'arrêté du 19 juin 2006 définissant les opérations standardisées d'économie d'énergie.

¹³⁹ Par le décret n° 98-281 du 8 avril 1998.

¹⁴⁰ Art. L. 213-1 et s. du Code de consommation : la sanction est, en général, de d'un emprisonnement de deux ans au plus et d'une amende de 37 500 euros au plus.

1.5.5. Conclusion

En dehors des étiquetages obligatoires, tels que celui indiquant la consommation d'énergie, les consommateurs français sont **encore mal informés** des impacts que peut avoir leur consommation sur l'environnement notamment par la multiplicité de labels dont il est, pour certains, permis de douter de leur fiabilité¹⁴¹. Malgré une augmentation constante du nombre d'entreprises bénéficiant d'une éco-labellisation¹⁴², des progrès restent à faire pour assurer l'information du consommateur français. C'est **l'amélioration** de cette information qui est justement visée par la loi **Grenelle 1** qui propose la généralisation de l'information sur les caractéristiques environnementales des produits. Toutefois, celle-ci ne sera effective qu'après une expérimentation dont il est à l'heure actuelle difficile de prévoir les résultats.

¹⁴¹ [http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/Discours_CJ - Reunion-debat - Labels de la consommation responsable - 17-11-2009.pdf](http://www.developpement-durable.gouv.fr/IMG/pdf/Discours_CJ_-_Reunion-debat_-_Labels_de_la_consommation_responsable_-_17-11-2009.pdf) (13.07.2010)

¹⁴² A peine 110 en 2005 ; 231 en 2008 et 340 en 2010. Ces chiffres sont disponibles sur : <http://www.developpement-durable.gouv.fr/Consommation-durable-informer-les.html> (13.07.2010).

2. Regelungen auf Ebene der Unternehmen

2.1. Überblick

Les dispositions de droit communautaire sont, au niveau des entreprises, moins nombreuses que celles relatives aux produits. Un seul règlement existe et prévoit un **système de management et d'audit environnemental**, appelé **EMAS** et s'adresse aux entreprises ayant une activité **industrielle**. L'objectif est d'améliorer les résultats en matière d'environnement et d'impact sur l'environnement. Ce système mis en place par le biais d'un règlement européen ne nécessitait pas de transposition dans les ordres internes des Etats membres qui devaient seulement désigner l'autorité nationale chargée de la certification EMAS. Bien qu'il s'agisse d'une **certification volontaire**, 4434 entreprises en bénéficiaient en Europe fin 2009¹⁴³.

Dans les Etats membres de l'Union européenne visés par la présente étude, en revanche, certaines **obligations** sont imposées aux entreprises notamment lors de l'élaboration de leur **rapport de gestion**. Il est commun à l'Allemagne, à la France et au Royaume-Uni de ne pas imposer la présentation d'un tel rapport aux petites entreprises. Sont ainsi généralement concernées par cette obligation les **sociétés de capitaux de grande taille** c'est-à-dire dépassant des seuils légaux relatifs en particulier au chiffre d'affaires et au nombre de salariés. Les activités de ces entreprises ne sont en revanche pas visées.

Alors que le Royaume-Uni adopte une position assez **laxiste** en permettant notamment aux dirigeants de sociétés cotées en bourse de ne pas faire figurer les **conséquences environnementales** prévues de l'activité dans le rapport de gestion si cette information peut sérieusement **nuire** aux intérêts de l'entreprise, les lois Grenelle en France ont **étendu** cette obligation, déjà imposée à toutes les sociétés anonymes, aux mutuelles, coopératives, et autres. En outre, les facteurs environnementaux prennent, depuis l'adoption des lois Grenelle particulièrement, une place de plus en plus importante dans la **gouvernance** d'entreprise. L'Allemagne, quant à elle, se distingue de ces deux autres systèmes juridiques par la possibilité offerte aux entreprises non visées par l'**obligation** d'indiquer dans le rapport de gestion les facteurs environnementaux importants pour l'activité, de se fixer **volontairement** des objectifs environnementaux à atteindre avant une date déterminée.

2.2. Europäische Union

2.2.1. Umweltauditverordnung EMAS

1993 wurde durch die Verordnung über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umwelt-Management und die Umweltbetriebsführung der sog. **Umweltaudit** (oder **EMAS**)¹⁴⁴ eingeführt. Neugefasst wurde der EMAS durch die Verordnung (EG) 1221/2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung¹⁴⁵.

¹⁴³ Informations disponibles sous http://ec.europa.eu/environment/emas/about/participate/sites_en.htm (05.07.2010).

¹⁴⁴ "Eco-Management and Audit Scheme".

¹⁴⁵ Verordnung (EG) 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG (Amtsblatt L 342 vom 22.12.2009), Umweltauditverordnung.

Das Ziel von EMAS, einem wichtigen Instrument des Aktionsplans für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik, besteht darin, kontinuierliche Verbesserungen der Umwelleistung von Organisationen zu fördern, indem die Organisationen **Umweltmanagementsysteme** errichten und anwenden, die Leistung dieser Systeme einer systematischen, objektiven und regelmäßigen Bewertung unterzogen wird, Informationen über die Umwelleistung vorgelegt werden, ein offener Dialog mit der Öffentlichkeit und anderen interessierten Kreisen geführt wird und die Arbeitnehmer der Organisationen aktiv beteiligt werden und eine angemessene Schulung erhalten¹⁴⁶.

Die Beteiligung am EMAS steht allen Organisationen innerhalb und ausserhalb der Gemeinschaft, deren Tätigkeiten Umweltauswirkungen haben, offen und ist **freiwillig**¹⁴⁷. Zur Teilnahme muss die entsprechende Organisation zunächst eine Umweltprüfung aller sie betreffenden Umweltaspekte nach den Vorgaben des Anhang I sowie des Anhang II Nr. A.3.1. durchführen. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Umweltprüfung hat sie ein Umweltmanagementsystem einzuführen, das alle in Anhang II genannten Anforderungen abdeckt und etwaige bewährte branchenspezifische Umweltmanagementpraktiken berücksichtigt. Des Weiteren ist eine Umweltbetriebsprüfung nach den Anforderungen des Anhang II Nr. A.5.5. und Anhang III durchzuführen. Anschliessend erstellt die Organisation eine Umwelterklärung gemäss Anhang IV¹⁴⁸.

Im Rahmen der **Umweltprüfung** stellt die Organisation eine Liste der geltenden Rechtsvorschriften auf und gibt an, wie der Nachweis dafür erbracht werden kann, dass sie die verschiedenen Vorschriften einhält. Ausserdem erfasst sie alle direkten¹⁴⁹ und indirekten¹⁵⁰ Umweltaspekte, die bedeutende Umweltauswirkungen haben und die gegebenenfalls qualitativ einzustufen und zu quantifizieren sind. Sie erstellt auch ein Verzeichnis der als bedeutend ausgewiesenen Aspekte. Schliesslich muss die Organisation Kriterien festlegen, anhand derer die Bedeutung der Umweltaspekte ihrer Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen beurteilt wird, um zu bestimmen, welche davon bedeutende Umweltauswirkungen haben¹⁵¹.

Die Anforderungen an das **Umweltmanagementsystem** im Rahmen von EMAS entsprechen den Vorschriften gemäss Abschnitt 4 der Europäischen Norm EN ISO 14001:2004. Darüber hinaus muss eine registrierte Organisation eine Reihe zusätzlicher Fragen angehen, die zu verschiedenen Elementen von Abschnitt 4 der Europäischen Norm EN ISO 14001:2004 in direktem Zusammenhang stehen¹⁵².

Nach Durchführung der oben dargestellten Schritte kann die Organisation bei der zuständigen Stelle des Mitgliedstaates die **Registrierung** beantragen¹⁵³. Danach muss die Organisation spätestens alle 3 Jahre einen erneuten Antrag stellen und dazu unter Anderem:

¹⁴⁶ Art. 1 Abs. 2 Umweltauditverordnung.

¹⁴⁷ Präambel Nr. 9 und Art. 1 Abs. 1 Umweltauditverordnung.

¹⁴⁸ Vgl. Art. 4 Abs. 1 Umweltauditverordnung.

¹⁴⁹ Direkte Umweltaspekte sind verbunden mit Tätigkeiten, Produkten und Dienstleistungen der Organisation selbst, die deren direkter betrieblicher Kontrolle unterliegen (Anhang I Ziff. 2. a) Umweltauditverordnung).

¹⁵⁰ Indirekte Umweltaspekte können das Ergebnis der Wechselbeziehungen einer Organisation mit Dritten sein und in gewissem Masse von der Organisation, die die EMAS-Registrierung anstrebt, beeinflusst werden (Anhang I Ziff. 2. b) Umweltauditverordnung).

¹⁵¹ Anhang I Umweltauditverordnung.

¹⁵² Anhang II Abschnitt 4 Umweltauditverordnung.

¹⁵³ Art. 5 Abs. 1 Umweltauditverordnung.

- ihr gesamtes Umweltmanagementsystem und das Programm für die Umweltbetriebsprüfung und deren Umsetzung überprüfen lassen und
- eine Umwelterklärung gemäss den Anforderungen in Anhang IV erstellen und von einem Umweltgutachter validieren lassen¹⁵⁴.

In den dazwischen liegenden Jahren ist die Organisation u.a. verpflichtet, eine Betriebsprüfung ihrer Umweltleistung und der Einhaltung der geltenden Umweltvorschriften nach Anhang III vorzunehmen¹⁵⁵.

Gemäss Anhang IV der Umweltauditverordnung sind die registrierten Organisationen verpflichtet, eine **Umweltberichterstattung** zu führen, die klar und zusammenhängend die Umweltinformationen präsentiert. Diese ist der zuständigen Stelle vorzulegen und **jedem**, den die Umweltleistung der Organisation interessiert, problemlos und frei zur Verfügung zu stellen¹⁵⁶. Im Geschäftsbericht sind diese Informationen nicht aufzunehmen.

Die Umwelterklärung enthält **mindestens** die nachstehenden Elemente und erfüllt die nachstehenden Mindestanforderungen:

- klare und unmissverständliche Beschreibung der Organisation, die sich nach EMAS registrieren lässt, eine Zusammenfassung ihrer Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen sowie gegebenenfalls der Beziehung zu etwaigen Mutterorganisationen;
- Umweltpolitik der Organisation und kurze Beschreibung ihres Umweltmanagementsystems;
- Beschreibung aller bedeutenden direkten und indirekten Umweltaspekte, die zu bedeutenden Umweltauswirkungen der Organisation führen, und Erklärung der Art der auf diese Umweltaspekte bezogenen Auswirkungen (Anhang I Nummer 2);
- Beschreibung der Umweltzielsetzungen und -einzelziele im Zusammenhang mit den bedeutenden Umweltaspekten und -auswirkungen;
- Zusammenfassung der verfügbaren Daten über die Umweltleistung, gemessen an den Umweltzielsetzungen und -einzelzielen der Organisation und bezogen auf ihre bedeutenden Umweltauswirkungen. Die Informationen beziehen sich auf die Kernindikatoren und andere bereits vorhandene einschlägige Indikatoren für die Umweltleistung gemäß Abschnitt C;
- sonstige Faktoren der Umweltleistung, einschliesslich der Einhaltung von Rechtsvorschriften im Hinblick auf ihre bedeutenden Umweltauswirkungen;
- Bezugnahme auf die geltenden Umweltvorschriften;
- Name und Akkreditierungs- oder Zulassungsnummer des Umweltgutachters und Datum der Validierung.

Desweiteren sind Ausführungen zu einer Reihe von **Kernindikatoren** sowie ggf. zu anderen, für den Umweltbericht des jeweiligen Unternehmens erheblichen Indikatoren für die Umweltleistung zu machen, soweit sie sich auf die direkten Umweltaspekte der Organisation beziehen. Kernindikatoren gelten für alle Arten von Organisationen. Sie betreffen die Umweltleistung in folgenden Schlüsselbereichen:

¹⁵⁴ Art. 6 Abs. 1 Umweltauditverordnung.

¹⁵⁵ Art. 6 Abs. 2 Umweltauditverordnung

¹⁵⁶ Anhang IV A. und D. Umweltauditverordnung.

- Energieeffizienz¹⁵⁷;
- Materialeffizienz¹⁵⁸;
- Wasser¹⁵⁹;
- Abfall¹⁶⁰;
- biologische Vielfalt¹⁶¹ und
- Emissionen¹⁶².

Ist eine Organisation der Auffassung, dass ein oder mehrere Kernindikatoren für ihre direkten Umweltaspekte nicht wesentlich sind, muss die Organisation keine Informationen zu diesen Kernindikatoren geben. Die Organisation gibt hierfür eine Begründung, die in Bezug zu ihrer Umweltprüfung steht.

Die Indikatoren müssen:

- die Umweltleistung der Organisation unverfälscht darstellen;
- verständlich und eindeutig sein;
- einen Vergleich von Jahr zu Jahr ermöglichen, damit beurteilt werden kann, wie sich die Umweltleistung der Organisation entwickelt;
- gegebenenfalls einen Vergleich zwischen verschiedenen branchenbezogenen, nationalen oder regionalen Referenzwerten (Benchmarks) ermöglichen;
- gegebenenfalls einen Vergleich mit Rechtsvorschriften ermöglichen.

Jeder Indikator setzt sich zusammen aus:

- einer Zahl A zur Angabe der gesamten jährlichen Inputs/Auswirkungen in dem betreffenden Bereich;
- einer Zahl B zur Angabe des gesamten jährlichen Outputs der Organisation, und
- einer Zahl R zur Angabe des Verhältnisses A/B.

Jede Organisation liefert Angaben zu allen drei Elementen jedes Indikators. Zusätzlich zu den oben definierten Indikatoren können die Organisationen auch andere Indikatoren verwenden, um die gesamten jährlichen Inputs/Auswirkungen in dem betreffenden Bereich anzugeben.

Registrierte Unternehmen dürfen das **EMAS-Logo** gemäss Anhang V unter der Angabe ihrer Registrierungsnummer verwenden. Das Logo darf jedoch nicht auf Produkten oder ihrer Verpackung oder in Verbindung mit Vergleichen mit anderen Tätigkeiten und Dienstleistungen oder in einer Weise, die zu Verwechslungen mit Umwelt-Produktkennzeichnungen führen kann, verwendet werden. Es darf

¹⁵⁷ „Gesamter direkter Energieverbrauch“ mit Angabe des jährlichen Gesamtenergieverbrauchs, ausgedrückt in MWh oder GJ; „Gesamtverbrauch an erneuerbaren Energien“ mit Angabe des Anteils der Energie aus erneuerbaren Energiequellen am jährlichen Gesamtverbrauch (Strom und Wärme) der Organisation.

¹⁵⁸ „Jährlicher Massenstrom der verschiedenen Einsatzmaterialien“ (ohne Energieträger und Wasser), ausgedrückt in Tonnen.

¹⁵⁹ „Gesamter jährlicher Wasserverbrauch“, ausgedrückt in m³.

¹⁶⁰ „Gesamtes jährliches Abfallaufkommen“, aufgeschlüsselt nach Abfallart und ausgedrückt in Tonnen; „gesamtes jährliches Aufkommen an gefährlichen Abfällen“, ausgedrückt in Kilogramm oder Tonnen.

¹⁶¹ „Flächenverbrauch“, ausgedrückt in m² bebauter Fläche.

¹⁶² „Jährliche Gesamtemissionen von Treibhausgasen“, die mindestens die Emissionen an CO₂, CH₄, N₂O, Hydrofluorkarbonat, Perfluorkarbonat und SF₆ enthalten, ausgedrückt in TonnenCO₂-Äquivalent; „jährliche Gesamtemissionen in die Luft“, die mindestens die Emissionen an SO₂, NOX und PM enthalten, ausgedrückt in Kilogramm oder Tonnen.

somit zur **Image-Werbung**, nicht aber zur Produkt-Werbung verwendet werden. Dies folgt daraus, dass die Produkte des Unternehmens nicht Gegenstand der Überprüfung sind¹⁶³. Die Verwendung in von einer registrierten Organisation veröffentlichten Umweltinformationen ist erlaubt, sofern in den Informationen auf die zuletzt vorgelegte Umwelterklärung der Organisation verwiesen wird, aus der diese Information stammt, und sie von einem Umweltgutachter als sachlich richtig, begründet und nachprüfbar, relevant und im richtigen Kontext verwendet, repräsentativ für die gesamte Umweltleistung der Organisation, unmissverständlich und wesentlich im Bezug auf die gesamten Umweltauswirkungen validiert wurde¹⁶⁴.

Die Teilnahme am EMAS ist **freiwillig**. Sanktionen sind in der Verordnung nicht vorgesehen. Art. 40 bestimmt lediglich, dass die Mitgliedstaaten im Falle der Nichteinhaltung dieser Verordnung geeignete rechtliche oder administrative Massnahmen treffen.

2.2.2. Zusammenfassende Würdigung

Laut der statistischen Informationen der Europäischen Kommission waren zum 31.12.2009 insgesamt **4434 Organisationen** (7582 Standorte) registriert, die am EMAS teilnahmen. Davon entfallen 1379 Organisationen (1855 Standorte) auf Deutschland, 17 Organisationen (17 Standorte) auf Frankreich und 65 Organisationen (323 Standorte) auf das Vereinigte Königreich¹⁶⁵. Ausserhalb der EU und des EWR nehmen 12 Unternehmen freiwillig am EMAS teil, davon 3 in der Schweiz¹⁶⁶.

Der Erfolg des EMAS hängt, wie bei den Umweltkennzeichen der Union auf freiwilliger Basis, stark von **Interesse und Nachfrage der Öffentlichkeit** ab. In Ländern wie Deutschland, in denen ein starkes öffentliches Umweltbewusstsein herrscht und die Verbraucher eher als z.B. in Frankreich oder England auf die Umweltauswirkungen von Produkte und Dienstleistungen, stehen die Unternehmen unter stärkerem Druck, ihr Image durch eine Umweltzertifizierung bzw. ein Umweltaudit zu verbessern. Stellt die Teilnahme an einem solchen - freiwilligen - Instrument jedoch auf Grund mangelnder Nachfrage bzw. Aufklärung in der Bevölkerung keinen Wettbewerbsvorteil für ein Unternehmen dar, so fällt es schwer, dieses von den Vorteilen der Teilnahme zu überzeugen, insbesondere da dies für das Unternehmen mit zusätzlichem Aufwand und Kosten verbunden ist. Folglich hängt der weitere Erfolg dieses Instruments erheblich von der **Schaffung erhöhter Nachfrage auf Verbraucherseite** ab.

2.3. Deutschland

Auf der Ebene der Unternehmen bestehen ebenfalls sowohl obligatorische wie auch freiwillige Regelungen, die die Offenlegung von Informationen zur Handhabung von umweltrechtlichen Aspekten betreffen.

¹⁶³ J. Scherer & S. F. Heselhaus, in: M. A. Dausen, Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, 24. Ergänzungslieferung, München 2009, N. 206.

¹⁶⁴ Art. 10 Umweltauditverordnung.

¹⁶⁵ Informationen der Europäischen Kommission, verfügbar unter http://ec.europa.eu/environment/emas/about/participate/sites_en.htm (05.07.2010).

¹⁶⁶ Informationen der Europäischen Kommission, verfügbar unter http://ec.europa.eu/environment/emas/pdf/org_outside_en.pdf (05.07.2010).

2.3.1. Zusatzberichterstattungspflicht nach dem Handelsgesetzbuch

Umweltbelange gehören nach dem **Handelsgesetzbuch**¹⁶⁷ (**HGB**) zu den sogenannten nicht-finanziellen Indikatoren im Lagebericht. Nach §§ 289 Abs. 3, 315 Abs. 1 S. 4 HGB besteht eine **Zusatzberichterstattungspflicht für Umweltbelange**, „soweit sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind“. Zu solchen Informationen gehören beispielsweise bedeutsame Umweltschutzaspekte und die entsprechende Reaktion der Geschäftsführung, die allgemeine Umweltstrategie der Gesellschaft und die beschlossenen Umweltschutzprogramme, die auf wesentlichen Gebieten des Umweltschutzes erzielten Fortschritte, umweltbezogene Unternehmensdaten wie Energie-, Material- und Wasserverbrauch, Emissionen, Abfallentsorgung und der Hinweis auf einen separaten Umweltbericht¹⁶⁸. Betroffen von dieser Pflicht sind **grosse Kapitalgesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung**, die entweder börsennotiert sind oder zwei der drei folgenden Merkmale gemäss § 267 Abs. 3 i.V.m. Abs. 2 HGB aufweisen: eine Bilanzsumme von mehr als 19.250.000 €, Umsatzerlöse von mehr als 38.500.000 € in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag und mehr als zweihundertfünfzig Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt. Zu beachten ist aber, dass diese Regelungen nicht zur Schwerpunktsetzung im Bericht auf die Umweltbelange zwingen¹⁶⁹. Durch die Nennung im Wortlaut der jeweiligen Norm soll der Aspekt der Umweltbelange lediglich als Beispiel für einen nicht-finanziellen Leistungsindikator sein¹⁷⁰.

Nach § 334 HGB handelt ordnungswidrig, wer bei der Aufstellung des Konzernlageberichts eine Vorschrift nach § 315 Abs. 1 HGB zuwiderhandelt. Dies kann mit einer **Busse** bis zu fünfzigtausend Euro bestraft werden.

2.3.2. Selbstverpflichtung der Unternehmen

Für Unternehmen, die nicht von der Pflichtregelung im HGB erfasst werden, gibt es die sogenannte „**Selbstverpflichtung**“ (**SV**). Dies ist eine **freiwillige**, einseitig abgegebene Erklärung von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden, umweltpolitische Ziele in einer bestimmten Frist durch eigenverantwortliches Handeln verwirklichen zu wollen. Diese werden vom Staat informell entgegengenommen und gemeinsam veröffentlicht, ohne dass der Staat eine Verpflichtung eingeht. In der Regel liegt jedoch der Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung durch die Wirtschaft die politische Erwartung zugrunde, dass der Staat im Gegenzug auf den Erlass von Rechtsvorschriften verzichtet¹⁷¹. Die Umweltziele sollen dabei durch grössere Flexibilität für die Wirtschaft schneller und kostengünstiger verwirklicht werden. Die Selbstverpflichtungen sind dabei das Ergebnis intensiver Verhandlungen mit staatlichen Stellen. Sie beruhen auf keiner gesetzlichen Grundlage und sind folglich nicht gerichtlich einklagbar. Allein der Entwurf für ein Umweltgesetzbuch im Jahre 1997 (welches aufgrund mangelnder Einigung zwischen den Koalitionen nie ins Gesetzgebungsverfahren

¹⁶⁷ Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897, (RGBl. S. 219)BGBl. III/FNA 4100-1, zuletzt geändert durch Art. 6a G zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse bei Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen und zur verbesserten Durchsetzbarkeit von Ansprüchen von Anlegern aus Falschberatung vom 31.7.2009 (BGBl. I S. 2512).

¹⁶⁸ H. Ellrott, Beck'scher Bilanzkommentar, 7. Auflage 2010, § 289 HGB, N 103; W. Morck, in Koller/Roth/Morck, Handelsgesetzbuch, 6. Auflage 2007, § 289, N 9.

¹⁶⁹ H. Merkt, in Baumbach/Hopt, Handelsgesetzbuch, 34. Auflage 2010, § 289 N. 3.

¹⁷⁰ W. Morck, in Koller/Roth/Morck, Handelsgesetzbuch, 6. Auflage 2007, § 289, N. 9.

¹⁷¹ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, «Selbstverpflichtungen», verfügbar unter http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/selbstverpflichtungen/doc/print/36514.php? (12.05.2010).

gelangt ist und derzeit nicht mehr Gegenstand der politischen Tagesordnung ist) sah in § 35 inhaltliche Regelungen einer Selbstverpflichtung vor, um die angestrebten Ziele so zu konkretisieren, dass eine Erfolgskontrolle möglich ist¹⁷². Bei einer Nichteinhaltung gibt es keine Sanktionsmöglichkeiten. Der Staat kann bei Missachtung der Selbstverpflichtung lediglich im ordnungsrechtlichen Wege auf Grund seiner Letztverantwortlichkeit für die Umweltziele vorgehen¹⁷³. Ein Beispiel für eine SV stellt die Zusage der Automobilindustrie zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs bzw. der CO₂-Emissionen bei Personenwagen auf einen bestimmten Wert¹⁷⁴ dar.

2.3.3. Umsetzung von EMAS in Deutschland

Auf europarechtlicher Ebene existiert ein Gemeinschaftssystem für das freiwillige Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung von den Europäischen Gemeinschaften (EMAS). In Deutschland findet es seine Ausgestaltung durch das **Umweltauditgesetz**¹⁷⁵ (UAG), das u.a. die Zulassung von Umweltgutachtern, Haftungsfragen, Registrierungs- und Bussgeldverfahren regelt. Nach § 1 UAG ist der (alleinige) Zweck des Gesetzes eine wirksame Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (ABl. EG Nr. L 114 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung sicherzustellen. Dies soll insbesondere dadurch geschehen, dass:

- unabhängige, zuverlässige und fachkundige Umweltgutachter und Umweltgutachterorganisationen zugelassen werden,
- eine wirksame Aufsicht über zugelassene Umweltgutachter und Umweltgutachterorganisationen ausgeübt wird und
- Register über die geprüften Organisationen geführt werden.

Es wird daher auf die vertieften Darstellungen im europarechtlichen Teil des Gutachtens verwiesen.

Verstöße gegen das Umweltauditgesetz sind Ordnungswidrigkeiten, die gemäss § 34 mit einer Geldbusse von bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden können.

2.3.4. Zusammenfassende Würdigung

Auch im Bereich der Regelungen über die ökologische Markttransparenz für Unternehmen nimmt Deutschland eine **Vorreiterrolle** ein. Mit der zwingenden Berichtspflicht bestimmter Unternehmen sowie der Möglichkeit der freiwilligen Selbstverpflichtung für solche Unternehmen, die nicht vom Berichtszwang erfasst sind, Erklärungen über umweltpolitische Ziele abzugeben, wird weitgehende

¹⁷² F.A. Schendel, „Selbstverpflichtungen der Industrie als Steuerungsinstrument im Umweltschutz“, in Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 2001, 494 (495).

¹⁷³ F.A. Schendel, „Selbstverpflichtungen der Industrie als Steuerungsinstrument im Umweltschutz“, in Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, 2001, 494 (496).

¹⁷⁴ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, verfügbar unter : http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/sv_2_5_6_7.pdf (12.05.2010).

¹⁷⁵ Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS), (Umweltauditgesetz – UAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2002, zuletzt geändert durch Art. 11 G zur Vereinfachung und Anpassung statistischer Rechtsvorschriften vom 17. 3. 2008 (BGBl. I S. 399), (BGBl. I S. 3490), FNA 2129-29.

Transparenz auf der Ebene der Unternehmen hergestellt. Zudem ist in Deutschland die grösste Anzahl von am EMAS teilnehmenden Unternehmen registriert¹⁷⁶. Da das **Verbraucherinteresse** an solchen Informationen in Deutschland gemessen an anderen EU-Mitgliedsstaaten relativ **hoch** ist, besteht ein wirklicher Wettbewerbs-Anreiz für Unternehmen, diese Möglichkeit wahrzunehmen.

2.4. Vereinigtes Königreich

2.4.1. Background

Environmental reporting requirements imposed on businesses in the United Kingdom have been and remain largely driven by the Accounts Modernisation Directive 2003/51/EC of the European Union.

The **Directive was original transposed** into British law by means of regulations made under the Companies Act 1985 – The Companies Act 1985 (Operating and Financial Review and Directors’ Report etc.) Regulations 2005. These regulations were primarily applicable to enterprises which issues securities that were traded on public exchanges (so-called “quoted companies”). They required the management of such enterprises to regularly provide “forward looking” information to market participants, which information included the management’s analysis of the principal risks, such as environmental issues, that the enterprise might have to face.

The promulgation of these regulations produced a **wave of protest** from the business sector. It was argued, in particular, that directors of major companies were thereby exposed to much larger risks of potential liability for failure to identify and adequately warn investors of factors which turned out to have a negative impacts of business performance and corporate profits. The additional reporting requirements also flew in the face of the policy, strongly advocated by both of the major British political parties, that businesses are already subject to too much regulation and that it is important to reduce so-called “red tape”¹⁷⁷. The British government therefore decided to **repeal** the 2005 Regulations with effect from January 2006. It continued to be confronted however, by the dilemma of having to transpose the Accounts Modernisation Directive without being seen to impose additional regulatory burdens on business¹⁷⁸. The solution which it found was to **re-introduce the concept of “forward looking reporting”**, in somewhat blunted form, as part of the systematic revision of British company law which came into force between October of 2006 and October of 2009 under the heading of the Companies Act 2006.

2.4.2. Reporting requirements imposed by the Companies Act

At present, therefore, the principal environmental reporting requirements are set out in section 417 of the Companies Act 2006. As the contents of that section are quite complex, we will begin by describing the reporting requirements and will then explain the various limitations on the need to comply with those requirements.

¹⁷⁶ Vergleiche Zusammenfassung der Darstellung der europarechtlichen Regelungen zum EMAS in diesem Gutachten.

¹⁷⁷ A common expression for regulatory requirements which are seen to be fostering bureaucracy, hindering business and not serving any valuable purpose.

¹⁷⁸ We have been able to piece together this background information after looking at Lord Millett (Ed.-in-Chief), *Gore-Browne on Companies*, 45th ed, Bristol: Jordan Publishing Ltd, 1986-2010, par. 36A[22] and at the internet sites of the relevant British government departments, particularly the Department for Business, Innovation and Skills: <http://www.bis.gov.uk/policies/by/themes/better%20regulation>

2.4.2.1. Content of requirements

Together with their audited accounts, the directors of British companies are required to prepare “**business reviews**” in respect of each financial year¹⁷⁹. This review must provide “a balanced and comprehensive analysis”, “consistent with the size and complexity of the [company’s] business”, of the company’s financial performance during the relevant financial year and of “the position of the company’s business at the end of that year”¹⁸⁰. In order to provide the last-mentioned analysis, the “... review must contain ... a description of the **principal risks and uncertainties facing the company**” at year’s end¹⁸¹.

At a more concrete level, it is envisaged¹⁸² that a balanced and comprehensive analysis of a company’s position may not be possible without taking into account one or more aspects of corporate social responsibility, namely **factors affecting the environment**, the community or the company’s employees. The annual “business review” must therefore either include information on each of those aspects, or expressly state that it does not contain such information¹⁸³. In the case of the **environment**, this is formulated as “... information about ... environmental matters (including the **impact** of the company’s business on the environment)”¹⁸⁴.

In practical terms, the legislation envisages the use of “**key performance indicators**” in “business reviews”. Such indicators may be “financial” in nature, or “other” so as to **include “information relating to environmental matters”**, depending on what is “necessary” and “appropriate” in order to permit effective “understanding of the development, performance or position of the company’s business”¹⁸⁵. The “key performance indicators” are given a completely tautologous definition by the legislation: “... factors by reference to which the development, performance or position of the company’s business can be measured effectively”¹⁸⁶. Some guidance as to what might qualify as key financial performance indicators has been provided by the Accounting Standards Board in its 2006 *Reporting Statement: Operating and Financial Review (RS1)*¹⁸⁷, but companies and other businesses in fact tend to use *sui generis* indicators which they have developed in relation to their specific activities¹⁸⁸. In what concerns the impact of business activities on the environment, the government Department for Environment, Food and Rural Affairs has prepared **guidelines**¹⁸⁹ for companies which wish to identify their environmental impacts, set targets for the reduction of those impacts and

¹⁷⁹ Companies Act 2006, subsections 415(1) and 417(1).

¹⁸⁰ Companies Act 2006, subsection 417(4).

¹⁸¹ Companies Act 2006, subparagraph 417(3)(b).

¹⁸² By the Companies Act 2006, subsection 417(5).

¹⁸³ Companies Act 2006, subsection 417(5), last sentence.

¹⁸⁴ Companies Act 2006, subclause 417(5)(b)(i).

¹⁸⁵ Companies Act 2006, subsection 417(6).

¹⁸⁶ Companies Act 2006, subsection 417(6), last sentence.

¹⁸⁷ Refer to G. Simon, “The Impact of the Narrative Reporting Provisions of the Companies Act 2006 on Performance Reporting”, 2006, electronic publication freely accessible at http://www.fsn.co.uk/channel_financial_reporting/the_impact_of_the_narrative_reporting_provisions_of_the_companies_act_2006_on_performance_reporting (9 June 2010).

¹⁸⁸ A nice example is that of the British Museum, which presents as its key performance indicator, “the percentage of the collection stored at correct environmental conditions” for the purpose of preserving it indefinitely; refer to the Museum’s annual report for the British financial year 2006-2007, freely available in electronic form at <http://www.britishmuseum.org/PDF/TAR06-07.pdf> (last consulted on 9 June 2010).

¹⁸⁹ *Environmental Reporting Guidelines – Key Performance Indicators (KPIs)*, freely available in electronic form at <http://www.defra.gov.uk/environment/business/reporting/pdf/envkpi-guidelines.pdf> (9 June 2010).

measure their own performance in reaching those targets. The guidelines explain how key performance indicators can be formulated in order to present that data on an ongoing basis.

2.4.2.2. Applicability of requirements

The Companies Act 2006 places numerous **limitations** on the need for particular classes of companies to comply with the requirements set out above, as well as limitations on the circumstances under which compliance is required by law.

First, the directors of “**small companies**” do not need to prepare “business reviews” at all¹⁹⁰. A company will normally fall within this category if it meets at least two of the following criteria: its annual turnover does not exceed £6’500’000; the balance sheet value of its assets does not exceed £3’260’000; it has no more than 50 employees¹⁹¹. These companies constitute the great majority of all British companies, both in terms of sheer numbers of registered companies and in terms of persons employed. Whether they are also responsible for the majority of environmental impacts has, as far we know, not yet been determined. These companies benefit from many exemptions from the procedural, reporting and auditing requirements of the Companies Act 2006, as British policy makers consider that compliance with the relevant requirements would constitute a disproportionate burden on small businesses.

Secondly, both **small and medium-sized companies** are exempted from the requirement to use “key performance indicators” in respect of non-financial aspects of a company’s position and prospects, such as environmental impact¹⁹². A company will normally be classified as “medium-sized” if it meets at least two of the following criteria: its annual turnover lies somewhere between £6’500’000 and £25’900’000; the balance sheet value of its assets lies somewhere between £3’260’000 and £12’900’000; it has no more than 250 employees¹⁹³.

Thirdly, **small, medium and large companies other than “quoted companies”** are all exempted from the need to take into account the various corporate social responsibility factors, including environmental matters, when preparing “business reviews”¹⁹⁴. “Large companies” are those which cannot be classified as “small” or “medium-sized”. The second and third exemptions, taken together, mean that almost all British companies are **free to decide** whether or not they will address environmental issues in their annual “business reviews” and if so, whether they will include any figures to objectively substantiate their assessments of environmental issues. Only “quoted companies”, which are usually also “large companies”, are bound to report to that effect.

Fourthly, even the directors of large companies which are quoted on public exchanges do not need to include particular matters, such as planned environmental impacts, in their “business reviews”, if

¹⁹⁰ Companies Act 2006, subsection 417(1).

¹⁹¹ Companies Act 2006, subsection 382(3), as amended by the Companies Act 2006 (Amendment) (Accounts and Reports) Regulations 2008. Companies which meet these criteria will nevertheless not be eligible for the exemption if they offer securities to the public or are regulated as providers of financial services, such as banking or insurance services, or if they belong to corporate groups which are ineligible for exemption; Companies Act 2006, section 384.

¹⁹² Companies Act 2006, subsection 417(7).

¹⁹³ Companies Act 2006, subsection 465(3), as amended by the Companies Act 2006 (Amendment) (Accounts and Reports) Regulations 2008. Companies which meet these criteria will nevertheless not be eligible for the exemption if they offer securities to the public or are regulated as providers of financial services, such as banking or insurance services, or if they belong to corporate groups which are ineligible for exemption; Companies Act 2006, section 467.

¹⁹⁴ Companies Act 2006, subsection 417(5), first sentence.

they are of the **opinion that “disclosure** of information about [these] impending developments ... would ... be **seriously prejudicial to the interests of the company**”¹⁹⁵. This raises the question of whether there will be cases in which the possible reactions by third parties to an expected negative environmental impact could in themselves justify non-disclosure of the expected impact.

Fifthly, the legislative statement of the purpose of a “business review”¹⁹⁶ clearly indicates that it is not intended to permit third parties to challenge the company’s approach to environmental issues or other aspects of corporate social responsibility. Instead, the “business review” is intended to provide the **company’s shareholders** with sufficient information to enable them to assess whether the company’s directors have actually performed their statutory duty to promote the success of the company as a commercial enterprise. It is with this perspective in mind, that directors of quoted companies must decide whether to include information about environmental issues in their “business reviews”.

2.4.3. Carbon Footprint

It may of interest to note that British people and businesses show a relatively strong interest in the issue of climate change and in particular in the contributions made by their own activities to the development of this phenomenon. Anecdotal evidence shows that the concept of an **individual’s “personal carbon footprint”** (i.e. the quantity of greenhouse gases that are presumably generated by his household energy use and travel arrangements) continues to attract special attention. The British government provides an on-line “CO2 Calculator”¹⁹⁷ to permit individuals or households to measure their own “carbon footprints”.

In respect of **businesses**, the Carbon Trust has developed a standard of carbon footprint management and reduction measures which individual enterprises may try to attain¹⁹⁸. Those which succeed in doing so may apply for verification and accreditation by the Trust. It publishes¹⁹⁹ a **list of accredited companies**, chiefly for the benefit of persons who prefer to buy from and work with such enterprises, and permits these companies to use a special **logo** in its publications and publicity. Neither the accreditation, nor the logo is the subject of any specific legislative provision; misuse by non-accredited parties could presumably be countered using the general law governing unfair competition or infringement of intellectual property rights²⁰⁰.

Separately, but along quite similar lines, the Department for Environment, Food and Rural Affairs operates a “**Quality Assurance Scheme for Carbon Offsetting**”. It seems that a substantial number of persons are not willing or able to reduce their own generation of greenhouse gases, but are willing to pay others to “offset” their (i.e. the payers’) emissions by reducing emissions elsewhere. This raises the question of whether enterprises which sell or otherwise offer such “**carbon offsets**” can be

¹⁹⁵ Companies Act 2006, subsection 417(10).

¹⁹⁶ Companies Act 2006, subsection 417(2).

¹⁹⁷ Freely available at <http://carboncalculator.direct.gov.uk/carboncalc/html/> (last consulted on 18 August 2010).

¹⁹⁸ A very short explanation is provided at <http://www.carbontrust.co.uk/cut-carbon-reduce-costs/promote/carbon-trust-standard/pages/carbon-trust-standard.aspx> (last consulted on 18 August 2010).

¹⁹⁹ In electronic form at <http://cts.force.com/StandardBearersSearch> (last consulted on 18 August 2010).

²⁰⁰ The Carbon Trust Standard Company, which was set up by the Carbon Trust for the specific purpose of managing the accreditation scheme, states on its website (<http://www.carbontruststandard.com/UsingtheStandard/UsingtheLogo/tabid/156/language/en-GB/Default.aspx> - last consulted on 18 August 2010) that it “will take the misuse of logos very seriously”, but gives no indication of what action it might take.

trusted to actually achieve the emission reductions which they promise. Such enterprises can apply, again on an entirely voluntary basis, for **verification and approval by the Department**. A list of the eight enterprises currently holding approvals is published on the Department's website²⁰¹ for the benefit of people who want reassurance that their "offsetting" payments will be used effectively.

2.4.4. Conclusion

Environmental reporting by British companies is **effectively facultative**. Even the relatively small number of admittedly very important enterprises, which are required to publish information about the environmental impacts of their activities, cannot be criminally or administratively sanctioned if they fail to comply. It is suggested²⁰² that the directors of these companies have a strong incentive to comply, in that they may incur **civil liability** to investors who have lost money as a result of deliberate or reckless omissions by the directors to publish relevant information, including information about environmental impacts²⁰³. This suggestion has, as far as we are aware, not been tested in court.

2.5. Frankreich

2.5.1. Les règles du Code de commerce relatives au rapport de gestion

La loi NRE n° 2001-420 du 15 mai 2001 relative aux nouvelles régulations économiques a introduit l'environnement dans le **rapport de gestion**. Le rapport de gestion doit « *dans la mesure nécessaire à la compréhension de l'évolution des affaires, des résultats et de la situation de la société et indépendamment des indicateurs clés de performance de nature financière* » comprendre « *le cas échéant des indicateurs clés de performance de nature non financière ayant trait à l'activité non spécifique de la société, notamment des informations relatives aux **questions d'environnement** et de personnel* »²⁰⁴.

En outre, l'article L. 225-102-2 du Code de commerce qui s'applique aux sociétés exploitant une installation « susceptible de créer, par danger d'explosion ou d'émanation de produits nocifs, des risques très importants pour la santé ou la sécurité des populations voisines et pour l'environnement » (**installation classée**), prévoit diverses obligations d'informations qui devront désormais tenir compte, au moins pour ce qui est de la politique de prévention du risque d'accident technologique, mais également au-delà, du principe du **pollueur-payeur**, mis en place par la loi du 1^{er} août 2008²⁰⁵.

L'idée qui se cache derrière de telles dispositions est celle selon laquelle l'information environnementale est une information dont la dimension financière est réelle mais à effet différé puisque tant

²⁰¹ <http://offsetting.defra.gov.uk/cms/approved-offsets/> (last consulted on 18 August 2010).

²⁰² In G. Simon, "The Impact of the Narrative Reporting Provisions of the Companies Act 2006 on Performance Reporting", 2006, electronic publication freely accessible at http://www.fsn.co.uk/channel_financial_reporting/the_impact_of_the_narrative_reporting_provisions_of_the_companies_act_2006_on_performance_reporting (last consulted on 9 June 2010).

²⁰³ Sections 172 and 178 of the Companies Act 2006, referring back to the relevant principles of English common law and equity, indicate that such omissions could well be classed as breaches of fiduciary duty and create liabilities to pay damages, against which liabilities company directors cannot insure themselves.

²⁰⁴ Art. L. 225-100 du Code de commerce applicable aux sociétés anonymes.

²⁰⁵ Loi n° 2008-757 du 1^{er} août 2008 transposant la directive 2004/35 sur la responsabilité environnementale.

qu'aucune action n'est engagée, les coûts afférents à la mise en cause des responsabilités environnementales de l'entreprise sont masqués dans ses états financiers²⁰⁶.

2.5.2. Les modifications apportées par les lois Grenelle 1 et 2

La **loi Grenelle 1** va plus loin en ce qu'elle souligne que « *la qualité des informations sur la manière dont les sociétés prennent en compte les conséquences sociales et environnementales de leur activité et l'accès à ces informations constituent des conditions essentielles de la bonne gouvernance des entreprises* »²⁰⁷. A cette fin, le texte prévoit l'étude par le gouvernement, sur la base d'un bilan public de l'application de l'article 116 de la loi n° 2001-420 du 15 mai 2001 relative aux nouvelles régulations économiques (NRE), des conditions dans lesquelles l'obligation de faire figurer dans le rapport annuel destiné à l'assemblée générale des actionnaires ces informations environnementales et sociales :

- a) pourrait être **étendue** à d'autres entreprises, en fonction de seuils atteints par le chiffre d'affaires, le total de bilan ou les effectifs salariés, y compris celles dans lesquelles l'Etat détient directement ou indirectement une participation majoritaire ;
- b) pourrait inclure **l'activité de la ou les filiales de toutes les entreprises** soumises à cette obligation ;
- c) pourrait comprendre des informations relatives à la **contribution** de l'entreprise au développement durable.

Quant à la **loi Grenelle 2**²⁰⁸, elle prévoit que désormais, dans les **sociétés anonymes**, le rapport présenté annuellement par le conseil d'administration ou par le directoire selon les cas, à l'assemblée générale comprendra également des informations sur la manière dont la société **prend en compte les conséquences sociales et environnementales de son activité**. Ceci ne s'appliquera toutefois qu'aux sociétés dont les titres seront admis aux négociations sur un marché réglementé ainsi qu'aux sociétés dont le total de bilan ou le chiffre d'affaires et le nombre de salariés excèdent les seuils fixés par décret en Conseil d'Etat.

De plus, témoignant d'une volonté d'accroître la **transparence au sein des groupes**²⁰⁹ et alors que la loi Grenelle 1 prévoyait la mise à l'étude de l'inclusion dans le champ de l'obligation de « l'activité de la ou des filiales de toutes les entreprises soumises à cette obligation », le projet de loi Grenelle 2 impose explicitement la divulgation des informations sociales et **environnementales des filiales** et sociétés contrôlées dans le rapport de la société-mère.

En outre, selon ce même projet, pour les sociétés dont une filiale ou une société contrôlée exploite une installation classée pour la protection de l'environnement soumise aux articles L. 511-1 et suivants du Code de l'environnement²¹⁰, et relevant du régime de l'autorisation ou de l'enregistrement,

²⁰⁶ F.-G. Trébulle, « Le développement de la prise en compte des préoccupations environnementales, sociales et de gouvernance », *Droit des sociétés* 2009, étude 1, n° 13.

²⁰⁷ Article 53 de la loi du 3 août 2009.

²⁰⁸ Ajout d'un nouvel alinéa à l'article L. 225-102-1 du Code de commerce.

²⁰⁹ F.-G. Trébulle, « Le développement de la prise en compte des préoccupations environnementales, sociales et de gouvernance », *op. cit.* note 130.

²¹⁰ Sont soumis aux dispositions concernant les installations classées pour la protection de l'environnement les usines, ateliers, dépôts, chantiers et, d'une manière générale, les installations exploitées ou détenues par toute personne physique ou morale, publique ou privée, qui peuvent présenter des dangers ou des inconvénients soit pour la commodité du voisinage, soit pour la santé, la sécurité, la salubrité publiques, soit pour l'agriculture, soit pour la protection de la nature, de l'environnement et

le rapport dont il a précédemment été fait mention détaillera les informations relatives à chacune des installations.

Enfin, il faut souligner que la loi Grenelle 2 généralise la divulgation des informations sociales et environnementales en l'étendant aux mutuelles²¹¹, aux établissements de crédit²¹² et aux coopératives²¹³ y compris agricoles.

La loi Grenelle 2 intègre le volet social et environnemental du rapport de gestion dans le champ des **investigations des commissaires aux comptes** qui devront formuler des observations sur les informations présentées²¹⁴.

Aucune sanction particulière n'est prévue en cas d'absence de ces informations. Les règles générales de mise en cause de la responsabilité civile et pénale des dirigeants qui se trouvent dans le Code de commerce et sanctionnent l'absence d'informations requises ou leur caractère trompeur. Il faut ajouter que la production des informations environnementales peut être demandée par référé si elles ne figurent pas dans le rapport de gestion²¹⁵.

2.5.3. La gouvernance d'entreprise

2.5.3.1. Législation antérieure aux lois Grenelle 1 et 2

Dans le cadre de la transposition de la directive 2006/46/CE du 14 juin 2006²¹⁶, la loi n° 2008-649 du 3 juillet 2008 avait modifié les dispositions du Code de commerce de telle sorte que désormais, lorsqu'une société dont les titres sont admis aux négociations sur un marché réglementé «se réfère volontairement à un **code de gouvernement d'entreprise** élaboré par les organisations représentatives des entreprises », le **rapport sur le contrôle interne** précise non seulement les modalités de consultation de ce code mais encore « les dispositions qui ont été écartées et les raisons pour lesquelles elles l'ont été ». En outre, en application du principe « **comply or explain** », le texte prévoit que si une société ne se réfère pas à un tel code, le rapport « *indique les règles retenues en complément des exigences requises par la loi et explique les raisons pour lesquelles la société a décidé de n'appliquer aucune disposition de ce code de gouvernement d'entreprise* »²¹⁷.

2.5.3.2. Modifications apportées par la loi Grenelle 2

Dans le prolongement de cette mesure, la loi Grenelle 2 modifie l'article L. 214-12 du Code monétaire et financier qui impose aux sociétés d'investissement à capital variable et aux sociétés de gestion de mentionner dans leur rapport annuel les modalités de prise en compte dans leur **politique**

des paysages, soit pour la conservation des sites et des monuments ainsi que des éléments du patrimoine archéologique.

²¹¹ Article L. 114-7 h) du Code de la mutualité.

²¹² Article L. 511-35 du Code monétaire et financier.

²¹³ Article 8 de la loi n° 47-1775 du 10 septembre 1947.

²¹⁴ Par une modification de l'article L. 823-16 du Code de commerce.

²¹⁵ P. Kromarek, « L'actualité de la responsabilité environnementale », Environnement n° 10 2006, p. 13 ss.

²¹⁶ Directive 2006/46/CE du 14 juin 2006 modifiant les directives du Conseil 78/660/CEE concernant les comptes annuels de certaines formes de sociétés, 83/349/CEE concernant les comptes consolidés, 86/635/CEE concernant les comptes annuels et les comptes consolidés des banques et autres établissements financiers, et 91/674/CEE concernant les comptes annuels et les comptes consolidés des entreprises d'assurance.

²¹⁷ F.-G. Trébulle, « Entreprise et développement durable », *JCP éd. Ent.* 2009, 1867, n° 3.

d'investissement des critères relatifs au respect d'objectifs sociaux, **environnementaux** ou de qualité de gouvernance. Elles précisent la nature de ces critères et la façon dont elles les appliquent²¹⁸. L'un des objectifs est certainement d'encourager **l'investissement socialement responsable** et le développement de critères supplémentaires aux critères financiers qu'il s'agit de mettre en perspective²¹⁹.

D'après les dispositions de la loi Grenelle 1, « *l'Etat appuiera la création, pour les entreprises de toute taille, de **labels** attestant la qualité de leur gestion dans les domaines **environnementaux** et sociaux et leur contribution à la **protection de l'environnement*** ». Il est ensuite envisagé de mettre en place un mécanisme d'accréditation des organismes certificateurs, indépendants qui seront chargés d'attribuer ces labels.

2.5.4. Application du règlement EMAS

EMAS est basé sur un règlement européen mais reste **volontaire**²²⁰. Il suppose le respect des lois, des règlements, autorisations et normes obligatoires en France. Un comité de suivi de l'application du règlement EMAS a été mis en place par l'arrêté du 20 juin 2002 portant création du **comité de suivi** de l'application du règlement EMAS. Ce système n'est pas très utilisé en France. Ainsi en juin 2005, tous secteurs économiques confondus, **20 sites** étaient enregistrés EMAS²²¹. Lorsqu'une organisation ne remplit plus toutes les conditions prévues par le règlement, le Ministère de l'Ecologie de l'Energie du Développement durable et de la Mer peut, par une décision motivée, la radier provisoirement ou définitivement de la liste des organisations enregistrées au titre du règlement susvisé²²².

2.5.5. Conclusion

La gouvernance environnementale s'impose progressivement à la gestion d'entreprise au travers en particulier des dispositions relatives au droit des sociétés et qui s'intègre dans le Code de commerce. Le législateur français a la volonté **d'étendre l'obligation de transparence** dans les documents sociaux²²³. La politique en matière environnementale doit, en effet, figurer obligatoirement dans le rapport de gestion ou dans le document de référence pour les sociétés cotées.

²¹⁸ Par l'ajout d'un alinéa à l'article L. 214-12 du Code monétaire et financier.

²¹⁹ F.-G. Trébulle, « Le développement de la prise en compte des préoccupations environnementales, sociales et de gouvernance », *op. cit.* note 130.

²²⁰ Sur le système lui-même, voir dans cet avis, point 2.2.

²²¹ V. http://www.stats.environnement.developpement-durable.gouv.fr/uploads/media/industrie_ree2006_01.pdf (25.05.2010).

²²² V. <http://www.cci.fr/web/developpement-durable/emas> (19.07.2010).

²²³ B. Le Bars, « La gouvernance environnementale », Environnement n° 6 2009, Dossier 9.

3. Regelungen auf Ebene der Volkswirtschaft

3.1. Überblick

La nécessité de collecter, de traiter et d'analyser des données environnementales, au niveau européen, afin de fournir des informations **objectives, fiables et comparables** permettant à la fois à la Communauté et aux Etats membres de prendre des mesures indispensables à la **protection** de l'environnement, d'évaluer leur mise en œuvre et d'assurer l'**information** du public quant à l'état de l'environnement, a été soulignée dans le règlement (CE) n° 401/2009²²⁴. L'Allemagne, la France ainsi que le Royaume-Uni prévoient l'élaboration **régulière** de **statistiques** et ont désigné une autorité chargée de coopérer avec l'Agence européenne des statistiques. La rédaction de rapports et de données statistiques à destination du **public** est également prévue dans chacun des trois pays étudiés. Il en est ainsi du rapport prévu par la loi allemande sur l'information relative à l'environnement (*Umweltingformationengesetz*) ou des expertises publiques françaises prévues par la loi Grenelle 1.

En revanche, aucun des trois systèmes juridiques faisant l'objet de la présente étude, ne prévoit l'obligation de faire des rapports pour des entités exerçant leur activité dans un secteur particulier. Toutefois, les lois françaises Grenelle 1 et 2 prévoient la **généralisation de bilans sur les émissions de gaz à effet de serre** destinés à faire prendre conscience aux acteurs des impacts de leur activité et des possibilités d'amélioration. Cette nouvelle obligation concerne aussi bien les personnes de droit privé de grande taille²²⁵ que l'Etat et autres collectivités publiques. L'Allemagne, sans prévoir légalement l'établissement de rapports pour des domaines déterminés, recense un nombre important de rapports émis par des organisations (environnementales) publiques ou privées et concernant des thèmes particuliers tels que le climat, l'énergie, et la mer.

Enfin, la Commission européenne a, dans un **avis** du 20 août 2009²²⁶, souligné l'impossibilité de mesurer grâce au **PIB** la durabilité environnementale ou l'intégration sociale et proposé la création d'un **indice environnemental global** qui permettrait de faciliter le débat public sur les objectifs sociaux et le progrès. Cet indice combiné au PIB et aux indicateurs sociaux permettrait selon la Commission aux citoyens « d'être en mesure d'évaluer si les politiques de l'Union européenne et des gouvernements nationaux permettent d'atteindre le niveau de protection environnemental qu'ils souhaitent ».

3.2. Europäische Union

3.2.1. Die Berichterstattung der Europäischen Umweltagentur (EUA)

Die Berichterstattung über Umweltauswirkungen übernimmt auf europäischer Ebene die **Europäische Umweltagentur (EUA)**²²⁷. Dabei handelt es sich um eine unabhängige²²⁸ Einrichtung mit eigener

²²⁴ Règlement (CE) n° 401/2009 relatif à l'Agence européenne pour l'environnement et au réseau européen d'information et d'observation pour l'environnement.

²²⁵ Cette obligation ne concernerait toutefois que les personnes morales de droit privé employant un nombre déterminé de personnes et exerçant leur activité dans un secteur fortement émetteur de gaz à effet de serre.

²²⁶ Disponible sur : <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:FR:PDF>

²²⁷ Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) 401/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.04.2009 über die Europäische Umweltagentur und das Europäische Umweltingformations- und Umweltbeobachtungsnetz (kodifizierte Fassung), „EUA-Verordnung“, (Amtsblatt L 126 vom 21.05.2009). Die Verordnung enthält keine Bestimmungen über Sanktionen für die Nichtbeachtung der Bestimmungen der Verordnung.

²²⁸ Präambel Nr. 11 der EUA-Verordnung.

Rechtspersönlichkeit²²⁹, deren Ziel es ist, die nachhaltige Entwicklung zu fördern sowie zum Schutz und zur Verbesserung der europäischen Umwelt beizutragen²³⁰. Dazu soll sie der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten objektive, zuverlässige und auf europäischer Ebene vergleichbare Informationen zur Verfügung stellen, anhand derer sie die notwendigen Umweltschutzmassnahmen ergreifen, die Ergebnisse dieser Massnahmen bewerten und eine sachgerechte Unterstützung der Öffentlichkeit über den Zustand der Umwelt sicherstellen können. Darüber hinaus soll sie die hierfür nötige technische und wissenschaftliche Unterstützung geben²³¹.

Die **Aufgaben** der Agentur umfassen u.a.:

- Einrichtung und Koordinierung des Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (EIONET);
- Veröffentlichung eines Fünfjahresberichts über den Zustand der sowie die Tendenzen und Aussichten für die Umwelt, ergänzt durch Indikatorenberichte über spezifische Schwerpunktthemen;
- Bereitstellung der erforderlichen objektiven Informationen für die Ausarbeitung und Durchführung von sinnvollen und wirksamen Umweltmassnahmen;
- Erfassung, Zusammenstellung und Bewertung von Daten über den Zustand der Umwelt, Erstellung von Sachverständigengutachten über die Qualität, die Empfindlichkeit und die Belastungen der Umwelt im Gebiet der Gemeinschaft, Aufstellung einheitlicher Bewertungskriterien für Umweltdaten, die in allen Mitgliedstaaten anzuwenden sind, sowie Ausbau und Weiterführung eines Referenzzentrums für Umweltinformationen;
- Unterstützung der Überwachung von Umweltschutzmassnahmen;
- umfassende Verbreitung von an die Öffentlichkeit gerichteten zuverlässigen und vergleichbaren Umweltinformationen, insbesondere über den Zustand der Umwelt, und Förderung des Einsatzes fortgeschrittener Telematik-Technologie zu diesem Zweck²³².

Die **wichtigsten Tätigkeiten** der Agentur sollen so weit wie möglich die Erfassung aller Informationen zur Beschreibung des derzeitigen und voraussichtlichen Zustandes der Umwelt unter den Gesichtspunkten der Umweltqualität, Umweltbelastungen und Umweltempfindlichkeit ermöglichen²³³. Vorrang haben die Gebiete der Luftqualität und atmosphärische Emissionen, Wasserqualität, Schadstoffe und Wasserressourcen, Zustand des Bodens, der Tier- und Pflanzenarten und der Biotope, Nutzung des Bodens und der natürlichen Hilfsquellen, Abfallbewirtschaftung, Geräuschemissionen, umweltgefährdende Chemikalien, sowie der Schutz der Küstengebiete und der Meere²³⁴. Die Agentur verabschiedet ein auf den genannten vorrangigen Gebieten beruhendes Mehrjahres-Arbeitsprogramm²³⁵.

Die EUA - Verordnung enthält keine Regelungen über den **Inhalt** des Fünfjahresberichts über den Zustand der sowie die Tendenzen und Aussichten für die Umwelt nach Art. 2 h). Der letzte solche Bericht aus dem Jahr 2007 enthält Angaben zu folgenden Themen:

²²⁹ Art. 7 EUA-Verordnung.

²³⁰ Art. 1 Abs. 2 EUA-Verordnung.

²³¹ Art. 1 Abs. 2 a) und b) EUA-Verordnung.

²³² Art. 2 EUA-Verordnung.

²³³ Art. 3 Abs. 1 EUA-Verordnung.

²³⁴ Art. 3 Abs. 2 EUA-Verordnung.

²³⁵ Art. 8 Abs. 4 EUA-Verordnung.

- Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität (insb. Luftqualität, Binnengewässer, Boden und umweltgefährdende Chemikalien);
- Klimawandel (insb. Ozonschicht-Abbau, Treibhausgasemissionen);
- Biodiversität;
- Küstengebiete und Meere;
- nachhaltiger Verbrauch und nachhaltige Produktion (inkl. Abfall) und
- Sektoren, die den Klimawandel antreiben (Landwirtschaft, Transport, Energie, Tourismus).

Neben den Fünfjahresberichten erstellt die Agentur **jährliche Berichte**, wie zum Beispiel den Energie- und Umweltbericht 2008 sowie **Gutachten** zu Umweltbelastungen und zu Fragen der Umweltqualität (z.B. Verkehr und Umwelt)²³⁶.

Neben der Berichterstattung zählt die Einrichtung und Koordinierung des Europäischen **Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (EIONET)** zu den wichtigsten Aufgaben der Agentur. Das Netz umfasst nach Art. 4 der EUA-Verordnung die wichtigsten Bestandteile der einzelstaatlichen Informationsnetze, die innerstaatlichen Anlaufstellen sowie fünf themenspezifische Anlaufstellen²³⁷.

Die Europäische Umweltagentur und EIONET arbeiten darüber hinaus derzeit mit der Europäischen Kommission zusammen, um ein **gemeinsames Umweltinformationssystem (SEIS)** zu verwirklichen. Diese Initiative beruht auf der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 01.02.2008, in der diese ein Konzept zur Modernisierung und Vereinfachung der Erhebung, des Austauschs und der Verwendung von Daten und Informationen darlegt, die für die Festlegung und Umsetzung der Umweltpolitik erforderlich sind. Nach diesem Ansatz werden die gegenwärtigen, zumeist zentralisierten Berichterstattungssysteme nach und nach durch Systeme ersetzt, die auf Datenzugang, Datenaustausch und Interoperabilität basieren. Damit verfolgt die Kommission das Ziel, die Qualität und Verfügbarkeit der für die Umweltpolitik erforderlichen Informationen entsprechend dem Ziel der besseren Rechtsetzung zu erhalten und zu verbessern und gleichzeitig den damit verbundenen Verwaltungsaufwand zu minimieren²³⁸.

3.2.2. Mitteilung der Kommission: BIP und mehr

Am 20. August 2009 stellte die EU-Kommission in einer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Das BIP und mehr - Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ einige **Massnahmen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** durch Indikatoren zur Nachhaltigkeit im Umweltbereich und zur sozialen Integration²³⁹ vor²⁴⁰. Allgemeines Ziel dieser

²³⁶ Art. 2 e) EUA-Verordnung.

²³⁷ Wasser, Luft und Klimawandel, Naturschutz und biologische Vielfalt, Abfall- und Materialströme und Landumgebung; siehe Informationen auf dem Online-Portal der Europäischen Union unter http://europa.eu/legislation_summaries/environment/general_provisions/ev0019_de.htm, (17.05.2010).

²³⁸ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Hin zu einem gemeinsamen Umweltinformationssystem (SEIS), KOM (2008) 46 endgültig, nicht im Amtsblatt veröffentlicht, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0046:FIN:DE:PDF> (17.05.2010), S. 2.

²³⁹ Die Darstellung im Rahmen dieses Gutachtens beschränkt sich jedoch auf die umweltbezogenen Aspekte der Mitteilung.

²⁴⁰ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 20.8.2009 KOM(2009) 433 endgültig: „Das BIP und mehr - Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:PDF> (06.07.2010).

Massnahmen ist es, umfassendere Indikatoren zu entwickeln, die eine zuverlässigere Wissensgrundlage für eine bessere öffentliche Diskussion und eine sachgerechtere Entscheidungsfindung schaffen²⁴¹. In der Mitteilung schlägt die Kommission fünf Massnahmen vor, die je nach dem Ergebnis einer für 2012 geplanten Überprüfung überarbeitet oder ergänzt werden können²⁴².

3.2.2.1. Vorgesehene Massnahmen

Zunächst ist vorgesehen, das BIP durch ökologische und soziale Indikatoren zu ergänzen. Dazu soll ein einheitlicher Messwert (Umweltindex) erarbeitet werden, der zu mehr Ausgewogenheit in der öffentlichen Diskussion über gesellschaftliche Ziele und Fortschritte beitragen soll. Infrage kommen nach Ansicht der Kommission hierfür insbesondere der ökologische und der CO₂-Fussabdruck, die jedoch einen begrenzten Anwendungsbereich haben. Mit dem Index sollen Schadstoffe und andere Schädigungen der Umwelt innerhalb des EU-Gebietes erfasst werden, damit die Ergebnisse von Umweltschutzmassnahmen bewertet werden können. Als wichtigste Bereiche der Umweltpolitik sollen einbezogen werden:

- Klimawandel und Energieverbrauch
- Natur und Artenvielfalt
- Luftverschmutzung und Auswirkungen auf die Gesundheit
- Wasserverbrauch und -verschmutzung
- Abfallerzeugung und Ressourcenverbrauch

Der Index soll jährlich sowohl für die EU als auch für die Mitgliedstaaten veröffentlicht werden. Es ist geplant, dass die Kommissionsdienststellen 2010 die Pilotfassung eines solchen Indexes vorstellen. Zusätzlich wird die Möglichkeit in Betracht gezogen, einen umfassenden Indikator für die Umweltqualität zu entwickeln, der die Zahl der EU-Bürger aufzeigt, die in einer gesunden Umwelt leben. Ein Indikator für die Erfassung von Umweltauswirkungen ausserhalb des EU-Gebiets (Indikatoren zur Überwachung der thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen) ist ebenfalls angedacht²⁴³.

Als weitere Massnahme ist vorgesehen, die Zeitnähe für die Erstellung und Verfügbarkeit von Umweltindikatoren zu verbessern und eine Echtzeitüberwachung der Umwelt anzustreben²⁴⁴. Auch eine genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten der Umweltqualität zwischen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen ist vorgesehen²⁴⁵. Des Weiteren soll ein europäischer Anzeiger für nachhaltige Entwicklung erarbeitet werden, um neue, noch nicht in amtlichen Statistiken berücksichtigte Entwicklungen in wichtigen Bereichen (etwa Nachhaltigkeit in Entwicklung und Verbrauch oder ordnungspolitische Fragen) in vollem Umfang zu erfassen. Hauptziel soll dabei die Beachtung der Grenzen der natürlichen Ressourcen sein. Eine Pilotversion des Anzeigers sollte 2009 vorgestellt werden²⁴⁶. Schliesslich ist die Einbeziehung von ökologischen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geplant, um eine integrierte, faktengesicherte Grundlage zur Untermauerung politischer Analysen zu schaffen, die beim Auffinden von Synergien und Nachteilen der unterschiedlichen Politikziele hilft²⁴⁷.

²⁴¹ Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 2.

²⁴² Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 4.

²⁴³ Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 5f.

²⁴⁴ Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 6f.

²⁴⁵ Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 7f.

²⁴⁶ Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 8f.

²⁴⁷ Mitteilung KOM(2009) 433 endgültig, S. 9f.

3.2.2.2. Stand der Umsetzung der Massnahmen

Eine Übersicht über die Umsetzung der in der Mitteilung angekündigten Massnahmen (sozial- und umweltbezogen) findet sich auf den Internet-Seiten von Eurostat²⁴⁸. Vorliegend werden die umweltbezogenen Umsetzungsmassnahmen vorgestellt.

Die Europäische Kommission stellte im April 2010 einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen vor²⁴⁹. Mit dieser Verordnung soll ein gemeinsamer Rahmen für die Erhebung, Erstellung, Übermittlung und Bewertung Europäischer Umweltökonomischer Gesamtrechnungen mit dem Ziel aufgestellt werden, Umweltökonomische Gesamtrechnungen als Satellitenkonten zum ESG 95²⁵⁰ einzurichten. Durch die Verordnung sollen die Methodik, gemeinsamen Normen, Begriffsbestimmungen, Klassifikationen und Buchungsregeln vorgegeben werden, die für die Erstellung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen zu verwenden sind.

Die Umweltgesamtrechnungen sollen dabei in folgende Module aufgeteilt werden²⁵¹:

- Luftemissionsrechnungen²⁵² (Anhang I des Verordnungsvorschlags),
- umweltbezogene Steuern nach Wirtschaftstätigkeiten²⁵³ (Anhang II),
- gesamtwirtschaftliche Materialflussrechnungen²⁵⁴ (Anhang III).

²⁴⁸ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/achievements (06.07.2010).

²⁴⁹ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen (COM(2010)132 final) vom 9.4.2010, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0132:FIN:DE:PDF> (07.07.2010).

²⁵⁰ Dies bezeichnet das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen aus dem Jahr 1995 (ESVG 1995).

²⁵¹ Art. 3 Abs. 1 Verordnungsvorschlag.

²⁵² Mit den Luftemissionsrechnungen werden die Ströme der gas- und partikelförmigen Reststoffe erfasst, die von der Volkswirtschaft generiert und in die Atmosphäre abgegeben werden, vgl. Anhang I des Verordnungsvorschlags.

²⁵³ Die Erfassung der umweltbezogenen Steuereinnahmen der Volkswirtschaften erfolgt gemäß der Aufschlüsselung der wirtschaftlichen Tätigkeiten nach dem ESG 95. Wirtschaftliche Tätigkeiten umfassen Produktionstätigkeiten der Industriezweige sowie Tätigkeiten der privaten Haushalte. Die Daten zu umweltbezogenen Steuern weisen die gleichen Systemgrenzen wie das ESG 95 auf und umfassen Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die der Staat oder die Institutionen der EU ohne Gegenleistung erheben. Umweltbezogene Steuern finden sich in den folgenden Kategorien des ESG 95:

Produktions- und Importabgaben (D.2),
Einkommen- und Vermögenssteuern usw. (D.5),
Vermögenswirksame Steuern (D.91).

Vgl. Anhang II des Verordnungsvorschlags-

²⁵⁴ Das Modul Gesamtwirtschaftliche Materialflussrechnungen umfasst alle festen, gasförmigen und flüssigen Materialien mit Ausnahme von Luft- und Wasserströmen, gemessen in Masseneinheiten pro Jahr. Erfasst werden die Materialströme im Zusammenhang mit den Aktivitäten aller gebietsansässigen Einheiten einer Volkswirtschaft unabhängig von ihrem geografischen Standort. Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Materialflussrechnungen sind zwei Typen von Materialflüssen über die Systemgrenzen hinaus relevant:

1. Materialflüsse zwischen der Volkswirtschaft und der natürlichen Umwelt. Diese umfassen die Entnahme von Materialien (d. h. Grund, Roh- oder Ausgangsstoffen) aus der natürlichen Umwelt sowie die Verbringung von Materialien (häufig als Reststoffe bezeichnet) in die natürliche Umwelt.
2. Materialflüsse zwischen der Volkswirtschaft und der Wirtschaft der übrigen Welt. Diese umfassen die Ein- und Ausfuhren.

Jedes Moduls soll Angaben enthalten zu²⁵⁵

- den Zielsetzungen, für die die Gesamtrechnungen zu erstellen sind
- den Erfassungsbereich der Gesamtrechnungen
- die Liste der Merkmale, für die die Daten zu erheben und zu übermitteln sind
- das erste Bezugsjahr, die Periodizität und die Übermittlungsfristen für die Erstellung der Gesamtrechnungen
- die Berichtstabellen
- die Höchstdauer der Übergangszeiträume nach Art. 8 des Verordnungsvorschlags, für die die Kommission Ausnahmen gewähren kann.

Diese Daten sollen von den Mitgliedsstaaten erhoben und der Kommission übermittelt werden.²⁵⁶ Die Kommission soll ermächtigt werden, delegierende Rechtsakte zu erlassen, um die Module an ökologische, wirtschaftliche und technische Entwicklungen anzupassen sowie Anleitungen zur Methodik bereitzustellen²⁵⁷.

Der Vorschlag wird derzeit im Europäischen Parlament behandelt. Die Vollversammlung des Parlaments wird sich wahrscheinlich im Dezember 2010 damit befassen²⁵⁸.

Neben dem Vorschlag der Kommission wurden bislang eine Durchführbarkeitsstudie und eine Vorschlagsliste für Wohlbefindensindikatoren veröffentlicht, in denen neben anderen auch ökologische Faktoren eine Rolle spielen. Ziel der Durchführbarkeitsstudie war die Identifizierung der Schritte die notwendig sind, um der Gesellschaft Werkzeuge für zum Treffen schneller, gutinformierter und effektiver Entscheidungen zur Förderung des Wohlbefindens von Individuen, der Gesellschaft und des ganzen Planeten an die Hand zu geben²⁵⁹. Die Vorschlagsliste enthält neben sozialen Faktoren für die Bestimmung des Wohlbefindens auch ökologische Faktoren, namentlich Luftverschmutzungslevel, Abfallbelastung, Vorhandensein grüner Erholungsflächen, der Kontakt mit giftigen Stoffen und die allgemeine Einschätzung des Zustands der Umwelt²⁶⁰.

Die nächsten geplanten Schritte umfassen kurzfristige Vorhersagen für die integrierte umweltökonomische Gesamtrechnung, Berichte über Verteilung und Ungleichheiten der Umweltqualität, die Erstellung eines Vorschlags der Kommission für eine neue Verordnung über das Europäische System

Die gesamtwirtschaftlichen Materialflussrechnungen umfassen nur solche Ströme, die diese Systemgrenzen überschreiten. Die Materialströme innerhalb der Volkswirtschaft werden im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Materialflussrechnungen nicht erfasst. Die nationale Volkswirtschaft wird somit im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Materialflussrechnungen als eine „Black-box“ behandelt, d. h. die zwischen den Industriezweigen stattfindenden Produktströme werden nicht beschrieben. Die natürlichen Zu- und Abflüsse sowie die Materialflüsse innerhalb der natürlichen Umwelt werden ebenfalls nicht erfasst. Vgl. Anhang III des Verordnungsvorschlags.

²⁵⁵ Art. 3 Abs. 2 Verordnungsvorschlag.

²⁵⁶ Art. 5 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 Verordnungsvorschlag.

²⁵⁷ Art. 3 Abs. 3, Art. 9 Verordnungsvorschlag.

²⁵⁸ Siehe die „Verfahrensakte“ (procedure file) des Europäischen Parlaments zum Verordnungsvorschlag, verfügbar unter <http://www.europarl.europa.eu/oeil/FindByProcnum.do?lang=2&procnum=COD/2010/0073> (07.07.2010).

²⁵⁹ Eurostat Feasibility study for Well-Being Indicators, verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/documents/Feasibility_study_Well-Being_Indicators.pdf (06.07.2010), S. 4.

²⁶⁰ Vorschlagsliste für Wohlbefindensindikatoren, verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/documents/suggested_list_indicators.pdf (06.07.2010).

Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, sowie eine umfangreiche Publikation zu Umweltstatistiken und umweltökonomische Gesamtrechnungen²⁶¹. Einzelheiten zu diesen Vorhaben werden jedoch nicht genannt.

3.2.3. Zusammenfassende Würdigung

Die Aufgabe der Umweltberichterstattung fällt auf EU-Ebene der Europäischen Umweltagentur zu, deren Aufgabe die Erfassung des und Berichterstattung über den Zustand der Umwelt ist. Da dieser Mechanismus allein jedoch nicht als ausreichend angesehen wird, sind nunmehr eine Vielzahl von Massnahmen in Planung, die dazu dienen sollen, umfassende Indikatoren für die Bestimmung des Zustands und der Entwicklung der Umwelt zu entwickeln. Dieser Prozess befindet sich derzeit jedoch noch in den Anfängen.

3.3. Deutschland

Rechtliche Regelungen über die Umweltberichterstattung finden sich in Deutschland in verschiedenen Gesetzen.

3.3.1 Umweltstatistikgesetz

Nach dem **Umweltstatistikgesetz** (UStatG)²⁶² werden vor allem für Zwecke der Umweltplanung und Erfüllung europa- und völkerrechtlicher Berichtspflichten Erhebungen durchgeführt, die sich auf Daten über **Umweltbelastungen** und **Umweltschutzmassnahmen** erstrecken²⁶³.

Die Statistik umfasst die Erhebungen der Abfallentsorgung, der Abfälle, über die Nachweise zu führen sind, der Entsorgung bestimmter Abfälle, der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserentsorgung, der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserentsorgung, der Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von sowie der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, bestimmten klimawirksamen Stoffe, der Aufwendungen für den Umweltschutz sowie der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz²⁶⁴. Die Datenerhebung erfolgt in der Regel alle 2 bis 4 Jahre, bei besonders sensiblen oder aussagekräftigen Bereichen jährlich²⁶⁵.

Für jede dieser Kategorien enthält das Gesetz spezielle Vorschriften darüber, welche „Erhebungsmerkmale“ zu erfassen sind. Dies sind z.B. für die Abfallentsorgung in jährlichen Abständen **Art, Menge, Beschaffenheit, Herkunft, Verbleib und Entsorgungsverfahren** der behandelten, gelagerten oder abgelagerten sowie der durch die Behandlung entstandenen Abfälle, sekundären Rohstoffe und Produkte, Verwendungszweck des erzeugten Komposts sowie von Gärrückständen sowie Anzahl, Art und Ort der Anlagen; in zweijährlichen Abständen die Kapazität der Anlagen, bei Deponien auch die voraussichtliche Betriebszeit nach dem Stand vom 31. Dezember des Berichtsjahres, die Art des Deponieabdichtungssystems, Art der Sickerwasserbehandlung, Art der Entgasung und der Abgas-

²⁶¹ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/gdp_and_beyond/next_steps (07.07.2010). Es wurden hier nur die Schritte dargestellt, die einen Bezug zu Umweltfragen haben.

²⁶² Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446) FNA 29-34, zuletzt geändert durch Art. 7 Rechtsbereinigungsg Umwelt vom 11. 8. 2009 (BGBl. I S. 2723).

²⁶³ § 1 UStatG.

²⁶⁴ § 2 Abs. 1 UStatG.

²⁶⁵ W. Hoppe et al., Umweltrecht, 2. Auflage, München 2000, § 9 N. 64.

reinigung sowie Behandlung der Verbrennungsrückstände, Aufkommen und Verbleib der im Rahmen der Abfallentsorgung gewonnenen Energieträger und, soweit sie nicht nach dem Energiestatistikgesetz erfasst werden, Erzeugung und Verbleib von Energie, jeweils nach Art und Menge²⁶⁶.

Die erhobenen Daten werden unter Anderem an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden sowie an das Umweltbundesamt (zur Erfüllung europa- und völkerrechtlicher Pflichten der Bundesrepublik Deutschland zur Emissionsberichterstattung) übermittelt²⁶⁷. Über die Form der Berichterstattung existieren keine Vorschriften.

Sanktionsvorschriften sind im Umweltstatistikgesetz nicht enthalten.

3.3.2. Umweltinformationsgesetz

Nach dem **Umweltinformationsgesetz**²⁶⁸ (UIG) hat die Bundesregierung regelmässig in Abständen von nicht mehr als vier Jahren einen **Bericht über den Zustand der Umwelt im Bundesgebiet** zu veröffentlichen. Der Bericht hat Informationen über die **Umweltqualität** und vorhandene **Umweltbelastungen** zu enthalten²⁶⁹. Dies soll „in angemessenem Umfang aktiv und systematisch“ geschehen²⁷⁰. Die Verbreitung von Umweltinformationen soll in für die Öffentlichkeit verständlicher Darstellung und leicht zugänglichen Formaten erfolgen²⁷¹. Soweit möglich, gewährleisten die informationspflichtigen Stellen, dass alle Umweltinformationen, die von ihnen oder für sie zusammengestellt werden, auf dem gegenwärtigen Stand, exakt und vergleichbar sind²⁷².

Umweltinformationen nach dem UIG sind der Zustand von Umweltbestandteilen wie **Luft und Atmosphäre, Wasser, Boden, Landschaft und natürliche Lebensräume** einschließlich Feuchtgebiete, Küsten- und Meeresgebiete, die Artenvielfalt und ihre Bestandteile, einschließlich gentechnisch veränderter Organismen, die Wechselwirkungen zwischen diesen Bestandteilen sowie Faktoren wie Stoffe, Energie, Lärm und Strahlung, Abfälle aller Art sowie Emissionen, Ableitungen und sonstige Freisetzungen von Stoffen in die Umwelt, die sich auf die genannten Umweltbestandteile auswirken oder wahrscheinlich auswirken²⁷³. Weitere Rechtsvorschriften über die Ausgestaltung dieses Berichts bestehen jedoch nicht.

Nach § 14 UIG handeln informationspflichtige Stellen, die vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung der zuständigen Stellen über Massnahmen zur Einhaltung und Durchführung des UIG zuwiderhandeln, ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

²⁶⁶ § 3 Abs. 1 UStatG.

²⁶⁷ § 16 Abs. 1, 5 UStatG.

²⁶⁸ Umweltinformationsgesetz (UIG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3704) FNA 2129-42.

²⁶⁹ § 11 UIG.

²⁷⁰ § 10 Abs. 1 UIG.

²⁷¹ § 10 Abs. 3 UIG.

²⁷² § 7 Abs. 3 UIG.

²⁷³ § 3 Abs. 3 Ziff. 1 und 2 UIG.

3.3.3. Berichterstattung über Konsumbereiche

Hinsichtlich der Berichterstattung über einzelne Konsumbereiche, Warengruppen und Wirtschaftsbranchen gibt es laut dem Umweltbundesamt²⁷⁴ und nach unserem Recherchestand keine gesetzlich verankerten Regelungen. Es finden sich jedoch zahlreiche Berichte staatlicher und nicht-staatlicher (Umwelt-) Organisationen über Themen wie beispielsweise **Klima, Chemie, Wälder (Papierverbrauch), Meere (Fischerei), Gesundheit (Gentechnik), Energie**²⁷⁵.

3.3.4. Zusammenfassende Würdigung

Die Untersuchung auf volkswirtschaftliche Ebene zeigt, dass in Deutschland dank dem Umweltinformationsgesetz und dem Umweltstatistikgesetz regelmässig öffentlich über den Zustand der Umwelt informiert wird. Eine Pflicht zur regelmässigen Berichterstattung im Abstand von höchstens vier Jahren garantiert weiter die Aktualität der veröffentlichten Berichte. Die detaillierten Berichtsregelungen stellen somit ein relativ grosses Mass an Transparenz sicher.

3.4. Vereinigtes Königreich

3.4.1. Statistical Information

Reporting on environmental aspects of the national economy of the United Kingdom is quite limited. It constitutes a large part of the work of the **Department of Energy and Climate Change**, but that organism is, as its name indicates, responsible only for the **environmental impact of energy generation**. For example, the Department prepares and publishes²⁷⁶ an ongoing series of statistics as to the carbon dioxide emissions produced by various energy sources (coal, natural gas, etc.) in the United Kingdom, as required by the Electricity (Fuel Mix Disclosure) Regulations 2005. It also supervises the collection of and publishes²⁷⁷ the British statistics on greenhouse gas emissions which are required by the Kyoto Protocol.

The same Department was responsible for piloting the Energy Act 2010, which came into force in april of 2010 and among other things, requires the Office of the Gas and Electricity Markets (Ofgem), when making market regulation decisions, to treat the **reduction of carbon dioxide emissions** as one of the principal interests of future consumers of energy in the United Kingdom. This gives a statutory footing to the Office's Carbon Reduction Commitment Energy Efficiency Scheme²⁷⁸.

²⁷⁴ Umweltbundesamt - telefonische Auskunft durch Frau Dr. Ines Oehme am 17.05.2010.

²⁷⁵ Greenpeace, aktuelle Berichtsthemen verfügbar unter www.greenpeace.de/nachrichten (18.05.2010), Rat für nachhaltige Produkte, aktuelle Berichtsthemen verfügbar unter <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/> (30.06.2010), Ökoinstitut e.V., verschiedene Kampagnen verfügbar unter http://www.ecotopten.de/kampagne_abgeschlossen.php (18.05.2010).

²⁷⁶ Including on its internet site at http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/statistics/fuel_mix/fuel_mix.aspx (last consulted on 9 June 2010).

²⁷⁷ Including on its website at http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/statistics/climate_change/gg_emissions/uk_emissions/uk_emissions.aspx (9 June 2010).

²⁷⁸ Some details are available in electronic form on the website of the Office: <http://www.ofgem.gov.uk/Sustainability/Environment/Policy/Documents1/CRC%20letter.pdf> (9 June 2010).

The British government's **Department for Environment, Food and Rural Affairs** also gathers some statistics concerning the environment and publishes them, primarily on its internet pages dedicated to "**sustainable development**"²⁷⁹. These statistics take into account various environmental impacts of the activities of households, transport and government, as well as of "business" and "industry", it not being clear how the two are distinguished²⁸⁰. At least to the eyes of lawyers, who are not trained as statisticians, it appears that the information currently published on the internet is extremely limited and difficult to verify²⁸¹.

3.4.2. Environmental Information Regulations

According to the Aarhus Convention Implementation Report²⁸² submitted by the United Kingdom in 2008, the **Department for Environment, Food and Rural Affairs** is also responsible for British implementation of Directive 2003/4/EC on Public Access to Environmental Information, which in turn constituted performance by the EU Member States of their obligations under Arts. 4, 5 and 9(1) of the **Aarhus Convention to collect and publish environmental information**. More precisely, that Department primarily administers the **Environmental Information Regulations**²⁸³. This secondary legislation provides public rights to request, receive and use environmental information held by governmental and other public bodies in England, Northern Ireland and Wales. The Environmental Information (Scotland) Regulations²⁸⁴ make equivalent provision for the benefit of people in Scotland, as environmental protection is one of the fields of law which has been "devolved" to the Scottish legislature and government. The Department interprets the legislation as requiring it to create a framework within which information that it presently holds can be made available to interested persons, rather than requiring it to collect additional environmental information. Thus, the Department has developed a "Publication Scheme" and an "Information Asset Register". The information currently referred to in the Scheme and Register mainly concerns the administrative workings of the Department and governmental initiatives in the areas for which the Department is responsible²⁸⁵. Hardly any of the information directly concerns the state of the environment or the environmental impact of products or production activity²⁸⁶.

²⁷⁹ <http://www.defra.gov.uk/sustainable/government/index.htm> (9 June 2010).

²⁸⁰ For example, the graphic presentation of Carbon Dioxide Emissions by End User at <http://www.defra.gov.uk/sustainable/government/progress/national/2.htm> (9 June 2010) distinguishes between "business", "residential", "transport" and "other" users and specifies in a note that "other users" includes the "industrial sector".

²⁸¹ Refer to the explanations of statistical methodology and data sources which are provided at <http://www.defra.gov.uk/sustainable/government/progress/methods/index.htm> and <http://www.defra.gov.uk/sustainable/government/progress/data-resources/index.htm> respectively (09.07.2010).

²⁸² Available at http://www.unece.org/env/pp/Implementation%20reports%202008/UK_as_submitted_2008_05_02.pdf (18.08.2010).

²⁸³ Statutory Instrument 2004/3391.

²⁸⁴ Scottish Statutory Instrument 2004/520.

²⁸⁵ An extensive list of information headings is provided on the Department's website: <http://www.defra.gov.uk/corporate/policy/opengov/defra/available/iar/index.htm> (18.08.2010).

²⁸⁶ For example, a link to a "Consumer Products Database", among the items listed in the Information Asset Register, actually leads to referencing details for a "Database of stakeholders (individuals and organisations) with an interest in environmentally friendly consumer products".

On the subject of environmental information, the principal **website** of the United Kingdom government²⁸⁷ also refers²⁸⁸ to the Environment Agency and the Scottish Environment Protection Agency. The websites²⁸⁹ of these public authorities do publish substantial statistics and background information on a number of aspects of the human environment (including the quality of drinking and bathing water, the levels of air pollutant emissions in local areas and the extent of waste disposal in landfills) and invite interested persons to contact the authorities for further information, to the extent that it has actually been collected and compiled²⁹⁰.

3.4.3. Assessment

On the statistical side, the different departments gather statistics on different issue. An overall regulatory framework for environmental statistics is lacking. However, due to international obligations, there are substantive regulations concerning access to information on the environmental impact of government activity.

3.5. Frankreich

3.5.1. Statistiques relatives à l'environnement

En France, les statistiques relatives à l'environnement sont effectuées par le **service de l'Observation et des Statistiques (SOeS)**²⁹¹. Celui-ci est chargé de la mobilisation des données et de l'organisation du système d'observation en matière d'environnement, de construction, de transport, d'énergie et de développement durable²⁹². Il met en œuvre les systèmes d'information associés pour élaborer et animer la stratégie générale du ministère de l'Écologie, de l'Énergie, du Développement durable et de la mer (Meeddm).

²⁸⁷ Directgov

²⁸⁸ At http://www.direct.gov.uk/en/Environmentandgreenerliving/Thewiderenvironment/Pollution/DG_064404 (18.08.2010).

²⁸⁹ <http://www.environment-agency.gov.uk> and <http://www.sepa.org.uk> respectively (18.08.2010).

²⁹⁰ Refer for example to the Waste Data Digest 10 published by the Scottish Environment Protection Agency at http://www.sepa.org.uk/waste/waste_data/waste_data_digest.aspx where the authority explains that its waste collections statistics are based on incomplete data and arbitrary allocation assumptions, because the authority has no legislative powers to obtain information about waste generation from businesses.

²⁹¹ <http://www.stats.environnement.developpement-durable.gouv.fr/missions/missions.html> (25.05.2010).

²⁹² Art. 3 II du décret n° 2008-680 du 9 juillet 2008 portant organisation de l'administration centrale du ministère de l'écologie, de l'énergie, du développement durable et de l'aménagement du territoire : « Le service de l'observation et des statistiques est chargé de la mobilisation des données et de la maîtrise d'ouvrage des systèmes d'information associés pour élaborer et animer la stratégie générale du ministère. Il organise le système d'observation socio-économique et statistique en matière d'environnement et de développement durable, en liaison avec les institutions nationales, européennes et internationales intéressées. Il recueille, élabore et diffuse l'information statistique concernant les domaines de compétences du ministère, et ceux du ministère chargé du logement. Il définit les indicateurs du développement durable pour les politiques publiques et élabore ceux du ministère ».

Au travers de ses deux sous-directions²⁹³, le SOeS a pour mission de **produire et diffuser l'information sur l'environnement en France**²⁹⁴. Dans ce but, il organise et anime la collecte et le traitement des données sur l'environnement et les risques naturels et technologiques, en relation avec le réseau des principaux producteurs et utilisateurs de l'information environnementale. Il développe et harmonise les méthodes afférentes au traitement des données, à la construction des statistiques, à la synergie entre la statistique et l'information géographique, à l'élaboration et la production des indicateurs environnementaux et d'indicateurs de développement durable, dans les domaines de compétences du ministère chargé de l'environnement. Il réalise des études visant à améliorer la connaissance de l'état de l'environnement et de son évolution, notamment par l'élaboration d'indicateurs, de rapports et d'analyses. Il participe à l'élaboration et à la mise en œuvre de programmes nationaux, européens et internationaux d'observation et de surveillance.

Il exécute notamment, au nom de l'Etat, les enquêtes concernant l'environnement prévues au programme annuel établi par le Conseil national de l'information statistique (Cnis) et arrêté par le ministère dont relève l'Insee (Institut national de la statistique et des études économiques)²⁹⁵.

En outre, le pôle Environnement du SOeS **transmet aux instances internationales**, notamment à l'Agence européenne pour l'environnement, les données sur l'environnement en France.

Le SOeS produit annuellement le **rapport sur les comptes de l'environnement** qu'il présente à la Commission des comptes et de l'économie de l'environnement. Cette commission, régie par les articles D. 133-35 et suivants du Code de l'environnement, a pour mission d'assurer le rassemblement, l'analyse et la publication de données économiques²⁹⁶ décrivant :

- les activités et dépenses de protection et de mise en valeur de l'environnement ;
- les **impacts sur l'environnement** des activités des différents secteurs économiques ;
- les ressources et le patrimoine naturel.

3.5.2. Expertises publiques

L'article 52 de la loi Grenelle 1 prévoit que « *l'Etat développera la production, la collecte et la mise à jour d'informations sur l'environnement et les organisera de façon à en garantir l'accès* ». Il prévoit également la modification en vue de simplification, de regroupement et d'harmonisation des règles des procédures d'enquête publique ainsi que l'amélioration du dispositif de participation du public, la réorganisation de l'expertise publique en matière d'environnement et de développement durable et l'alerte environnementale (avec une éventuelle instance propre à assurer la protection de l'alerte et de l'expertise afin de garantir la transparence, la méthodologie et la déontologie des expertises).

²⁹³ A savoir les sous-directions de l'information environnementale et des méthodes, données et synthèses environnementales.

²⁹⁴ V. par ex. Rapport 2010 intitulé « L'environnement en France » disponible sous http://www.stats.environnement.developpement-durable.gouv.fr/uploads/media/ree2010_Environnement_en_France.pdf

²⁹⁵ Article 3.2. de l'arrêté du 9 juillet 2008 portant organisation de l'administration centrale du ministère de l'écologie, de l'énergie, du développement durable et de l'aménagement du territoire, modifié par l'arrêté du 5 janvier 2010.

²⁹⁶ Rapport de 2009 disponible sous : http://www.stats.environnement.developpement-durable.gouv.fr/uploads/media/references_comptes2009.pdf

3.5.3. Bilan des émissions de gaz à effet de serre

3.5.3.1. Le bilan carbone

L'Agence de l'Environnement et de Maîtrise de l'énergie (ADEME) a mis en place un diagnostic des émissions de gaz à effet de serre appelé „bilan carbone“. Ce dernier permet à toute activité industrielle ou tertiaire, d'évaluer son impact „effet de serre“ en établissant un **bilan des quantités de gaz à effet de serre émises** pour assurer son fonctionnement. Les administrations peuvent elles aussi utiliser cette méthode pour établir le bilan de leurs émissions.

L'évaluation des gaz à effet de serre porte sur l'ensemble des « sources » émettrices :

- les émissions dues au chauffage et à la climatisation des bâtiments ;
- les émissions dues à la fabrication des achats utilisés par les administrations et leur transport jusqu'au site administratif ;
- les émissions dues aux déplacements des agents et des ministres dans leur trajet domicile-travail ou lors de leurs déplacements professionnels ;
- les émissions dues aux déplacements des usagers et visiteurs des administrations...

Les résultats des investigations réalisées dans le cadre du diagnostic sont consignés dans **un rapport** qui contient :

- un bref exposé des enjeux pour l'administration du projet de quantification des émissions de gaz à effet de serre et de la dépendance aux énergies fossiles
- un récapitulatif des décisions prises avec le maître d'ouvrage en termes de périmètre à étudier
- les hypothèses retenues, les investigations menées et les approximations effectuées lors du traitement des données
- les propositions à destination de l'administration sur les marges de progrès dont elle dispose pour améliorer son bilan d'émission de gaz à effet de serre et diminuer sa dépendance aux énergies fossiles
- une fiche de synthèse dont le format est non modifiable et qui rassemble les principaux résultats issus du bilan carbone ainsi que les propositions faites par le prestataire à l'administration. Elle comprend également les commentaires à établir par l'administration.
- une synthèse spécifiquement rédigée pour une diffusion auprès de la direction et éventuellement du secrétariat général du ministère ou du haut fonctionnaire du développement durable.

3.5.3.2. Bilans des émissions de gaz à effet de serre prévus par la loi Grenelle 1

La loi Grenelle 1 prévoit la **généralisation** des bilans concernant les émissions de gaz à effet de serre²⁹⁷. L'objectif poursuivi par l'instauration d'une telle mesure est, d'après l'exposé des motifs, « *de faire prendre conscience aux acteurs des impacts de leur activité et des voies d'amélioration qui sont à leur portée* ». Les auteurs du projet soutiennent l'idée qu'en donnant la possibilité aux pouvoirs publics de consolider les données issues de ces bilans, il sera possible d'améliorer la connaissance des impacts (en équivalent carbone) des modes de production actuels. Les politiques publiques de maîtrise de l'énergie et de développement des énergies renouvelables pourront ainsi être affînées.

²⁹⁷

Article 51 I al. 3 de la loi du 3 août 2009.

La loi Grenelle 2 précise les conditions de ce bilan. Sont d'après les nouvelles dispositions de l'article L. 229-25 du Code de l'environnement, « *tendus d'établir un bilan de leurs émissions de gaz à effet de serre* :

- 1° *les personnes morales de droit privé employant plus de cinq cent personnes ;*
- 2° *dans les régions et départements d'outre-mer, les personnes morales de droit privé employant plus de deux cent cinquante personnes exerçant les activités définies au 1° [sic]²⁹⁸ ;*
- 3° *L'Etat, les régions, les départements, les communautés urbaines, les communautés d'agglomération et les communes ou communautés de communes de plus de 50 000 habitants ainsi que les autres personnes morales de droit public employant plus de deux cent cinquante personnes* ».

Ce bilan, destiné à être rendu public, sera à mettre au jour au moins tous les trois ans. Alors qu'il était, dans le projet de loi, prévu que le bilan serait établi pour le 1^{er} janvier 2011, la loi prévoit finalement que la date butoir d'établissement du bilan sera le 31 décembre 2012.

Le nouvel article L. 229-25 du Code de l'environnement ajoute que « *L'Etat et les personnes mentionnées aux 1° à 3° joignent à ce bilan une synthèse des actions envisagées pour réduire leurs émissions de gaz à effet de serre* ». C'est le préfet de région et le président du conseil régional qui sont, dans chaque région, chargés de coordonner la collecte des données, de réaliser un état des lieux et de vérifier la cohérence des bilans.

3.5.3. Conclusion

Les mesures de politique publique semblent vouloir atteindre trois objectifs. Il s'agit, tout d'abord, de développer les **indicateurs du développement durable** pour les politiques publiques. Ensuite, l'élaboration de ces statistiques et rapports permet une **prise de conscience** quant aux impacts environnementaux de l'activité en question. Enfin, se cache derrière ces deux exercices une volonté de transparence et **d'information du public**. C'est dans le domaine des émissions de gaz à effet de serre que la politique d'information semble ainsi la plus développée.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Dr. Lukas Heckendorn Urscheler
Vize-Direktor

Laetitia Franck
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Martin Sychold
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Marit Mann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

²⁹⁸

Le 1° ne mentionne aucune activité. Toutefois, il pourrait ne s'agir que d'un oubli car dans l'avis n° 2310 de M. Eric Diard, député, fait au nom de la commission des lois, déposé le 17 février 2010 et disponible à l'adresse suivante : <http://www.assemblee-nationale.fr/13/rapports/r2310.asp>, il est précisé « Cette obligation s'appliquerait en premier lieu, aux personnes morales de droit privé employant plus de 500 personnes et exerçant leur activité dans un secteur fortement émetteur de gaz à effet de serre (...). Les secteurs fortement émetteurs seront énumérés par un décret ou un arrêté. Pourraient être concernés, par exemple, la production industrielle, la production d'énergie, les transports ou les bâtiments. »